Staat bremst Wohnungsbau, S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 47 – 24. November 2017
Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro
ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Hat ein Beben ausgelöst: FDP-Chef Christian Lindner

Bild: pa

Der Schock von Berlin

FDP stellt Inhalte über Machtbeteiligung: Damit hatte man nicht gerechnet

Nach den Bundestagswahlen erleidet das alte Parteiensystem seinen zweiten schweren Schock. Merkel klammert sich an die Macht.

Nie seit der Wahl zum ersten Bundestag 1949 war die politische Entwicklung der Bundesrepublik so offen wie seit Beginn dieser Woche. Nachdem das herkömmliche Parteiensystem schon am 24. September schwer erschüttert worden war, geraten alte Gewissheiten nun weiter ins Rutschen.

Der frühere „Handelsblatt“-Chefredakteur Gabor Steingart wirft der Kanzlerin vor, seit der Wahl die Wirklichkeit auszublenden. Tatsächlich ist „Jamaika“ auch daran gescheitert, dass diese Konstellation einem langfristigen Trend weiterverfolgen wollte, der mit der Bundestagswahl bereits an sein Ende gekommen war: die bis dahin scheinbar unaufhaltsame Prozession des politischen Spektrums nach links.

Es fällt auf, dass FDP-Chef Christian Lindner, den die meisten Medien zum Schuldigen erkoren haben, bei der Begründung für den Abbruch der Verhandlungen keine Schuldzuweisungen an die Verhandlungspartner vornahm. Der 38-Jährige zählte stattdessen die Inhalte auf, die nicht zusammenpassten, etwa bei der Steuer-, der Bildungs- sowie der Zuwanderungspolitik. Das hat offenbar alle überrascht, insbesondere die Kanzlerin selbst.

Angela Merkel wird von Kritikern seit Langem attestiert, inhaltlich beliebig zu sein, wenn es um den Machterhalt gehe. Ihre abrupten Wendungen in der Energie- oder der Asylpolitik stützen diese Sicht. Von sich selbst ausgehend war die CDU-Chefin offenbar davon überzeugt, dass die Aussicht auf Machtbeteiligung alle inhaltlichen Gräben am Ende überbrücken werde. Ebenso dachten wohl auch die allermeisten Hauptstadt-Kommentatoren. Doch das hat bei der FDP nicht funktioniert, daher rühren das Erschrecken und die Wut über die Liberalen.

> Derzeit wissen die Akteure selber nicht, wie es weitergeht

Andere sehen in dem Ausbruch aus der Beliebigkeit dagegen eine Chance für Deutschland. Sie beglückwünschen Lindner und seine Partei zu deren Standfestigkeit.

Aber wie geht es jetzt weiter? Das wissen die Akteure derzeit selbst noch nicht. Neben Neuwahlen oder einer neuen Groko wird die Möglichkeit einer Minderheitsregierung ins Spiel gebracht, die sich von einer weiteren Partei „tolerieren“ lässt.

Hier bringt sich sogar die AfD ins Spiel: Man könne sich die Tolerierung einer schwarz-gelben Minderheitsregierung vorstellen, so Fraktionschef Alexander Gauland. Schließlich gebe es eine „bürgerliche Mehrheit“ aus Union, AfD und FDP. Allerdings müsse Merkel gehen, und „Primärziele“ der AfD wie „Ausbau der Inneren Sicherheit und kein Familiennachzug“ müssten erfüllt sein, hieß es aus der Partei weiter.

Merkel will sich ihrem Abgang jedoch mit allen Mitteln widersetzen. Warner fühlen sich an Helmut Kohl erinnert, der 1994 den Zeitpunkt für einen würdigen Abschied ebenfalls versäumt habe, und später vom Wähler davongejagt worden sei. *Hans Heckel*

MANUEL RUOFF:

Noch eins

Der Ex-Präsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung Florian Mausbach hat einen bislang von rund 80 Personen unterzeichneten „Aufruf an den Deutschen Bundestag und die deutsche Öffentlichkeit“ initiiert, „in der Mitte unserer Hauptstadt“ ein „Denkmal für die polnischen Opfer der deutschen Besatzung 1939–1945“ zu errichten. Zur Begründung wird unter anderem angeführt, dass dies ein „Herzensanliegen“ des ehemaligen polnischen Außenministers Władysław Bartoszewski gewesen sei und erst jüngst mit Krzysztof Szczerski der Kabinettschef des polnischen Präsidenten einen Ort vermisst habe, um einen Kranz niederzulegen.

Dass in Friedrichshain bereits seit 1972 das „Denkmal des polnischen Soldaten und des deutschen Antifaschisten“ existiert, lassen die Aufrufunterzeichner als Gegenargument nicht gelten. Obwohl die Widmung dieses Denkmals 1995 offiziell auf alle polnischen Opfer erweitert worden ist, entspräche es „in seiner künstlerischen und politischen Aussage“ nicht Bartoszewskis und Szczerskis Anliegen, sodass noch eins hermüsse.

Hier zeigt sich, wie im Stich gelassen die deutschen Vertriebenen in der Bundesrepublik sind. Sie können höchstens davon träumen, dass ein Denkmal für die ostdeutschen Opfer der polnischen Besatzung in der Mitte der polnischen Hauptstadt das Herzensanliegen eines deutschen Außenministers ist und ein führender Mitarbeiter des deutschen Staatoberhauptes in Warschau einen Ort vermisst, an dem er einen Kranz niederlegen kann – wohlgemerkt einen für die Opfer unter der eigenen Bevölkerung.

Eine Milliarde Auswanderer

BND-Chef Kahl warnt vor gigantischen Strömen

Weit mehr als eine Milliarde Menschen auf der Welt haben einen „rationalen Grund“ auszuwandern, warnt der Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), Bruno Kahl. In einer Rede vor der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung in München wies der Chef des Auslandsgeheimdienstes darauf hin, dass sich allein die Bevölkerungszahl Afrikas seit 1990 verdoppelt habe und weiter jedes Jahr um 30 Millionen Menschen wachse.

Die Politik setzt derzeit auf eine Bekämpfung der Auswanderungsgründe, indem sie versucht, die Lebensbedingungen der Afrikaner zu verbessern. Dies wird laut Kahl aber vermutlich eher den gegenteiligen Effekt erzielen. Der Auswanderungsdruck werde dadurch noch wachsen, denn: Ein steigender Lebensstandard verschaffe den Auswanderungswilligen überhaupt

> Afrika wächst um 30 Millionen pro Jahr

erst die Mittel, um die Reise zu finanzieren. Derzeit fehle den meisten dazu noch das Geld.

Kahl bestätigt damit die Forschungsergebnisse US-amerikanischer Wissenschaftler. Diese hatte schon vor Jahren ermittelt, bei welchem Lebensstandard der Auswanderungsdruck am höchsten ist. Ergebnis: Bei einem durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 5000 bis 7000 US-Dollar pro Kopf der Bevölkerung, berechnet in den Preisen von 2005. Darunter fehlt das Geld zur Ausreise, bei einem BIP von mehr als 7000 Dollar bietet das eigene Land genügend wirtschaftliche Perspektiven. Die Motivation, in die Fremde zu gehen, schwindet.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen liegt das BIP aller afrikanischen Staaten deutlich unter 5000 US-Dollar. Ist Entwicklungshilfe dort erfolgreich, ohne dass sie von einer rigiden Einwanderungspolitik begleitet wird, führt sie also unweigerlich zu drastisch wachsenden Auswanderungsströmen. *H.H.*

Zuerst sind die Kreuze dran

Moslemische Christen-Verfolger machen auch Deutschland unsicher

Christen sind die am stärksten verfolgte Religionsgruppe der Welt. In 50 Ländern der Erde werden sie besonders stark bedroht. 200 Millionen müssen dort akut um Leib und Leben fürchten. Darauf weist die Lobbygruppe „Open Doors“ hin. Sie ermittelt Jahr für Jahr den Weltverfolgungsindex, eine Rangliste der für Christen gefährlichsten Länder. Auf Platz 1 liegt dieses Jahr Nordkorea, es folgen bis Platz 10 ausschließlich islamische Länder, darunter Somalia, Afghanistan, Pakistan, Sudan und Jemen. Auch unter den restlichen 40 Staaten trifft man fast ausschließlich Gebiete, in denen Allahs Lehre den Ton angibt: so die Malediven, Saudi-Arabien, Tunesien und Ägypten.

Viele der Christen-Verfolger leben inzwischen aber auch in Deutschland – einem Land, das vor christlichen Symbolen strotzt und muslimische Fanatiker wohl deshalb geradezu herausfordert.

> Besorgniserregende Entwicklung

In den islamischen Herkunftsländern beginnen die Verfolgungen mit der Zerstörung dieser Symbole, anschließend sind die Menschen dran, in Ägypten etwa die Kopten. Unterbrochen werden solche Perioden des Wütens lediglich durch Diktatoren, die stark genug sind, den islamischen Fanatismus gegen – nicht nur – christliche Minderheiten in Schach zu halten wie etwa der 2011 gestürzte Husni Mubarak in Ägypten. Die rasant wachsenden islamischen Minderheiten in Europa tragen dieses Problem mitten ins Wohnzimmer des Kontinents: In Frankreich sind Kirchen seit Jahren Ziele islamischer Extremisten, die auch vor Priestermorden nicht zurückschrecken, etwa in Saint-Étienne-du-Rouvray, in der die beiden Täter während der Messe einen Priester köpften. Tote gab es in Deutschland noch nicht. Aber die Entwicklung ist auch hier besorgniserregend *Ulrike Dobberthien*

Lesen Sie dazu Seite 2

MELDUNGEN

Nicht mehr rosa sondern bunt

Berlin – Buntstifte als „Denkanstoß“ bietet die Initiative „GoVolunteer“ an. Sie sollen den Kleinen helfen, „sich selbst und ihre Freunde endlich so zu malen, wie sie wirklich sind“. Nicht mehr „rosa“, sondern „bunt“, denn „so bunt ist Deutschland“. Neben einem Weißton umfasst die braungelbe Palette kaum Zwischentöne und kostet 12,50 Euro. Der Erlös fließt angeblich „zu 100 Prozent in die Integrationsprojekte von GoVolunteer“ von Malte Bedürftig, einem Ex-Berater von McKinsey. „Wir alle profitieren von der Vielfalt der Menschen“, steht auf der Packung. Im Angebot sind auch Pflaster, die Verletzungen von Dunkel- bis Hellbraun abdekken. Zumindest die Stifte sollen von echter Kindernachfrage inspiriert sein. *SG*

Zufriedene Leistungsträger

Allensbach – Die sogenannte Generation Mitte stellt die Mehrzahl der Steuerzahler – und ist zufriedener als 2016. Dennoch fürchtet sich jeder Zweite, im Alter zu wenig Geld zu haben. Dies sind die zentralen Resultate einer Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut Allensbach in den vergangenen Wochen durchführte. Vier von fünf der 30- bis 59-Jährigen schätzen demnach die hohe Lebensqualität in Deutschland, das kulturelle Angebot, die Meinungs- und Pressefreiheit sowie das Gesundheitssystem. Laut dem Auftraggeber, dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), stellen die mehr als 35 Millionen 30- bis 59-Jährigen in Deutschland 70 Prozent der Erwerbstätigen und erwirtschaften über 80 Prozent der steuerpflichtigen Einkünfte. Allensbach befragt diese Bevölkerungsschicht im Auftrag des GDV seit 2013 einmal jährlich. *P.E.*

Neue »Mauer der Trauer«

Moskau – In Moskau hat Russland 100 Jahre nach dem bolschewistischen Umsturz sein nationales GULAG-Monument eingeweiht. Die bronzene „Mauer der Trauer“ zum Gedenken an die Opfer der stalinistischen Repression wurde von Meisterbildhauer Georgij Franguljan geschaffen. Das kolossale Werk ist mit überlebensgroßen gesichtslosen menschlichen Figuren bedeckt, welche an das Millionenheer der Sowjet-Opfer erinnern. Präsident Wladimir Putin fand bei der Eröffnung deutliche Worte gegen sowjetnostalgische Entschuldigungsversuche: „Es gibt keine Rechtfertigung für diese schreckliche Vergangenheit durch irgendwelche vorgeblichen höheren Interessen des Volkes“. Damit meinte er die vermeintlich nur so mögliche Modernisierung, logisch weitergedacht aber auch den durch die „bolschewistische Methode“ der Massenopferung von Menschen erzielten „Sieg“ im Zweiten Weltkrieg. Der Historiker Wladimir Lukin von der Stiftung zur Erinnerung an die Repression monierte, dass die junge Generation über die „größte Tragödie des 20. Jahrhunderts“ viel zu wenig wüsste. *T.W.W.*

Dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsträger für die Treuespende bei

Zerbrochen, verbrannt, geköpft

In großer Zahl werden in Deutschland Kirchen und Friedhöfe geschändet. Selbst Gipfelkreuze werden abgesägt

Es herrscht ein schleichender Krieg in Deutschland. Er ist verleugnet, er ist bösartig, er brodelt leise vor sich hin. Hebt er sein hässliches Haupt, wird er schnell als schlichter Vandalismus abgetan. Die Rede ist von den Angriffen auf alles, was das Christentum symbolisiert: auf Gipfelkreuze, auf Heiligenfiguren am Weg, auf Kirchen und neuerdings auch auf Friedhöfe.

Der Krieg in der Höhe begann in Bayern Pfingsten 2016 auf der Dudl Alm im Längental, auf der das Kreuz gefällt wurde; es folgten die Gipfelkreuze am Kotzen und am Scharfreiter bei Lenggries. Letzteres, vier Meter hoch, war gerade erst nach seiner ersten Verwüstung neu gezimmert; vor drei Wochen sägten bisher Unbekannte das nagelneue vier-Meter-Kreuz auf dem 1744 Meter hohen Berg ab. Täter: Bis heute unbekannt.

Es gibt zwar eine „Ermittlungsgruppe Gipfelkreuz“ der bayerischen Polizei in Bad Tölz, doch sie ermittelt seit einem Jahr ins Leere. Zeitgleich zu den Verwüstungen auf den Bergen laufen seit etwa 2013 flächendeckende Verwüstungen in den Tälern. Rund 200 Kirchenschändungen werden aktuell pro Jahr allein in Bayern angezeigt. Es werden Kreuze zerbrochen, Altäre zerschlagen, Bibeln angezündet, Taufbecken umgestürzt und die Kirchentüren mit islamischen Bekundungen wie „Allahu akbar“ beschmiert.

Natürlich kann jeder so eine Parole pinseln, wie auch jeder irgendwo ein Hakenkreuz hinschmieren kann. Doch manifestiert sich in diesen Taten schlichter Hass auf das Christentum und seine Symbole. Und der ist zum großen Teil aus der islamischen Welt importiert: Es sind nun einmal keine Junkies in Geldnot, die Jesusfiguren köpfen und Heiligenstatuen die Arme und Beine abhacken, um sie danach anzuzünden. Zwar warnt die Kriminalpolizei vor „voreiligen Schlüssen“, stößt bei ihren Ermittlungen aber immer wieder auf „jugendliche Randalierer mit Migrationshintergrund“.

Ein kleiner Auszug aus der langen Liste der Kirchenangriffe zeigt das Ausmaß des Problems, das sich quer durch Deutschland zieht. Es begann 2013 in Niedersachsen mit der Zerstörung der Willehadi-Kirche in Garbsen bei Hannover durch Brandstiftung. Ein Täter wurde nie ermittelt. Während die Kirche brannte, klatschen sich arabische und türkische Teenager auf der Straße ab und feierten den Brand. Er ist bis heute nicht aufgeklärt. Die Polizei spricht wolkig von einem „milieutypischen Umfeld“. In St. Martini in Bremen-Burglesum verteilten bisher nicht ermittelte Täter kurz vor dem diesjährigen Pfingsten auf Boden und Taufbekken Acrylfarbe, füllten zwei Orgeln mit Bauschaum und sprühten alle Feuerlöscher der Kirche über die Bänke.

> Die Polizei warnt vor voreiligen Schlüssen, aber Junkies in Geldnot köpfen nun mal keine Jesusfiguren

Bekannte Fälle aus Bayern sind St. Leonhard in Grafing und St. Anton in Passau. In St. Leonhard schlugen die Täter den Heiligenfiguren die Hände ab, türmten sie am Altar auf und steckten sie in Brand. Dabei wurde das Altarbild beschädigt. In St. Anton zerbrachen Täter das Kreuz, warfen Leuchter um, schlugen das Ewige Licht aus der Lampe und versuchten, den Hochaltar anzuzünden. In Augsburg wurden die Portale des Augsburger Doms, die Moritzkirche und die evangelische Ullrichskirche mit arabischen „Allahu-Akbar“-Schriftzügen beschmiert. Ebenfalls in München, wo ein Asylbewerber aus Jordanien auf arabisch „Allahu akbar“ an die Kirche St. Michael sprühte. Ein Polizeisprecher: „Während der gesamten Kontrolle betete und sang die betroffene Person auf Arabisch.“ Als ein arabisch sprechender Passant versuchte, ihn zu beschwichtigen, trat ihm der Jordanier in den Bauch.

Auch in Nordrhein-Westfalen geht es den Kirchen an den innersten Kern: In Haan St. Chrysanthus und Daria, wo Täter Heiligenfiguren beschädigten und Jesus köpften. In der Pfarrkirche in Niederelbert urinierten sie in den Altarraum, koteten in die Kirche und zerschlugen Sakrales. Auch St.-Joseph in Lünen traf es, hier pfefferten sie das Altarkreuz durch die Kirche, brachen Opferkerzen ab und verwandelten Kerzenständer in Brechstangen.

Viele Kirchengemeinden reagieren, indem sie entweder Überwachungskameras installieren oder private Wachdienste engagieren, beispielweise im saarländischen Boss, „damit wenigstens unsere Gottesdienste ohne vorherige Reinigungsaktion stattfinden können“, sagt die evangelische Pfarrerin Juliane Opiolla. Eine andere Reaktion: Immer öfter bleiben die Kirchen verschlossen. Gehörte für Kunst- und Kirchenliebhaber früher der Besuch der jeweiligen Stadtkirchen dazu – die Häuser standen immer offen – bleiben die Portale aus Angst vor Angriffen jetzt zu. Manchmal gibt es den Schlüssel im Pfarrhaus; oft bleibt der Besucher draußen vor der Tür.

Doch auch dort, draußen, ist nichts mehr sicher. Im Großraum Dülmen in Nordrhein-Westfalen gibt es seit Monaten einen Vernichtungsfeldzug gegen Marienfiguren, Heiligenstatuen und Wegkreuze. Besonders auffällig ist das Abschlagen von Fingern und das rituelle Köpfen der Figuren, etwa der Statue des heiligen Franziskus in Lüdinghausen oder der Enthauptung Jesuskinds vor der St. Agatha-Kirche in Dülmen-Rorup. Vandalismus? Vielleicht. Aber es gibt im Koran auch Sure 8 Vers 12, in der an die islamischen Plünderer – „Kämpfer“ genannt, die Anweisung ergeht, Köpfe und Finger der „Ungläubigen“ abzuschlagen. Sinnigerweise heißt Sure 8 „Die Kriegsbeute“.

Eine weitere Angriffswelle läuft mitten in Deutschland auf christliche Friedhöfe. Ein Scherbenfeld, das man bisher nur von verwüsteten christlichen Gräbern im Nahen Osten oder in Nordafrika kennt, konnte man am Morgen des 11. Novembers auf dem Friedhof in Hannover-Ricklingen besehen: 75 Gräber wurden in Stücke geschlagen. „Zentimeterdicke Marmorplatten liegen zertrümmert auf der kalten Erde. Blumengestecke sind auseinander gerissen, Keramik-Engel zerstört, Windlichter zertreten“, heißt es in Augenzeugenberichten. Auch hier köpften die Täter Skulpturen. Die Polizei vermutet, dass sie Werkzeuge – schwere Hämmer – dabei hatten, da die Marmorplatten nicht ohne weiteres zu zerschlagen sind. Sie ermittelt wegen Störung der Totenruhe. „Hinweis auf okkulte Handlungen gibt es nicht“, so ihr Bericht. Also keine Satanisten. Es bleiben nicht viele Gruppen übrig, die einen anerzogenen Hass auf Christen und ihre Symbole haben.

Ulrike Dobberthien



Zerstörte Gänserich-Kapelle bei Meschede: Nordrhein-Westfalen erlebt seit Monaten einen Vernichtungsfeldzug gegen Marienfiguren, Heiligenstatuen und Wegkreuze Bild: Imago

Cherchez la femme

Simbabwes Präsident Robert Mugabe scheiterte an dem Versuch, seine Frau zu seinem Nachfolger zu machen

So hatte sich der 93-jährige simbabwische Präsident Robert Mugabe, der seit 1980 an der Macht war, sein Ende sicherlich nicht vorgestellt. Er, der wiederholt verkündet hatte, er werde im Präsidentenpalast sterben, wurde Opfer der Offiziere, die ihn jahrzehntelang gestützt hatten. Der Tyrann scheiterte schlussendlich an der Frage seiner Nachfolge, konkret an seiner Frau.

Das Militär, der bisherige Garant des Systems, hat geputscht um sicherzustellen, dass er auch weiterhin dessen Nutznießer ist. Im Zuge der wirtschaftlichen Zerstörung des Landes, das als Rhodesien ein blühender Garten und Exportland für verschiedene, vor allem landwirtschaftliche Güter war, gab es eine Menge Vermögenswerte zu verteilen. Vormals Weißen gehörende Farmen wurden an Parteigänger Mugabes und vor allem an Militärs vergeben. Da diese keine Landwirtschaft betrieben, verjagten sie die schwarzen Landarbeiter, die dem Elend anheimfielen. Das war allerdings nur ein Teil der Zuwendungen. Die hohen Militärs wurden außer mit allen möglichen Privilegien ebenso mit Minenrechten bedacht, zeitweise sogar im benachbarten Katanga, das zum Kongo gehört.

Diese Symbiose zwischen Mugabe und dem Militär drohte jedoch der hinfällig gewordenen Greis zu gefährden, indem er seine habgierige, machtversessene und 40 Jahre jüngere Ehefrau Grace als seine Nachfolgerin ins Gespräch brachte. Diese Nachfolgeregelung erschien den Generälen als Gefahr. Sie glauben nämlich nicht, dass sich mit ihr als Präsidentin das Arrangement fortführen lässt, denn sie hat ihre eigenen Protegés, die sie gegebenenfalls bedenken muss.

> Das Militär hat geputscht, damit nicht Grace Mugabes Protegés ihre Rolle übernehmen

Ebendieser Personenkreis, die sogenannte Generation 40 (G40), ist es denn auch, der nun von den Generälen vorsorglich kaltgestellt worden ist. Dabei entbehrt der von den Militärs gegen sie erhobene Vorwurf der Korruption nicht einer gewissen Komik, denn es ist die Absicht der Militärs, das nähere Umfeld der Präsidentengattin daran zu hindern, die Pfründe zu übernehmen, welche die Generäle innehaben. Sehr bald und unabweislich steht nun die Frage an, wer statt seiner Frau Präsident Mugabe beerben soll.

Mugabe hat sein System mit einer letzten Anstrengung überdehnt. Nicht, dass er an Kraft verlor, wurde ihm zum Verhängnis, sondern dass er sie noch einmal hatte zeigen wollen. Seit einiger Zeit hatte sich ein Machtkampf zwischen Grace Mugabe und dem General Emmerson Mnangagwa entwickelt. Dazu kam, dass sich der oberste Militär, General Constantino Chiwenga, ebenfalls gegen die First Lady positionierte. Der Präsident entschloss sich daraufhin, Mnangagwa zu entlassen. Das war sein entscheidender Fehler.

> Der bisherige Garant des Systems will auch dessen Nutznießer bleiben

Beide Generäle waren Mugabes alte Kameraden in der politischen und militärischen Gruppierung Zimbabwe African National Union (ZANU, Afrikanische Nationalunion von Simbabwe) aus der Zeit des Buschkrieges gegen die Regierung Smith, als das Land noch Rhodesien hieß. Die Partei ZANU war eine Formation des Volkes der Shona, ein Volk im südlichen Afrika, dem neben neun bis elf Millionen anderen auch Mugabe angehört. Mit der ZANU in der „Patriotischen Front“ verbündet war ursprünglich die Zimbabwe African Peoples Union (ZAPU, Afrikanische Volksunion von Simbabwe), die Partei der Matabele, ein aus einer Abspaltung der Zulu hervorgegangenes Bantu-Volk im heutigen Simbabwe. Kaum aber hatte der damalige britische Außenminister Lord Peter Carrington die Macht an Mugabe übergeben, drängte dieser seinen alten Gefährten Josua Nkomo, den Chef der ZAPU, beiseite und begann an den Matabele einen Völkermord, der rund 40 000 Menschen das Leben kostete.

Dennoch galt der bekennende Sozialist noch viele Jahre als Lichtgestalt. Der damalige deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker nannte ihn einen „klugen, besonnenen Politiker“, Helmut Schmidt, einst Bundeskanzler, sah in ihm eine „Hoffnung für Afrika, ja vielleicht für die ganze Welt“, und der Papst ließ sich mit ihm ablichten, vertraut und Hand in Hand. Vom Völkermord war nie die Rede, auch nicht davon, dass Rhodesien als Simbabwe von einem der reichsten Länder zum Armenhaus wurde, ohne dass einer seiner Bewohner dafür die versprochenen politischen Rechte erlangt hätte.

In Südafrika ging damals eine Rede um, welche die Lage das Nachbarn skizzenhaft beschrieb: „Früher“, so sagte man, „fuhren die Leute nach Rhodesien, um die Ruinen von Simbabwe zu sehen, heute kommen sie nach Simbabwe und sehen die Ruinen von Rhodesien.“

Die schmerzvolle und unselige Ära des Robert Mugabe ist also zu Ende. Allerdings befindet sich unter denen, die sein Erbe aufteilen dürften, niemand, von dem eine Besserung der Verhältnisse zu erwarten wäre. Nicht nur, dass niemand die Kraft dazu aufbringen könnte, es ist auch nicht zu erkennen, dass irgendjemand den Willen dazu hätte, nicht eine Witwe Grace und nicht die Generäle.

Florian Stumfall

Stillstand auf der Baustelle

In Deutschland fehlen hunderttausende Wohnungen – Schuld ist auch eine Flut staatlicherVerordnungen

Der soziale Frieden ist in Gefahr, wenn das eigene Zuhause für immer mehr Menschen zum unerschwinglichen Luxus wird. Bis 2020 müssten jährlich 400000 neue Wohnungen errichtet werden, um den Mangel zu mindern. Doch vor allem staatliche Regeln und Vorschriften führen dazu, dass viel weniger gebaut werden.



Sinnbild für eine ausgebremste Baubranche: Umgestürzter Kran in Montabaur Bild: Imago

So kann man sich irren: „Deutschland ist gebaut", verkündete der Düsseldorfer Architekturprofessor Bernhard Franken (52) im Januar 2011 auf einem Architektentreffen in Wiesbaden. Er empfahl den darbenden Berufskollegen sich im Ausland zu engagieren: Zum Beispiel beim „privaten Häuslebauer, der sich an der Cote d'Azur den Traum von der Ferienimmobilie verwirklicht".

Franken war längst nicht der einzige Bauexperte mit Mauerwerk im Kopf statt unverbautem Weitblick. Auch andere gingen davon aus, dass es in den Städten auf absehbare Zeit allenfalls hier und da noch mal ein neues Wohnhaus oder Bürogebäude bräuchte, dass Architekten, Bauingenieure, Maurer und Co. ansonsten ein beschauliches Leben führen würden. Heute, sechseinhalb Jahre später, scheint halb Deutschland in eine Baustelle verwandelt zu sein. Bagger, Kräne und Baugerüste prägen die Stadtbilder. Die Branche boomt und bricht alle Rekorde. Allein 2016 wurden 278000 neue Wohnungen errichtet.

Aber genau da liegt das Problem: Nötig wären, so fordern es praktisch alle Bedarfsstudien, mindestens 100000 mehr gewesen. In Deutschland herrscht Wohnungsmangel. 350000 bis 400000 Wohnungen braucht es auf absehbare Zeit jährlich, um ihn zu mindern, denn die Folgen sind gravierend. Ein Dach über dem Kopf, vier Wände, die Schutz, Wärme, Raum und einen Rückzugsort bieten, sind für 860000 Menschen in Deutschland derzeit nicht drin. Mit dieser Zahl schreckte gerade die Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohnungslosenhilfe (BAG W) die Öffentlichkeit auf. Sie geht allein von 440000 wohnungssuchenden Zuwanderern aus. Derzeit würden sie meist noch in den Gemeinschaftsunterkünften geduldet. Hinzu kämen noch einmal 420000 obdachlose Menschen. Insgesamt sei die Zahl der Wohnungslosen seit 2014 damit um 150 Prozent gestiegen. Im nächsten Jahr, so die Prognose, könnten sogar 1,2 Millionen ohne eigene Bleibe dastehen.

Ob neben Wohnungsmangel nicht auch persönliche Probleme wie Spielsucht, Alkoholismus oder schwere Schicksalsschläge zum trostlosen Leben auf der Straße führen, sei dahingestellt. In einem Land, in dem Sozialwohnungen Seltenheitswert haben, wird es für die Ärmsten der Armen umso schwerer, eine zu ergattern. Probleme, einen Mietvertrag zu bekommen, haben aber längst auch andere. „Der Wohnungsmangel erreicht die Mittelschicht", berichtete jüngst die „Tagesschau". Zu Wort kam Axel Gedaschko, Präsident des Wohnungswirtschaftsverbandes GdW: „Wir haben mittlerweile eine Situation in Deutschland erreicht, wo der Durchschnittsverdiener nicht mehr in der Lage ist, eine Neubauwohnung zu beziehen." Das gilt nicht nur für einige besonders angesagte Metropolen wie München oder Frankfurt. In insgesamt 138 Städten und Kreisen liege die Nachfrage drastisch über dem bestehenden Angebot, stellten die Schweizer Wirtschaftsforscher von Prognos in einer Studie für den Städtebautag 2017 fest.

> Ein bürokratische Monstrum führt dazu, dass in Zukunft kaum noch Kellerräume bei Neubauten eingeplant werden

Zwei Jahre zuvor, beim Wohnungsbautag 2015, belegte eine andere Studie am Beispiel eines Mehrfamilienhauses mit zwölf Wohneinheiten, warum die Bauwirtschaft nicht klotzt, sondern kleckert. Titel der Studie: „Kostentreiber für den Wohnungsbau". Um 40 Prozent teurer war es im Vergleich zum Jahr 2000 geworden, die Immobilie hochzuziehen. Die Gründe: „Der Anstieg der Bauwerkskosten ist im wesentlichen auf verschärfte ordnungsrechtliche Anforderungen in Bezug auf Energieeffizienz, Barrierefreiheit, Standsicherheit, Brand- und Schallschutz ... zurück-zuführen." Aktuell sorgt gerade die geplante Mantelverordnung für die Entsorgung von Bauabfällen in der Branche für Kopfschütteln. Das 300-seitige Regelwerk über den Umgang mit Schutt und Bodenaushub sei viel zu bürokratisch, verklausuliert und nicht mehr nachvollziehbar, erklärt Michael Knipper, Geschäftsführer beim Hauptverband der Deutschen Bauindustrie. „Bauen wird länger dauern und teurer werden", sagt Knipper voraus. Entstanden ist ein bürokratisches Monstrum, das unter Umständen dazu führt, dass bei Neubauten kaum noch Kellerräume eingeplant werden.

Wenn es darum geht, seinen Bürgern ein gemütliches Daheim zu verschaffen, agiert der Staat mit geradezu steinerner Kälte. Für 56 Prozent der Deutschen steht nicht zuletzt deswegen fest, dass sie sich niemals ein eigenes Haus werden leisten können. Das ergab eine Studie der Ing-DiBa. Im Auftrag der Frankfurter Direktbank befragte das Meinungsforschungsinstitut Ipsos 1000 Bürger in 13 Ländern Europas. Den Traum von Eigenheim haben nur in England ähnlich viele Menschen abgeschrieben. In Rumänien sind dagegen nur 31 Prozent ähnlich pessimistisch.

Für Experten steht fest, dass es in Deutschland unter anderem die Grunderwerbsteuer ist, die den Kauf von Wohneigentum trotz niedriger Zinsen für viele unerschwinglich werden lässt. Auf 6,5 Prozent haben sie einige Bundesländer erhöht. Zusammen mit den Ausgaben für Notar und Makler kommen so schnell 50000 Euro allein an Nebenkosten beim Kauf eines Einfamilienhauses zusammen.

Bleibt also das Wohnen zur Miete, und hier sorgen, so der Bundesverband der deutschen Wohnungs- und Immobilienunternehmen, seit 2009 rund 2,5 Millionen Immigranten für erdrückende Konkurrenz. Der Staat hat besonders viele von ihnen während der Asylflut 2015 ins Land gelassen. Humantäre Gründe hätten ihn erklärtermaßen dazu bewogen. Sie wären auch ein gutes Fundament, den eigenen Bürgern vier Wände und ein Dach über den Kopf zu verschaffen. *Frank Horns*

Meldungen

Mehr arme Senioren

Brüssel – Die Zahl der von Armut bedrohten Deutschen im Alter von 75 Jahren und darüber hat sich in den vergangenen Jahren mehr als verdoppelt. Dies ergab eine Berechnung des europäischen Statistikamtes Eurostat. Danach stieg die Menge der armutsbedrohten Alten von knapp 600000 im Jahre 2010 auf 1,3 Millionen 2016. Als arm gilt, wer ein Monatseinkommen von weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens erhält. Diese Schwelle lag in Deutschland 2016 bei 1064 Euro pro Monat. Der Anteil armutsgefährdeter Senioren in Deutschland entspricht dem Durchschnitt in der EU. Am höchsten liegt der Wert in Estland, wo fast jeder zweite über 75-Jährige als armutsgefährdet gilt, am niedrigsten in Ungarn. *H.H.*

Retrolampen, um Gott zu finden?

Bonn – Katerstimmung bei der alljählichen Synode der Evangelischen Kirche: Finanziell und besuchermäßig verliefen die Feierlichkeiten zum Reformationsjubiläum eher schwach. Der Trend zu leeren Kirchen und sinkenden Mitgliederzahlen bleibt außerdem ungebrochen. Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), hat nun laut nachgedacht, wie Alt und – vor allem – Jung wieder in die Gotteshäuser gelotst werden könnten. Seine Ergebnisse, vorgetragen gleich zu Beginn der Synode: Es gehe darum, ein Ambiente zu schaffen, in dem sich junge Menschen zuhause fühlten. Im Gespräch mit Jugendlichen seien ihm beispielsweise ein Skaterpark oder ein Fitnessstudio vorgeschlagen worden, ebenso wie Kneipen und Cafés, Räume mit Retrolampen, Sofagruppen, Theke und Industriecharme. *FH*

(siehe dazu auch Seite 8)

Athen schummelt wieder

Falsche Asylsucher-Zahlen, um Dublin-Regeln zu unterlaufen

Die Balkanroute, so wollen viele Politiker zu verstehen geben, sei dicht. Aber noch immer erreichen jeden Monat etwa 15000 Asylsucher Deutschland, auf dem Landweg, meist über die Balkanroute. Dies können sie nur, weil die EU-Mitgliedstaaten Griechenland und Bulgarien, die als einzige eine gemeinsame Grenze zur Türkei haben, die Außengrenze nachlässig sichern und weiterhin Immigranten entgegen den EU-Regeln nach Mitteleuropa durchwinken.

In Griechenland tauchen jedoch diese Durchreisenden in keiner Statistik auf, weder bei der Zahl der Eingereisten noch bei der der Ausgereisten oder Verschwundenen. Sie sollen einfach keine Spur auf einem Papier hinterlassen, damit nicht irgendwelche Möglichkeiten bestehen, diese nach den Dublin-Regeln doch wieder nach Griechenland oder Bulgarien zurückzuschicken. Das Durchwinken von Immigranten soll nicht auffallen, deshalb werden sogar falsche Zahlen präsentiert.

Anders als bei den Euroverhandlungen, wo die Bilanzfälschungen niemandem aufgefallen waren, hat man diesmal allerdings einen Verdacht. Deutsche Sicherheits- und EU-Diplomatenkreise verdächtigen, Griechenland offen falsche Angaben zur Zahl der Migranten im eigenen Land gemacht zu haben, vor allem über das wahre Ausmaß der Abwanderung aus Griechenland. Nach den offiziellen Zahlen aus Athen leben rund 60000 Asylsucher auf dem griechischen Festland und den Inseln. Lediglich 1500 sind nach Inkrafttreten des EU-Türkei-Asylsucherdeals in die Türkei zurück-geschickt worden. Kenner des Landes gehen jedoch davon aus, dass wohl nur noch rund 40000 im Land leben. Dazu sind in diesem Jahr wieder 20000 neue Asylsucher über die Ägäis nach Griechenland hinzugekommen, von denen nur die wenigsten im Land bleiben werden.

> Migrationsroute jetzt von Griechenland über Bulgarien

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen unterstützt in Griechenland nach offiziellen Angaben 40000 Immigranten. Laut unabhängigen Recherchen ist auch diese Zahl zu hoch. Die Zahl der von der EU auf den fünf sogenannten Hotspots untergebrachten Zuwanderer beträgt höchstens 10000. Auch für die Zahl der auf dem Festland sich aufhaltenden Immigranten hat Griechenland laut Bundesinnenministerium im September eine Korrektur angekündigt, bislang aber noch nicht publiziert.

In der Vergangenheit hatte die griechische Regierung immer wieder beklagt, dass andere EU-Staaten weniger Migranten abnähmen als versprochen. Die Griechenland zugesagten Abnahmen von Asylsuchern basieren jedoch auf einer weiterhin hohen Belastung in Griechenland, die jedoch so nicht mehr der Realität entspricht. Dennoch hat man die Forderung nach weiteren Abnahmen nicht fallengelassen.

Interne Papiere deutscher Sicherheitsbehörden gehen von einem weiterhin hohen Migrationsdruck von Griechenland in Richtung Deutschland aus. Wo entlang diese „alternativen Migrationswege" führen, weiß man jedoch noch nicht. Vor allem der Luftweg und die grüne Grenze zu Bulgarien stehen als Einfallstor unter Verdacht. Die EU reagiert bereits mit einem verstärkten Einsatz der EU-Grenzschutzagentur Frontex an der bulgarisch-türkischen Grenze, weil Bulgarien nicht über die Möglichkeiten zur Grenzsicherung verfügt. *Bodo Bost*

Keine Mitwirkungspflicht

Asylsucher behandelt der Staat besser als Steuerpflichtige

Rund 60 Prozent der Asylsucher kommen angeblich ohne Papiere nach Deutschland und machen dann bei der Asylanhörung falsche Angaben über ihr Herkunftsland. Geodaten, Fotos und Kontaktlisten auf Smartphones könnten jedoch recht sichere Rückschlüsse auf die Herkunft eines Asylsuchers erlauben. Ein im März 2017 in Kraft getretenes Gesetz erlaubt zwar in Ausnahmefällen, Verbindungsdaten auf Smartphones auszulesen, aber Fotografien dürfen zum Zwecke des Asylverfahrens nicht ausgelesen werden. Fotos bieten zusätzliche Informationen darüber, wo sich Asylsucher aufgehalten haben. Mit diesen Handydaten wäre es leichter zu beurteilen, ob die Antragsteller tatsächlich einen Asylgrund haben, so Jutta Cordt, die im Januar das Amt des Präsidenten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) von ihrem Vorgänger Hans-Jürgen Weise übernommen hat.

Wer Schutz vor Verfolgung oder Krieg sucht, sollte ein Interesse daran haben, seine Herkunft nachzuweisen – sollte man vermuten. Wenn Ausweispapiere nicht vorhanden sind, sollte man annehmen, dass Asylsucher zumindest bei der Neubeschaffung dieser Papiere mitwirken. Dies tun jedoch nur die wenigsten, und wenn, dann nur auf intensiven Druck der Behörden. Wenn aber mehr als die Hälfte aller Asylbewerber keine Papiere mit sich trägt und kein Interesse daran hat, Ersatzpapiere zu beschaffen, drängt sich der Verdacht auf, dass sie nicht verfolgt sind.

Da es, anders als bei Steuerauskünften, im Asylbereich keine Mitwirkungspflicht des Betroffenen gibt, versuchen die Beamten, die über einen Antrag entscheiden, in solchen Fällen mithilfe von Dolmetschern anhand von Dialektmerkmalen, abgefragten Kenntnissen über Geografie wie Sitten des behaupteten Herkunftslands oder der getragenen Kleidung die Identität oder zumindest die Herkunft des Asylsuchers zu ermitteln. Eine Identitätsfeststellung anhand von Fingerabdrücken ist oft fehlerhaft und wird nur mit großer Zeitverzögerung, wenn überhaupt, durchgeführt. Darüber können schon mal Jahre vergehen, in denen der Asylsucher sozial versorgt wird, obwohl er sein Abschiebehindernis selbst herbeigeführt hat.

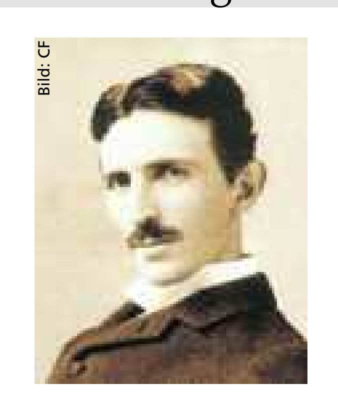
> Wer freiwillig die Wahrheit sagt, ist der Dumme

Mit den Folgen der fehlenden Herkunftsnachweise hat am Ende vor allem die Polizei zu tun. Nach deren Erfahrungen haben die meisten Asylsucher noch ihre Pässe, da viele Asylsucher, wenn sie davon Vorteil haben wie beim Familiennachzug, innerhalb weniger Tage wieder im Besitz von Dokumenten sind. Vor allem wenn Asylsucher wissen, dass sie wenig Chancen auf Asyl haben, legen sie keine Pässe vor und versuchen ihre Herkunft von vorneherein zu verbergen.

Viele Asylsucher nutzen auch die Möglichkeit, papierlos Asyl zu beantragen, um sich in verschiedenen Aufnahmeeinrichtungen mit verschiedenen Identitäten registrieren lassen zu können. Dazu zählen vor allem Nordafrikaner, auch der Massenmörder Anis Amri, der insgesamt 16 Identitäten hatte, gehörte zu ihnen. Er konnte mit den Einnahmen aus Mehrfachidentitäten seine Terrorvorbereitungen finanzieren.

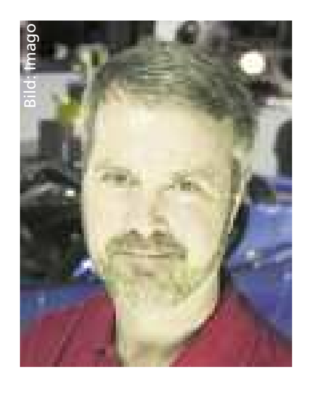
Auch der Missbrauch von Sozialleistungen könnte durch das Auslesen von Smartphones besser bekämpft werden, denn der Austausch über die Möglichkeiten und Tricks zum Asylleistungsmissbrauch erfolgt in der Regel über die Smartphones. *B.B.*

Zeitzeugen



Nikola Tesla – Der Namensgeber des Unternehmens Tesla wurde am 10. Juli 1856 in Smiljan, Kroatische Militärgrenze, Kaisertum Österreich geboren und starb am 7. Januar 1943 in New York. Auf ihn gehen zahlreiche Neuerungen auf dem Gebiet der Elektrotechnik und Energietechnik zurück, etwa der Wechselstrom, Unterbrecherkontakte oder Transformatoren zur Verbesserung der Lichtbogenlampen.

Robert Anderson – Der Erfinder lebte im frühen 19. Jahrhundert in Schottland und gilt wegen seines Elektrokarren als Wegbereiter des Autos. Er stellte seinen Karren um 1832 in Aberdeen fertig und soll ihn 1835 auf der Pariser Weltausstellung präsentiert haben. Andere Quellen nennen 1839 als Baujahr.



Martin Eberhard – Der Elektroingenieur und sein Freund Marc Tarpenning gehörten zum ursprünglichen Gründerkreis von Tesla. In den ersten Jahren bekleidete er das Amt des Vorstandsvorsitzenden, trat aber 2007 zurück. 1997 gründete er mit Tarpenning NuovoMedia. Nach seinem Ausscheiden bei Tesla arbeiteten beide als Berater für VW und beteiligten sich an „Alta Motors“, einer deutschen Firma, die Elektromotorräder herstellt.

Andreas Flocken – Der deutsche Unternehmer und Erfinder kam 1845 in Albersweiler in der Rheinpfalz zur Welt und starb 1913 in Coburg. Der gelernte Schlosser und Mechaniker kam aus der Landmaschinen-Industrie und wurde selbst Unternehmer. Er gründete 1881 die Maschinenfabrik A. Flocken. Dort stellte er eigene Landmaschinen her. 1888 präsentierte er seinen Elektrowagen, Deutschlands erstes Elektroauto.



Marc Tarpenning – Der studierte Informatiker war dabei, als Tesla 2003 gegründet wurde, verließ das Unternehmen aber 2008. Als Vizepräsident war er für die Entwicklung der elektrischen Systeme, der Elektronik und der Software verantwortlich. Zu Beginn seiner beruflichen Karriere arbeitete er für Textron in Saudi-Arabien. Nach seiner Rückkehr in die USA gründete er mit Eberhard 1997 NuvoMedia, um die ersten E-Books zu entwickeln.

Fluch des Erfolgs

Tesla schwächelt bei der Serienfertigung seines begehrten Mittelklassemodells

Dass Tesla die Interessentenschlange für sein stark nachgefragtes Mittelklassemodell „Model 3“ zeitnah beliefern kann, steht in Frage. Während sich das junge Unternehmen mit der Umstellung von Hand- auf Serienfertigung herumplagt, bereiten nicht nur große US-amerikanische Autobauer wie General Motors, sondern auch die deutsche Industrie die Markteinführung eigener Elektroautos vor.

Der Autobauer Tesla war 2003 angetreten, um Autos mit elektrischem Antrieb für breitere Käuferschichten zu produzieren. Die Firmengründer um Martin Eberhard, Marc Tarpenning und Ian Wright, aber auch der etwas später hinzugekommene Elon Musk wollten die technischen und ökologischen Vorteile des Elektromotors massentauglich machen und so die Entwicklung eines ökologisch unbedenklichen Verkehrssystems vorantreiben.

Bislang hat das Unternehmen vier verschiedene Pkw-Modelle auf den Markt gebracht. Als erstes präsentierte Tesla 2006 den „Roadster“, einen zweisitzigen Sportwagen, der von einem maximal 215 Kilowatt leistenden Elektromotor angetrieben wird. Der „Roadster“ ist das erste Elektroauto, das seinen Strom aus Lithium-Ionen-Akkus bezieht, in diesem Fall aus 6831 Akkus, wie sie auch in Laptops verwendet werden. Der „Roadster“ und seine schnellere Sportvariante wurden bis 2011 produziert. Das nächste Modell war eine fünfsitzige Limousine, das bis heute produzierte Modell S. Seit 2013 ist es auch auf dem deutschen Markt verfügbar. Tesla baute zudem, erst in den USA, dann in Europa, ein Netz von Schnellladestationen auf, welche die E-Autos in rund 40 Minuten auf 80 Prozent Kapazität laden können. Mit zwei Jahren Verspätung kam im September 2015 der „Roadster“-Nachfolger „Model X“ auf den Markt. Das „Model 3“, mit dem Tesla auch in der Mittelklasse Fuß fassen will, wurde erstmals im März 2016 vorgestellt und war sofort ein Verkaufserfolg. Bis heute sind über 518 000 „Model 3“-Autos vorbestellt; im Sommer kamen pro Woche 1800 Bestellungen zusammen.

Tesla zog den Anlauf der Serienproduktion vor und bekam schnell Probleme beim Aufbau der Fertigung. Waren Teslas bisher mehr oder weniger in Handarbeit produziert worden, sollte das „Model 3“ nun wie jeder andere Pkw auf einer Fertigungsstraße hergestellt werden. Außerdem plante das Unternehmen, die Fertigung von 50 000 Autos 2017 auf 500 000 Fahrzeuge im kommenden Jahr zu steigern. Aber zwischen Juli und September verließen nur 260 Fahrzeuge statt der geplanten 2500 das Tesla-Werk im kalifornischen Fremont.

Bisher nur Erfahrungen mit Handfertigung

Der Grund liegt einmal in den langwierigen Einstellungsprozessen der Montagestraße für die Karosserie.

Um reibungslos zu laufen, müssen alle Roboter exakt miteinander vertaktet sein, und auch bei den Menschen muss jeder Handgriff sitzen. Nach Presseberichten ist es aber immer noch so, dass die Arbeiter die Probleme mit den Fertigungsrobotern ausgleichen müssen. Immer wieder müssen die Abläufe getestet werden. Dieselben Schwierigkeiten haben zwar auch andere Autobauer, wenn sie ein neues Modell in die Großserienfertigung bringen. Erschwerend kommt aber bei Tesla hinzu, dass das Unternehmen nicht denselben Erfahrungsschatz mitbringt wie ein alteingesessener Konzern. Nichtsdestotrotz hatte Musk auf eine längere Testphase zum Produktionsanlauf verzichtet. Eine andere Baustelle ist die Batteriefabrik des Unternehmens in Nevada, in der die Produktion ebenfalls hinter den Erwartungen zurückbleibt. Zudem gibt es Schwierigkeiten mit dem „Model X“. Tesla musste 11 000 bereits ausgelieferte Wagen zu Reparaturen in die Werkstatt rufen.

Die Folgen für den Autobauer sind dramatisch. Der Aktienkurs fällt. Das Unternehmen musste für das dritte Quartal 2017 einen Verlust von 533 Millionen Euro oder 619 Millionen US-Dollar vermelden. Im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres verdiente Tesla rund 18,7 Millionen Euro. Tesla hat auf die Schwierigkeiten mit Entlassungen reagiert, konnte aber einen Einbruch des Aktienkurses nicht verhindern. Die Tesla-Aktie verlor zwischen Mitte September und Mitte November mehr als 90 Dollar – in einem Börsenmarkt, der ansonsten aufwärts gerichtet ist. Vergangenen Dienstag (11.55 Uhr) lag der Kurs bei 263,75 Euro. *Friedrich List*



Neue Tesla-Modelle: Am 16. November stellte Tesla-Chef Elon Musk in Kalifornien dessen ersten Elektro-Lkw (l.) und einen neuen elektrobetriebenen Roadster vor, der über 400 Stundenkilometer schnell ist und 2020 auf den Markt kommen soll Bild: Imago

Nicht der eigentliche Gründer, aber ...

Zwar ist der bekannte US-amerikanische Internetunternehmer Elon Musk nicht der eigentliche Gründer des E-Auto-Bauers Tesla. Aber er spielte bereits in der Frühzeit der 2003 gegründeten Firma eine große Rolle als Investor und wurde im Februar 2004 auch Vorsitzender des Aufsichtsrates. Er wirkte an der Entwicklung des Tesla „Roadsters“ mit, spielte aber keine aktive Rolle im operativen Tagesgeschäft. Das änderte sich 2008 nach der Finanzkrise. Nun übernahm Musk auch die Leitung des Unternehmens.

Musk ist gebürtiger Südafrikaner. Er wanderte mit seinem Bruder 1989 zunächst nach Kanada, später in die USA aus, um dem Wehrdienst in der südafrikanischen Armee zu entgehen. Seine Mutter ist Kanadierin. Daher war es leicht für Musk, die kanadische Staatsangehörigkeit zu erhalten. Er studierte zunächst in Kanada, dann in den USA. 1995 zog er nach Kalifornien, um an der Universität Stanford zu studieren. Aber das

Unternehmer und Investor Elon Musk

Studium gab er schnell auf und gründete seine erste Firma Zip2. 2002 erhielt er die US-amerikanische Staatsbürgerschaft. Mit dem Verkauf von Zip2 an Compaq legte er den Grundstein für sein heutiges Vermögen. Dann folgte erst X.com, dann PayPal, beides Onlinebezahlsysteme. Musk überwarf sich mit der PayPal-Führung und musste 2002 den Chefsessel räumen.

Heute ist Musk nicht nur an Tesla, sondern auch an SpaceX und Hyperloop beteiligt. Das 2002 gegründete Unternehmen SpaceX produziert Trägerraketen für Satelliten und andere Fracht. Außerdem versorgt es die Internationale Raumstation ISS für die NASA. Weitere Ziele von SpaceX sind kommerzielle Flüge zum Mond und zum Mars. Hyperloop ist ein Konzept für ein magnetbetriebenes Rohrbahnsystem, das Metropolen in den USA miteinander verbinden soll. Bislang existiert nur eine Teststrecke unweit Las Vegas. Einen formalen Auftrag von Verkehrsbehörden oder anderen Unternehmen gibt es nicht. *F.L.*

Rolle zurück

Einst löste der Pkw mit Verbrennungsmotor das E-Auto ab

Autos und andere Fahrzeuge mit Elektroantrieb gibt es seit der Frühzeit des Automobilbaus. In den 1830er Jahren entstanden viele Experimentalmodelle. Wahrscheinlich hat der schottische Erfinder Robert Anderson um 1832 das erste Elektrofahrzeug überhaupt gebaut. 1888 baute dann die Coburger Maschinenfabrik Andreas Flocken den Flocken Elektrowagen, das erste bekannte deutsche Elektroauto. Wie die meisten frühen Personenkraftwagen sah der Flocken Elektrowagen aus wie eine Kutsche mit Motor.

Bis zum Ersten Weltkrieg spielten Elektrofahrzeuge eine wichtige Rolle bei der Motorisierung. Um 1900 fuhren 38 Prozent der Autos in den USA mit Strom. Ab etwa 1910 ging ihr Marktanteil jedoch kontinuierlich zurück, denn billiges Öl und Fortschritte in der Technik der Verbrennungsmotoren ließen die Benzin-Fahrzeuge an ihnen vorbeiziehen. E-Fahrzeuge wurden zu einer Nischentechnik. Erst der steigende Ölpreis in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts sorgte dafür, dass das Interesse wieder wuchs.

Bereits 1832 gab es wohl das erste Elektrofahrzeug

Zwischen 1996 und 1999 baute General Motors den EV 1 in Serie, und auch Toyota, Nissan und Honda nahmen Elektrofahrzeuge ins Programm. In Deutschland stellte die Würzburger Smiles AG einen Elektrowagen her.

Während viele Autohersteller mit Elektro-Pkw und Hybridfahrzeugen experimentierten, trat 2003 Tesla auf den Plan. Anfangs arbeiteten zwei Teams zusammen, einmal Martin Eberhard, Marc Tarpenning und Ian Wright, und auf der anderen Seite Elon Musk und JB Straubel. Der Tesla „Roadster“ entstand in Anlehnung an den elektrischen Sportwagen „T-Zero“, den die Firma AC Propulsion entwickelt hatte. Musk beteiligte sich finanziell an Tesla und kümmerte sich speziell um die Bereiche Design und Technologie. 2005 begann Tesla, mit Lotus zusammenzuarbeiten, was die Ähnlichkeit des Tesla „Roadsters“ mit dem Lotus „Elise“ erklärt. Vom Roadster wurden bis 2011 etwa 2250 Stück produziert. Heute stellt das Unternehmen die Modelle 3, S und X her. Aus angelieferten Teilen wird das Modell S auch im niederländischen Tilburg montiert. *F.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Zahl der Schüler steigt rasant

Berlin will marode Gebäude mit Milliarden sanieren – Doch jetzt fehlen auch noch Lehrer



Mit Bauhelm und Atemschutzmaske: Demonstrantin beim Lehrer-Protest gegen den Zustand der Carlo-Schmidt-Schule in Berlin-Spandau

Bild: pa

Über den Zeitraum von zwei Jahrzehnten hat sich an Berlins Schulgebäuden ein Sanierungsbedarf in Milliardenhöhe angestaut. Nun fließt zwar Geld, dafür fehlt aber Personal.

Wie marode die Substanz vieler Berliner Schulgebäude mittlerweile ist, zeigte sich unlängst bei einer Protestaktion an der Spandauer Carlo-Schmid-Schule. Ausstaffiert mit Bauhelmen und Schutzmasken demonstrierten dort 45 Lehrer gegen den baulichen Zustand ihrer Wirkungsstätte, der schon seit Jahren für Unmut unter Schülern und Lehrpersonal sorgt.

Die Protestaktion sorgte berlinweit für Schlagzeilen, denn ihr Auslöser war gravierend: Während der Herbstferien war ein Wasserschaden entstanden, der Teile einer Decke des Schulfoyers einstürzen ließ. Die Spandauer Sekundarschule gilt zwar als Extremfall, ein milliardenschwerer Sanierungsbedarf an Schulen besteht allerdings im ganzen Stadtgebiet. Seit vor gut 20 Jahren der damalige rot-rote Senat unter Klaus Wowereit (SPD) die Parole „Sparen bis es quietscht“ ausgab, hat sich der bauliche Zustand vieler Schulen drastisch verschlechtert.

Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) bezifferte im Frühjahr den akuten Finanzbedarf für Reparaturen mit 1,6 Milliarden Euro. Die Bildungsbehörde ermittelte sogar einen generellen Sanierungsstau an den Schulen von insgesamt mehr als vier Milliarden Euro. Eine Berliner Gesamtübersicht förderte große Unterschiede beim akuten Sanierungsbedarf zu Tage. In der Folge wurden sogar Vorwürfe laut, einige Berliner Bezirke hätten ihre Schulen verkommen lassen.

Insgesamt will der Senat bis zum Jahr 2026 rund 5,5 Milliarden Euro in die Hand nehmen, um einerseits marode Schulen zu sanieren, aber auch um völlig neue Schulbauten zu errichten. Das Vorhaben erscheint nicht nur notwendig, weil viele Schulen baufällig sind. Berlin rechnet durch anhaltenden Zuzug für die kommenden Jahren zudem mit einem massiven Anstieg der Schülerzahl.

> Experten von der Bundeswehr sollen beim Bau helfen

In Bezirken wie Lichtenberg oder Pankow sagt eine Prognose zwischen 30 und 40 Prozent mehr Schüler voraus. Wie aus dem Schulentwicklungsplan des Landes hervorgeht, muss sich Berlin bereits für den Zeitraum 2022/23 auf rund 40000 zusätzliche Schüler einrichten. Deren Gesamtzahl soll dann bei rund 336000 liegen. Die Hauptstadt benötigt dafür 2500 zusätzliche Lehrer, in großer Zahl aber auch neue Unterrichtsräume.

Wie aus der Investitionsplanung des Landes hervorgeht, sollen schon bis zum Jahr 2021 in Berlin 51 Schulneubauten mit mehr als 80000 neuen Schulplätzen entstehen. Trotz der Bereitstellung der finanziellen Mittel ist ein Erfolg der Schulbauoffensive keineswegs garantiert: Berlins Verwaltung ist vielerorts personell ausgedünnt, beim Schulbau kommt Kompetenzgerangel hinzu. Bereits seit einiger Zeit läuft der Versuch des Senats, die bezirklichen Hochbauämter beim Schulbauprogramm teilweise zu entmachten. Bei Bauvorhaben mit einem Kostenrahmen von mehr als zehn Millionen Euro will der Senat, dass die Bezirke von einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Unterstützung erhalten.

Das wird dort aber kritisch gesehen: Tatsächlich haben gerade die Bezirke damit zu kämpfen, dass der Arbeitsmarkt in Berlin im Bereich der Ingenieure und Bauplaner wie leergefegt ist. Doch die Bezirke haben inzwischen ein eigenes Zehn-Punkte-Programm zum Schulbau vorgelegt. Sie setzen auf die Stärkung der eigenen Hochbauämter, aber auch auf eine Zusammenarbeit unter den Bezirken, um Synergie-Effekte nutzen zu können.

Aufgegriffen wurde in dem Papier auch eine Anregung, die aus den Reihen der Berliner AfD gekommen ist. Andreas Otti, Stadtrat der AfD in Berlin-Spandau, hatte vorgeschlagen, sich um Zeitsoldaten der Bundeswehr zu bemühen, um Planer und Bauleiter für das Schulbauprogramm zu finden. In Frage kommen Zeitsoldaten, die bei der Bundeswehr beispielsweise Ingenieurswesen studiert haben.

Der Stadtrat sieht seinen Vorschlag als Chance, sehr gut ausgebildete Fachkräfte nach Berlin zu holen: „Die Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr sind sehr pflichtbewusst, sehr lösungsorientiert und haben eine hohe Leistungsdichte“, so Otti gegenüber der *PAZ*. Aus seiner eigenen Dienstzeit wisse er zudem, dass Berlin für viele Bundeswehrangehörige als Arbeitsort durchaus attraktiv sei.

Dass diese Idee zur Fachkräftegewinnung für die Berliner Verwaltung aus den Reihen der AfD kommt, ist naheliegend: Ehemalige Bundeswehrangehörige spielen im Berliner Landesverband und in der Fraktion im Abgeordnetenhaus eine prominente Rolle.

Der Landes- und Fraktionschef Georg Pazderski war 41 Jahre lang Berufsoffizier, zuletzt im Rang eines Oberst im Generalstabsdienst. Karsten Woldeit, Vize-Fraktionschef im Abgeordnetenhaus und stellvertretender Landesvorsitzender, war ebenso Berufssoldat. Andreas Otti ist ein ehemaliger aktiver Offizier der Luftwaffe, der als Stadtrat nun unter anderem für die Liegenschaftsverwaltung des Bezirks Spandau zuständig ist. *Norman Hanert*

Seltsame Moral

Von Theo Maass

Die Vorweihnachtszeit eignet sich zum Spenden sammeln. Die Erinnerung an die Geburt Christi und das zelebrierte große Familienfest, bei dem Frieden und Freude verbreitet werden sollen, öffnen die Brieftaschen. Gut, wenn die werbende Organisation zuvor in der Zeitung stand.

Die sogenannte Tierschutzorganisation PETA hielt sich an diesen Rat und zeigte 20 deutsche Zoos und Tierparks – darunter auch den Berliner Tierpark Friedrichsfelde – wegen angeblichen Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz an. Was aus der Anzeige wird, ist nicht so wichtig – wichtig ist der Sprung in die Medien.

PETA beanstandet, dass Vögel durch Stutzen der Federn flugunfähig gemacht würden. Da wollten die Grünen nicht abseits stehen. Ihr tierschutzpolitischer Sprecher, Stefan Taschner, fordert: „Die gegen den Tierpark Berlin erhobenen Vorwürfe müssen sofort aufgeklärt werden ... Vögel, deren Flügel gestutzt werden müssen, um im Tierpark gehalten zu werden, haben dort nichts zu suchen. Das Wohl der Tiere muss in jedem Fall Vorrang haben.“

Eine Mitarbeiterin der Tierparks wehrt sich: „Ich habe keine Lust mehr drauf, mich und meine Kollegen von euch mit Dreck bewerfen zu lassen. Wir geben täglich alles, damit es unseren Tieren gut geht.“ Tierparksprecherin Christiane Reiss: „Wir beschneiden die Federn von Pelikanen, Kranichen und Großtrappen, das ist schmerzfrei. Das kann man mit dem Schneiden von Fingernägeln beim Menschen vergleichen.“ PETA bedient sich nicht zum ersten Mal des Mittels einer Anzeige (die dann vermutlich eingestellt wird), um öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen.

Der Verein maßt sich an, über das Lebensrecht von Tieren zu entscheiden. Wer seinen Vierbeiner nämlich bei PETA abgibt, kann ihn genauso gut gleich selber totspritzen lassen. Im März 2009 wurde bekannt, dass die Organisation im Jahr 2008 96 Prozent der Tiere in ihrem eigenen Tierheim in Virginia einschläfern ließ. Gegen einen britischen Fotografen ging PETA vor, weil die Organisation der Meinung war, dass ein fotografierter Affe so etwas wie das Recht am eigenen Bild habe.

Ein andermal warnen die selbsternannten Tierschützer vor dem Genuss von Milch und empfehlen veganes oder wenigstens vegetarisches Essen. 2003 organisierte PETA eine Ausstellung „Holocaust on Your Plate“ (Holocaust auf Ihrem Teller). Als der Verein mit der Kampagne in Deutschland auf Tournee ging, wurde die Staatsanwaltschaft tätig. Per Gerichtsbeschluss wurde die Kampagne verboten. Dass PETA in Deutschland als gemeinnützig anerkannt ist und Spenden steuermindernd geltend gemacht werden können, erscheint da kaum unverständlich.

Wirbel um Wahl in Lebus

CDU und Linkspartei wählten AfD-Mann zum Bürgermeister

Im brandenburgischen Lebus wurde erstmals ein Bürgermeister aus den Reihen der AfD gewählt – als Übergangslösung mit den Stimmen von CDU und Linkspartei. Detlev Frye stand als einziger Kandidat zur Abstimmung. Die zuständige Wahlleiterin erklärte die kurzfristig anberaumte Abstimmung allerdings für ungültig, weil bei der Wahl gegen „Öffentlichkeitsgrundsätze verstoßen“ worden sei. Der Formfehler mündet nun in einer verspäteten gemeinsamen Front gegen die AfD.

Kreis- und Landespolitiker aus CDU, Linkspartei und SPD wollen ein zweites, gültiges Votum für Frye unbedingt verhindern. CDU-Kreischefin Kristy Augustin sucht „andere Kandidaten“. Dazu habe es schon Gespräche mit den Kreisverbänden von SPD und Linkspartei gegeben. In den sozialen Netzwerken im Forum der SPD-Bundestagsabgeordneten Manja Schüle fordert die wegen ihres Eintretens für die Kreisreform zurückgetretene Generalsekretärin der Landes-SPD, Klara Geywitz, CDU und Linke sollten nun in Lebus „nochmal mit ihren Vertretern über Grundsätzliches sprechen“.

Das Scheitern der Kreisreform (die *PAZ* berichtete) stürzt Brandenburgs rot-rote Landesregierung ohnehin in ihre bisher tiefste Krise. Aktuelle Umfragewerte der SPD liegen nur noch knapp über der AfD: 23 gegenüber 20 Prozent. Jeder zweite Befragte lehnte gegenüber Infratest Dimap Rot-Rot ab.

> Abstimmung muss wegen Formfehlers wiederholt werden

Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD), den die Bürger eähnlich kritisch beurteilen (54 Prozent Zustimmung statt einst rund 70), schlägt statt der gescheiterten Reform einen Acht-Punkte-Plan für eine bessere kommunale Verwaltung vor. Mehr freiwillige Zusammenarbeit, mehr Digitalisierung lauten dessen Ziele. Die Bürger sollten so viele Angelegenheiten wie möglich im Internet erledigen können, so Woidke. Er habe die Reform gestoppt, um drohende „Zwietracht und Spaltung“ in der Mark zu verhindern.

Tatsächlich sei der Widerstand zu groß gewesen und Woidke ein Getriebener, sagt die Opposition. Rot-Rot hatte im Februar rund 130000 gegen die Reform gesammelte Unterschriften abgeschmettert, die entsprechende Volksinitiative drohte seit August zum Volksbegehren gegen die Reform und Rot-Rot an sich zu werden. Hauptgegner der SPD ist nicht die in der neusten Umfrage bei 22 Prozent stagnierende CDU, sondern die AfD, die rasant Stimmen zugewinnen und linke Mehrheiten ausbremsen könnte. *SG*

RBB stiftet Unruhe

Merkwürdige Umfrage zu Garnisonkirche

Der Sender RBB versuchte am 9. November, den Eindruck zu erwecken, als gäbe es in Potsdam eine Mehrheit oder wenigstens eine bedeutende Minderheit unter der Einwohnerschaft gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche. Dort hieß es: „Potsdamer wollen kein Geld für die Garnisonkirche geben.“

Bei genauerem Hinsehen bleibt davon wenig übrig. An der „Abstimmung“ konnten sich „alle“ beteiligen, die einen Haupt- oder Nebenwohnsitz in Potsdam haben und mindestens 14 Jahre alt sind. Davon sprachen sich dann 15123 dafür aus, dass die Stadt kein Geld für den Wiederaufbau ausgibt. Pikant: In Wahrheit fließen gar keine Gelder der Stadt in den Kirchenbau.

Tatsächlich schrumpft das Häuflein der Protestierer, wie eine Woche zuvor bei einem Gottesdienst zu sehen war. Dort rebellierten nur einige Duzend Personen und warfen Stinkbomben. Auf Facebook kommt eine Gruppe gegen den Wiederaufbau nur auf 1000 „Likes“.

> Protest ebbt in Wahrheit ab

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, stellte fest: „Erstaunlich geräuschlos verläuft der Wiederaufbau der Garnisonkirche in Potsdam.“ Dafür wurde er von einem Internetnutzer angepöbelt: „Wenn man keine Ahnung hat, dann sollte man auch ab und zu mal nix sagen.“ Auf Facebook ist auch eine Fotomontage mit dem AfD-Politiker Björn Höcke und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu sehen. Es soll wohl eine Parodie des Bildes mit Adolf Hitler und Reichspräsident Paul von Hindenburg am „Tag von Potsdam“ 1933 darstellen. *Hans Lody*

Nur zwei Prozent Ausländer

Im brandenburgischen Elbe-Elster-Kreis (Verwaltungssitz Herzberg) besitzen von den 104673 Einwohnern nur 1992 Personen keine deutsche Staatsbürgerschaft. Das entspricht einem Ausländeranteil von 1,9 Prozent. Unter den 472 Landkreisen in Deutschland nimmt der Kreis damit eine Spitzenstellung ein. In Thüringen und Sachsen erreichen einige Landkreise zumindest ähnliche Werte. Die Bundesregierung hat den Kreis am 25. Mai 2009 als „Ort der Vielfalt“ ausgezeichnet. Bis vor Kurzem hatte die Landesregierung beabsichtigt, Elbe-Elster mit dem benachbarten Kreis Oberspreewald-Lausitz zu fusionieren. Den höchsten Ausländeranteil in Brandenburg weist Frankfurt (Oder) auf. Die an der Grenze zur Republik Polen liegende Stadt kommt auf einen Anteil von 7,4 Prozent, die Landeshauptstadt Potsdam auf 6,2 Prozent. In Deutschland insgesamt liegt der Ausländeranteil bei 10,5 Prozent - in der Hauptstadt Berlin sogar bei 15,5 von Hundert. *H.L.*

MELDUNGEN

Greenpeace will Aufklärung

Tscheljabinsk – Der russische Greenpeace-Vertreter Raschid Alijew verlangt vom staatlichen Atomkonzern „Rosatom“ die lückenlose Aufklärung der stark erhöhten Werte des radioaktiven Isotops Ruthenium-106 in der Luft, die im September im Ural den Normalwert 986-fach überstiegen. Auch in Österreich und Deutschland wurden die erhöhte Werte gemessen, die laut Behörden nicht gesundheitsschädlich sind. Davon scheinen die Greenpeace-Vertreter weniger überzeugt, da sich erst nach einem halben Jahr die Auswirkung des Ausstoßes auf den menschlichen Organismus zeige. Alijew will, dass die Öffentlichkeit erfährt, was, wo und warum passiert ist. *MRK*

Wechsel beim Geheimdienst

Bern – Die Schweiz bekommt einen neuen Spionagechef: Der bisherige Leiter des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB), Markus Seiler, wurde zum Generalsekretär (vergleichbar in Deutschland etwa einem Staatssekretär) ins Ministerium für auswärtige Angelegenheiten berufen. Sein Nachfolger dürfte wohl Paul Zinniker werden. Der 58-Jährige war früher Leiter des damaligen militärischen Auslandsnachrichtendienstes und nach der 2010 erfolgten Zusammenlegung mit dem NDB Seilers Stellvertreter. Zwei weitere Anwärter konkurrieren allerdings ebenfalls um den prestigeträchtigen Posten: Jürg Bühler, der eine entscheidende Position im Inlandsgeheimdienst bekleidete und aus den Reihen der Schweizer Bundespolizei kommt, sowie Thomas Schöttli, der dem Center for Security Studies der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich angehörte, bis er zur Militärspionage wechselte. *F.W.S.*

Silvio Berlusconi ist wieder da

Die Liste des »Cavaliere« gewinnt bei den Regionalwahlen in Sizilien

Wenige Monate vor den Parlamentswahlen im kommenden Frühjahr in Italien bahnt sich eine spektakuläre Rückkehr auf die politische Bühne an. Der ehemalige Ministerpräsident Silvio Berlusconi (81) ist mit seiner Liste aus den Regionalwahlen in Sizilien als Sieger hervorgegangen und stellt mit Nello Musumeci den künftigen Präsidenten des dortigen Regionalausschusses.

Berlusconis Liste, zu der neben seiner Partei Forza Italia auch Matteo Salvinis Lega Nord, Giorgia Melonis Fratelli d'Italia – Alleanza Nazionale (Brüder Italiens – Nationale Allianz) und einige konservative Splitterparteien gehören, erreichte bei den Wahlen auf Sizilien knapp 40 Prozent.

Auf fast 35 Prozent kam die euroskeptische Fünf-Sterne-Bewegung, die bereits den Bürgermeister von Rom stellt und Italiens Austritt aus der Währungsunion fordert. Sie landete damit weit vor den Sozialdemokraten des ehemaligen Regierungschefs Matteo Renzi. Die in Rom regierende Partei errang auf Sizilien gerade einmal 18,6 Prozent der Stimmen. Dem Mitte-Links-Lager hat nicht nur eine schwache Bilanz der Regionalpolitik geschadet, sondern auch die Zersplitterung.

Die geringe Wahlbeteiligung wirft ein deutliches Licht auf die Stimmung. Nicht einmal jeder zweite Stimmberechtigte raffte sich zur Stimmabgabe auf. „Die Gräben zwischen den Demokraten und Linksdemokraten sind mittlerweile so tief wie nie und die Gefahr, bei den anstehenden Parlamentswahlen irrelevant zu werden, mehr als wahrscheinlich“, schrieb „La Repubblica“ nach den Wahlen.

Was Renzi bisher nicht gelungen ist, scheint Berlusconi zu schaffen. An seiner Seite tummeln sich Parteien, die sich vor wenigen Jahren noch spinnefeind waren. Ins Blickfeld der Öffentlichkeit ist im Zuge der Wahlen neben Berlusconi auch Matteo Salvini geraten, der vor einigen Monaten gemeinsam mit Marine Le Pen und der damaligen AfD-Chefin Frauke Petry auf einem Kongress in Koblenz auftrat. Der 43-jährige Journalist steht an der Spitze der Lega Nord. Seit er die Führung übernommen hat, hat er die Partei von einer separatistischen Regionalpartei hin zu einer modernen Rechtspartei gewandelt. Bisher hatte sich die Lega Nord ausschließlich auf ein föderales Norditalien konzentriert. Bei den Parlamentswahlen im Frühjahr wird Salvini nun mit seiner Partei in ganz Italien antreten. Als „Lega“ will man in diese Wahlen gehen und das „Nord“ aus dem bisherigen Parteinamen streichen. „Wir bleiben eine föderalistische Partei, die vernünftige Lösungen zur Bewältigung der Krise vorschlägt, wollen jetzt aber auch im Süden Fuß fassen“, erklärte Salvini. Der neue italienische Politstar stößt in die Lücke, welche die Auflösung der Alleanza Nationale, der Nachfolgepartei des neofaschistischen Movimento Sociale Italiano (MSI, Italienische Sozialbewegung), hinterlassen hat.

> Berlusconi ist ein breites Rechtsbündnis unter Einschluss von Forza Italia, Lega Nord und Fratelli d'Italia – Alleanza Nazionale gelungen

Die „Brüder Italiens“ sind ein Produkt der unzähligen Spaltungen der italienischen Rechten. Mit rund vier Prozent der Wählerstimmen sind sie überregional unbedeutend. Doch das italienische Wahlsystem ist komplex. Um eigene Mehrheiten zu erreichen, ist das Eingehen von Listenverbindungen fast unausweichlich, zumindest für die klassischen politischen Lager. Für den Einzug ins Parlament gilt eine Drei-Prozent-Hürde, Listenverbindungen müssen mindestens zehn Prozent der Stimmen für den Einzug erreichen. Vor der Wahl verbündete Parteien sind nicht zum Zusammenhalt nach der Wahl verpflichtet. Kleinparteien werden für die Mehrheitsfindung auch künftig benötigt, haben daher eine große Macht.



Vor einem Plakat von sich und seinen Mitstreitern Meloni (l.) und Salvini (r.): Silvio Berlusconi Bild: pa

Beppe Grillos Fünf-Sterne-Bewegung spricht als Protestbewegung eher Wählerschichten an, die sich von keiner der Altparteien mehr vertreten fühlen. Koalitionspartner gibt es derzeit keine. Sollte die unberechenbare Bewegung tatsächlich an die Macht kommen, könnten Italiens Tage innerhalb der Euro-Zone gezählt sein.

Und plötzlich erscheint Altmeister Berlusconi wieder als echte Option. Dabei galt er bereits als erledigt. Zum vierten Mal Ministerpräsident, kippte im Sommer 2011 seine Regierung. Zurück blieb ein Italien in finanziell höchst prekärer Lage. Zwei Jahre später wurde er dann wegen Steuerbetrugs zum ersten Mal rechtskräftig verurteilt. Der Haftstrafe entging er, leistete stattdessen Sozialdienst in einer Senioreneinrichtung.

„Sizilien hat, wie ich es forderte, den Weg der Veränderung gewählt“ und er verspreche „einen wahrhaftigen, ernsthaften, konstruktiven, auf Ehrlichkeit, Kompetenz und Erfahrung basierenden Wandel“, kommentierte Berlusconi den ersten Triumph seines neuen Rechtsbündnisses. Der künftige Regionalausschusspräsident Musumeci hat seine politischen Anfänge übrigens beim MSI gehabt. Ein deutlicheres Signal gibt es kaum. Politische Kommentatoren nehmen das Bündnis ernst. Salvini könnte im Windschatten Berlusconis zu einer landesweit bedeutenden Figur werden, gar ein Ministeramt übernehmen.

Ein Problem gibt es allerdings für Berlusconi. Aufgrund seiner Verurteilung darf der „Cavaliere“ bis November 2019 kein Staatsamt übernehmen. Er hofft jedoch, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte das Verbot aufhebt, wenn es den Fall in den kommenden Wochen neu verhandelt. Rund 40 Prozent in den Umfragen erreicht Berlusconis Bündnis derzeit. Der Medienzar gibt sich neuerdings als glühender Europäer und großer Staatsmann. Er sei der einzige Garant gegen den von der Fünf-Sterne-Bewegung propagierten Euro-Austritt. Die Frage, was seine rechten Partner wie Salvini dazu sagen, beantwortet Berlusconi väterlich: „Es sind junge Leute, die auf einen alten Hasen wie mich hören werden.“ *Peter Entinger*

FSB setzt Fäuste ein

Königsberger Politiker und Journalist Igor Rudnikow misshandelt

Schläge bis zur Bewusstlosigkeit, eine gebrochene Hand und Rippenbrüche – das ist die Bilanz einer brutalen Durchsuchungsaktion bei Igor Rudnikow, oppositioneller Politiker und Chefredakteur der Zeitung „Novyje Koljossa“ (Neue Räder) in Königsberg. Anfang November drang ein Einsatzkommando, bestehend aus mehreren uniformierten und maskierten Männern, von denen einer ein Emblem des russischen Geheimdienstes FSB trug, in Rudnikows Wohnung ein, nahm ihn mit in die Redaktion, wo die Männer ihn brutal zusammenschlugen. Anschließend wurde er in ein Krankenhaus gebracht, wo er wenige Stunden später gegen den Protest der Ärzte wieder abgeholt und in die Königsberger FSB-Zentrale gebracht wurde. Bei der mehrstündigen Durchsuchung hatte der Geheimdienst angeblich 50 000 US-Dollar sowie eine Greencard für die USA gefunden, was Rudnikow verdächtig mache, ein Spion der USA zu sein.

Trotz aller Eingaben seines Anwalts und dessen Protests gegen die völlig gesetzeswidrige Verhaftung hat das Gebietsgericht entschieden, dass Rudnikow bis zum 1. Januar 2018 in Untersuchungshaft bleiben muss. Er selbst weist alle Vorwürfe zurück. Vor Gericht beschuldigte er die Staatsanwaltschaft, ihn geistig ermorden zu wollen.

Seit Jahren berichtet der Absolvent einer Militärschule und langjährige Journalist über Fälle von Korruption und organisierter Kriminalität, in die auch Regierende



Bild: CF

Unbeugsam: Igor Rudnikow

verwickelt waren. Er geißelt Willkür und die Bestechlichkeit von Polizei und Gerichten. Einer, über den er in den vergangenen Jahren viel Negatives zu berichten hatte, ist der Generalleutnant der Justiz Viktor Ledenjow. „Novye Koljossa“ hatte beispielsweise über dessen teure Immobilienanschaffungen geschrieben. Rudnikow war schon mehrfach Opfer von Anschlägen geworden, zuletzt im März vergangenen Jahres, als ihm ein Angreifer vor dem Café „Soljanka“ im Stadtzentrum auflauerte und ihm mit fünf Messerstichen lebensgefährlich verletzte.

Im Sommer versprach Ledenjow, der als Leiter des Untersuchungsausschusses an der Aufklärung des Falles beteiligt war, dem Journalisten, ihm neue Dokumente zukommen zu lassen, die er von der Staatsanwaltschaft erhalten habe, wenn die Zeitung dafür aufhörte, über ihn zu berichten. Bei dem vereinbarten Treffen überreichte der General Rudnikows Mitarbeiterin allerdings einen Umschlag, der statt der Dokumente die präparierten 50 000 US-Dollar enthielt. Das Einsatzkommando von OMON, FSB und Poliziei war sofort zur Stelle.

Als Duma-Abgeordneter genießt Rudnikow laut Gesetz Immunität, doch das hat seine Gegner offenbar nicht aufgehalten. Rudnikow fürchtet indessen um sein Leben. Vorsorglich ließ er verbreiten, dass er nicht die Absicht habe, Selbstmord zu begehen. Seit den 1990er Jahren sind in Russland 350 Journalisten getötet worden. Zuletzt traf es die regierungskritische Radiojournalistin Tatjana Felgenhauer von „Echo Mosky“ in Moskau, die im Studio des Senders von einem Eindringling niedergestochen und schwer verletzt wurde.

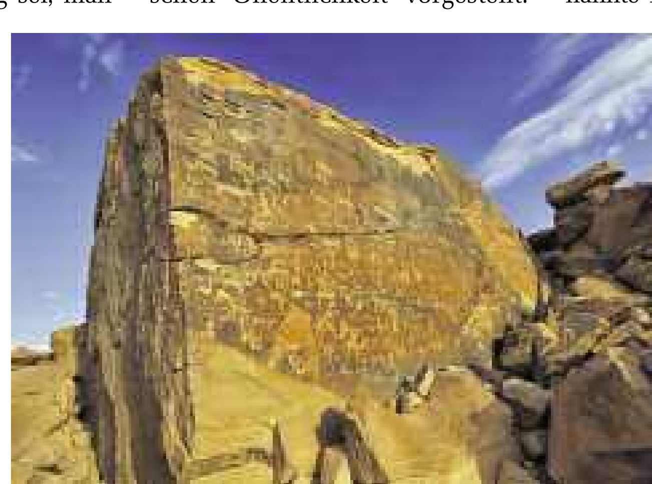
Rudnikows Kollegen sind von dessen Unschuld überzeugt und davon, dass er sich nicht unterkriegen lässt. Er sei eine Kämpfernatur. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Auf den Spuren Atatürks

Saudi-Arabien setzt auf Nation statt Islam als Identitätsstifter

Es ist soweit: Nach langem Stillstand und der alleinigen Berufung auf die Rolle eines „Hüters der Heiligen Stätten“ zieht Saudi-Arabien die nationalarabische Karte. Kronprinz Mohammed bin Salman bin Abdulaziz Al Saud formulierte, dass die islamische Geschichte zwar wichtig sei, man aber auch eine vielhundertjährig ältere Geschichte der Araber habe, an die es zu erinnern gelte. Zudem verfüge man im Lande auch über archäologische Zeugnisse der europäischen Kulturen, an denen man daher ideellen Anteil habe. Solche Worte galten noch vor Kurzem als Sakrileg.

Seit 2010 zog einer Karawane gleich die Ausstellung „Roads of Arabia“ um den Globus, wobei sie 2012 Station in Berlin machte. Auf eindrucksvolle Weise zeigte sich hier ein anderes Arabien: als blühende Kultur auf hohem Niveau, mit der Welt verbunden und beispielweise die eigenen Frauen gut behandelnd. Die US-geführten Medien wurden damals nicht müde, die Ausstellung in ein negatives Licht zu rücken. Nicht gezeigt wurde sie umgekehrt freilich in Riad, da sie den dortigen Klerikern schwer gegen den Strich ging. Zeitgleich zu der vom Kronprinzen betriebenen Säuberung von korrupten Prinzen und anderen ihm feindlichen Zeitgenossen wird die Ausstellung jetzt erstmals in Riad der heimischen Öffentlichkeit vorgestellt.



Ein kultureller Schatz des Königreichs: Felsbilder aus mehreren Jahrtausenden Bild: Thomas W. Wyrwoll / FATAF

Parallel dazu findet ein mit Pomp angekündigtes, aber chaotisch organisiertes „Erstes Saudisches Archäologie-Forum“ statt, bei dem die meisten ausländischen Experten fehlen und sich fragwürdige Figuren eingeschlichen haben. Die symbolische Aussage dieser Bemühungen ist aber dessen ungeachtet eindeutig.

Man sucht sich in Saudi-Arabien, seiner nationalen Kulturgeschichte zu besinnen, um so ein Fundament für die beiden großen Vorhaben des Kronprinzen, seine reformerische „Vision 2030“ und die unlängst neu vorgestellte Kontinent-übergreifende und griechisch-arabisch benannte Megastadt „Neom“ am Roten Meer, zu erhalten. Deren Umsetzung ist für Arabien überlebenswichtig, denn das „Zeitalter nach dem Öl“ wird dank Elektroauto und dergleichen bereits lange vor dem Aufbrauchen des Öls anbrechen. Neom befindet sich unter deutscher Aufbauleitung, und eine deutsche Beteiligung ist auch den anderen Vorhaben des Prinzen sowie seinem Beraterstab zu wünschen, denn dann hätte das Königreich beinahe eine Garantie, es mit Menschen zu tun zu haben, die ihre Aufgaben sowohl beherrschen als auch im Sinne einer arabischen Zeitenwende fruchtbar voranbringen wollen. Eine alle Ebenen umfassende Achse Berlin–Riad wäre nämlich fraglos im Interesse sowohl des arabischen als auch des deutschen Volkes. *Thomas W. Wyrwoll*

Folgt dem Petro-Dollar der Petro-Yuan?

China, Saudi-Arabien, Venezuela und Russland stellen die Standardwährung für Ölgeschäfte in Frage

Die Börse im chinesischen Shanghai beginnt in Kürze mit Ölttermingeschäften, die auf dem chinesischen Yuan basieren und nicht mehr auf dem US-Dollar. Dies ruft naheliegenderweise einige Reaktionen hervor.

Seit Jahrzehnten gilt auf dem internationalen Erdölmarkt ein scheinbar unumstößliches Gesetz: Wo immer das Schwarze Gold verhandelt wird, geschieht das auf der Grundlage des US-Dollar als Verrechnungseinheit. Das hat zur Folge, dass jeder Staat und jeder Privatmann, der Öl erwerben will, dazu Dollar braucht, die er, wenn er sie nicht vorrätig hat, zunächst kaufen muss. Das bedeutet eine immense Nachfrage nach US-Dollar, die diese Währung stützt und die aberwitzige Verschuldung der USA finanziert.

Diese Ordnung scheint sich nun aufzulösen. Das japanische Wirtschaftsorgan „Nikkei“ teilte unter Berufung auf eigene Quellen mit, dass die ersten Terminverträge auf Grundlage des Yuan noch in diesem Jahr abgeschlossen würden. Der ägyptisch-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Ibrahim Oweiss hält es für möglich, dass bald der Begriff „Petro-Dollar“ durch den „Petro-Yuan“ abgelöst wird. Westliche Medien zeigen sich besorgt, dass die Rolle des US-Dollar als globales Zahlungsmittel erstmals ernsthaft gefährdet sei.

China ist mit einer Einfuhr von täglich fast neun Millionen Barrel Öl einer der größten Teilnehmer am Ölmarkt weltweit. Wenn Ölgeschäfte künftig nicht nur in Dollar, sondern auch in Yuan abgerechnet werden, so wird das die Nachfrage nach der chinesischen Währung ebenso erhöhen, wie es diejenige nach dem Dollar mindert. Für China bedeutet das eine Belastung seiner Ausfuhren dadurch, dass der Yuan teurer wird, aber im Gegenzug kann es billiger einkaufen.

Für die USA heißt das, dass das bisherige Finanzsystem in Frage gestellt wird. Dieses bestand darin, dass die monströsen Schulden der USA – hauptsächlich verursacht durch ständiges Kriegführen in aller Welt – nicht mehr im bisherigen Maße von all den Ländern finanziert werden, die am Welthandel teilhaben. Das heißt aber, dass das gesamte Finanzsystem der USA gefährdet wird, während China allenfalls die Sorgen eines Landes mit starker Währung wird tragen müssen.

In Peking jedenfalls scheint man das so zu sehen. Cheng Fengying vom Institut für Weltwirtschaft der Chinesischen Akademie für Internationale Beziehungen in Peking, sagt: „Ungeachtet der vorhandenen Risiken wird China unweigerlich den Weg einer Internationalisierung des Yuan gehen.“

Wang Zhimin, Direktor des Forschungsinstituts für Probleme der Globalisierung bei der Universität für Globale Wirtschaft in Peking, sagt dazu. „Einige Länder haben sich bereits auf die Umstellung auf den Yuan im Ölhandel geeinigt, beispielsweise China und Russland.“

> Peking bietet die Möglichkeit einer Konvertierung des Yuan in Gold an

Russland als Partner Chinas auf vielen Feldern hat darüber hinaus mit Peking vereinbart, einen Investitionsfonds in Höhe von etwa zehn Milliarden Dollar zu schaffen, um die Verrechnungen nicht nur des Ölhandels in Yuan und Rubeln zu vereinfachen.

Als weiteres, strategisch wichtiges Land in der Ölproduktion dürfte sich Saudi-Arabien anschließen. Das vermutet der Chef-Ökonom des US-Consulting-Unternehmens High Weighted Economic Review, Karl Weinberg: „Ich vermute, dass die Zahlungsgeschäfte für Öl in Yuan kommen werden, und sobald sich Saudi-Arabien dazu entschließt, dies zu akzeptieren – weil die Chinesen sie dazu zwingen werden – wird der Rest des Ölmarktes ihnen folgen.“ Dabei ist der Zwang aus China rein wirtschaftlicher Art. Er resultiert aus der Rolle Pekings als größter Nachfrager. Oder mit anderen Worten: Wer zahlt, schafft an. Vor Kurzem gab Riad bekannt, dass eine Emission von Bonds vorbereitet wird, die auf Yuan lauten.

Als bedeutender Ölexporteur hat sich auch Venezuela vom Dollar losgesagt. Das hat in erster Linie politische Gründe, denn die USA betreiben den gewaltsamen Versuch eines sogenannten Regime Change in dem südamerikanischen Land. Es hat bereits im internationalen Handel damit begonnen, nicht mehr in Dollar zu rechnen. Präsident Nicolás Maduro erklärt: „Wir verkaufen Erdöl und unsere ganze Produktion und bewerten bereits in chinesischen Yuan.“ Diese Entscheidung führt er auf die Sanktionen zurück, die Washington gegen Venezuela verhängt hat: „Sie haben uns einen riesigen Schaden zugefügt. Wir sind gezwungen, uns zu verteidigen.“

Was Chinas Stellung nicht nur auf dem internationalen Ölmarkt weiter festigt, ist der Umstand, dass es die Möglichkeit einer Konvertierung des Yuan in Gold anbietet. Tatsächlich sind heute bereits sowohl der chinesische Yuan als auch der russische Rubel faktisch goldgedeckt. Kein Zufall auch, dass sich die Türkei in ihrer derzeitigen Abwendung vom Westen bemüht, Dollar-Bestände in Gold umzutauschen. Gleichzeitig muss die US-Notenbank ständig gegen den Verdacht ankämpfen, sie habe das Gold in Fort Knox – nicht nur das eigene, sondern das von verschiedenen Ländern – längst verfrühstückt.

Angesichts der exorbitanten Verschuldung der USA, die durch die Entwicklung auf dem internationalen Ölmarkt möglicherweise bald nicht mehr finanzierbar sein wird, und eines Euro, der ein finanztechnisches Kartenhaus mit einem Risiko von mehreren Billionen darstellt, gewinnt mit einem Mal das Gold wieder eine zentrale Bedeutung im weltweiten Finanzwesen. Es scheint, als würde das Öl als nach wie vor entscheidender Energieträger jetzt die Rolle eines Katalysators zwischen den Ländern spielen, die mit Finanzwerten jonglieren, die nur aus Papier oder Computerdaten bestehen und anderen, die mit Realwerten arbeiten.

Florian Stumfall



Beginnt in Kürze mit Öltermingeschäften, die auf dem Yuan basieren: Die Börse in Shanghai Bild: Imago

MELDUNGEN

Ökonom: EZB sitzt in der Falle

Frankfurt am Main – Die Europäische Zentralbank (EZB) sitze in einer selbstgestellten Falle, sagt der renommierte spanische Volkswirt Daniel Lacalle. Mit dem massenhaften Aufkauf von Staatsanleihen habe sie die Zinsen so nach unten gedrückt, dass die Zahl der „Zombie-Firmen“, die selbst eine winzige Anhebung der Zinsen um 0,5 Prozent nicht überleben würden, in die Höhe geschossen sei, so Lacalle gegenüber „Finanzen 100“. Die Sparer und Rentner zahlten die Rechnung für diese Sackgassen-Politik der EZB, weil ihre Rücklagen entwertet würden. Zudem würden sich Länder lieber billig verschulden, statt Reformen anzugehen. *H.H.*

Verschuldung der Städte steigt

Berlin – Trotz Rekord-Steuereinnahmen stiegen die Schulden der Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern im Vergleich zu 2015 um fast eine halbe Milliarde Euro auf jetzt 82,4 Milliarden Euro an. Laut der Beratungsgesellschaft Ernst & Young liegt das vor allem am Anstieg der Sozialausgaben, die inzwischen bei 59 Milliarden Euro liegen. Spitzenreiter der Pro-Kopf-Verschuldung war 2016 Oberhausen mit 9680 Euro Schulden pro Einwohner. *tws*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.978.102.592.41 €
Vorwoche: 1.978.067.634.474 €

Verschuldung pro Kopf:
24.044 €
Vorwoche: 24.044 €

(Dienstag, 21. November 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Dämpfer für grüne Ideen

Erneuerbare Energien können Welthunger nach Strom nicht stillen

Die Internationale Energieagentur IEA prognostiziert in ihrem „World Energie Outlook“ einen massiv steigenden Energiebedarf bis zum Jahr 2040. Nach den Berechnungen der Energieagentur wird der weltweite Verbrauch von Energie zwischen 2107 und 2040 um fast 30 Prozent steigen. Basis der Berechnungen war ein erwartetes Wachstum der Weltwirtschaft von durchschnittlich 3,4 Prozent pro Jahr und ein Anstieg der Weltbevölkerung auf mehr als neun Milliarden Menschen. Zugrundegelegt hat die Agentur dabei zudem die Annahme, dass Energie deutlich effizienter angewendet wird als bislang. Lässt man die erwartete Effizienzsteigerung weg, dann ist sogar mit einem Anstieg der globalen Energienachfrage um 60 Prozent zu rechnen.

Die IEA geht offenbar von einem Sinken des Energieverbrauchs in Europa, in den USA und Japan aus. Auch in China soll der Zuwachs mit 20 Prozent vergleichsweise moderat ausfallen. Umso kräftiger könnte der Energiehunger Indiens wachsen: Die Forscher der IEA gehen von einer Verdoppelung des indischen Energieverbrauchs bis 2040 aus. Bis dahin erwartet die Internationale Energieagentur ebenso eine Verdoppelung der Zahl von Autos auf dann weltweit zwei Milliarden Fahrzeuge.

Auch die Aussagen zur Entwicklung der einzelnen Energieträger sind bemerkenswert: Die IEA geht davon aus, dass der Anteil der Erneuerbaren Energien besonders stark wachsen wird. Demnach könnten Wind- und Solarkraft, Wasserkraft und Biogas etwa 40 Prozent der zusätzlichen Nachfrage abdecken und bereits in den 2020er Jahren die Kohleverstromung als wichtigste Säule der Stromerzeugung ablösen.

> Energieagentur sieht massiv steigenden Verbrauch bis 2040

Weltweit ist allerdings mit einem steigenden Kohleverbrauch zu rechnen – den Bestrebungen zum Kohleausstieg in einigen Industrieländern zum Trotz. Für viele Entwicklungsländer und vor allem Indien wird die Kohle nämlich ein sehr wichtiger Energieträger bleiben. Allein für Indien wird eine Verdoppelung der Kohlenachfrage bis 2040 prognostiziert. In den Prognosen sind weitere Dämpfer für die Befürworter „grüner“ Energieträger enthalten: Die Energieagentur sieht die Kernkraft keineswegs als ein Auslaufmodell an. Selbst im Falle eines Booms bei Elektroautos soll laut IEA die weltweite Nachfrage nach Rohöl von einem Tagesbedarf von derzeit 94 Millionen Fass auf 105 Millionen weiter steigen.

Eine ähnliche Einschätzung hat vor Kurzem die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) in ihrem „World Oil Outlook“ vorgelegt. Wie die Internationale Energieagentur geht auch die OPEC von einer weltweiten Verdoppelung der Zahl von Autos auf rund zwei Milliarden bis 2040 aus. Demnach wird der Bedarf an Rohöl noch rund 25 Jahre lang steigen.

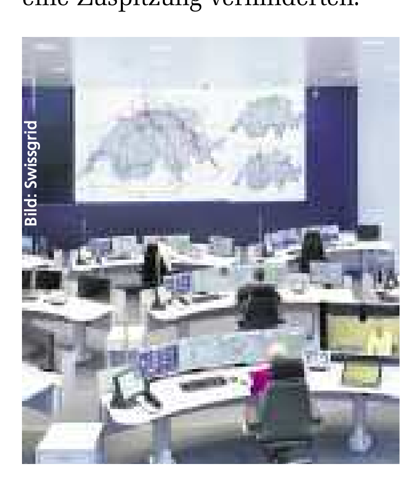
Nach Ansicht der OPEC werden bis 2040 noch rund 85 Prozent aller Fahrzeuge Benzin oder Diesel als Energieträger nutzen. Die OPEC rechnet damit, dass die Erneuerbaren Energieträger im Schnitt jährlich mit 6,8 Prozent am stärksten wachsen werden, allerdings wird ihr Anteil am Gesamtenergieverbrauch in 20 Jahren lediglich bei 5,4 Prozent liegen. Als Basis der Berechnungen ging die OPEC von einem Anwachsen der Weltbevölkerung um 1,8 Milliarden auf 9,2 Milliarden bis 2040 aus. *N. Hanert*

Blackout-Gefahr steigt

Überlastung der Stromnetze im Winter – Krise in der Schweiz

Erst im Nachhinein ist deutlich geworden, wie groß im vergangenen Winter das Risiko von flächendeckenden Zusammenbrüchen von Stromnetzen war. Klirrende Kälte und die Abschaltung von 23 Kernkraftwerken brachten Frankreichs Stromversorgung im Januar 2017 in eine prekäre Situation. Am Morgen des 20. Januars benötigte Frankreich um 8.45 Uhr deutlich mehr Strom, als es in diesem Moment selber produzieren konnte. Das befürchtete Ausgehen der Lichter konnte nur durch Stromlieferungen aus den Nachbarländern verhindert werden. Eingesprungen waren spanische, belgische, deutsche und Schweizer Netzbetreiber.

Erst im Sommer dieses Jahres wurde bekannt, dass sich mit der angespannten Situation in Frankreich auch die Lage in der Schweiz zugespitzt hatte. Dort brachte die Situation auf dem Strommarkt die eidgenössischen Behörden im Februar ins Schwitzen. Auch hier waren im Januar zwei AKW außer Betrieb, zudem waren durch die Stromknappheit in Frankreich die Preise auf dem europäischen Strommarkt gestiegen. Schweizer Stromproduzenten nutzten diese Gelegenheit, um ihre Pumpspeicherwerke auf vollen Touren laufen zu lassen, um Strom nach Frankreich zu exportieren. Die Folge war, dass sich die Staubecken vielerorts geleert hatten und nicht mehr für den Strombedarf der Schweiz zur Verfügung standen. Auch hier waren es Rekord-Stromimporte aus dem Ausland und mildes Wetter, die eine Zuspitzung verhinderten.



Schweizer Stromnetz im Blick: Kontrollraum von Swissgrid Bild: Swissgrid

Der Februar 2017 gilt inzwischen als historischer Monat in der Schweizer Stromgeschichte. Swissgrid, der größte Netzbetreiber des Landes, muss allerdings immer öfter eingreifen, um schwerwiegende Probleme bei der Stromversorgung abzuwenden. Laut Swissgrid waren im Jahr 2011 lediglich zwei Eingriffe nötig. Im Jahr 2016 wurden bereits 213 Eingriffe gezählt. In diesem Jahr musste Swissgrid allein bis Ende August schon 274 Mal das Stromnetz der Schweiz stabilisieren. Als Ursachen nennt der eidgenössische Netzbetreiber die Liberalisierung der Strommärkte und den Zuwachs der sogenannten Erneuerbaren Energien.

Die gestiegene Zahl von Windrädern und Solaranlagen macht es schwieriger, eine stabile Stromversorgung zu gewährleisten. Bei Swissgrid verweist man auch darauf, dass insbesondere in Deutschland die Stromnetze durch die Energiewende sehr viel schwankender benutzt werden als zu früheren Zeiten.

Der europäische Verbund der Stromnetze hilft zwar, Notfälle wie im letzten Winter in Frankreich oder der Schweiz zu entspannen, allerdings gibt es auch eine Kehrseite: Auch ein Blackout, ein Zusammenbruch eines regionalen Stromnetzes kann sich europaweit ausbreiten. Laut der „Luzerner Zeitung“ wird befürchtet, dass sich, unter anderem auch durch den geplanten Wegfall von Kohle- und Kernkraftwerken in Deutschland, die Zahl kritischer Netzsituationen in der Schweiz noch zunehmen wird. *N.H.*

Lichteffekte und irgendetwas gegen die AfD

Von Gernot Facius

Das große Reformationsjubiläum ist Geschichte. Der erwartete geistliche Ruck ist ausgeblieben, dennoch versuchten die Oberen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) die Probleme während ihrer jährlichen Synode in Bonn milde wegzulächeln. Er erlebe „ganz viel Begeisterung“ ließ sich der Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm zitieren – trotz nicht erfüllter Erwartungen, was die Teilnehmerzahlen der diversen Feiern angeht und die Notwendigkeit, zu den veranschlagten 29,9 Millionen Euro im Jahr 2017 zusätzlich bis zu zehn Millionen Euro bereitzustellen.

Deutlicher drückten sich der Wittenberger Pfarrer Friedrich Schorlemmer und sein Leipziger Amtskollege Christian Wolff aus: Sie nannten das Jubiläum ein „Fanal einer großen Selbsttäuschung“. Die EKD befinde sich weiter in einer großen Glaubenskrise. Diese Einschätzung teilte auch der Münsteraner Religionssoziologe Detlef Pollack. Er konfrontierte die Synodalen mit ernüchternden Zahlen: Nur etwa zehn Prozent der Deutschen seien religiös auf der Suche. Nicht einmal ein Prozent der Konfessionslosen denke über einen (Wieder-)Eintritt in die Kirche nach. Die EKD (22 Millionen Mitglieder) sollte sich vor allem um diejenigen kümmern, die noch in der Kirche sind, aber dort eher am Rand stehen. „Müsste Kirche nicht manchmal mutiger sein und vom Mainstream des allgemeinen Gutmenschentums abweichen?“, fragte der Soziologe. „Zum Beispiel, indem sie sich für die Wähler der AfD interessiert und versucht, ihre Anliegen ernst zu nehmen und zu verstehen, statt sie zu verurteilen?“

Empfehlungen, wie man sie in der EKD nur selten hört. Widerständig sein, sich nicht immer an der Politischen Korrektheit orientieren, das fällt vielen schwer. Die evangelische Kirche fülle schon seit Langem ihre „theologische Leerstelle mit Politik und Moral“, resümierte der Historiker Benjamin Hasselhorn, Kurator der Wittenberger Luther-Sonderausstellung in der kircheneigenen Zeitschrift „zeitzeichen“.

> Die evangelische Kirche ist in einer großen Glaubenskrise

Die (katholische) Deutschlandfunk-Journalistin Christiane Florin registrierte eine „Mischung aus „Scheinriesentum und Selbstverzwergung“. Toleranz, miteinander reden, „irgendetwas gegen die AfD und fürs Grundgesetz – das ist so anschlussfähig wie ein Playmobil-Luther“, die Playmobil-Figur des Jahres 2017. Ganz keck kommentierte sie das enge Zusammenwirken des EKD-Ratsvorsitzenden Bedford-Strohm und des Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx: „Sie wirken so unzertrennlich, dass ich schon dachte, es gebe zusätzlich zum Playmobil-Reformator auch die beiden zusammengeschweißt als Plastik-Doppelfigur.“

Die Kritik korrespondierte, wenn man so will, mit dem Satz aus dem Johannesbrief, der an der Stirnseite des Versammlungssaals im Bonner Hotel „Maritim“ zu lesen war: „Es ist noch nicht offenbar geworden, was wir sein werden.“ Er beschreibt in der Tat das Dilemma der EKD mit ihren 20 Gliedkirchen. Die Kirchensteuern sprudeln (5,45 Milliarden im Jahr 2016), aber der Gottesdienstbesuch geht weiter zurück.

Es fehlte auf der Synode nicht an Vorschlägen, wie man aus dem Tief herausfinden könnte. „Gottesdienst bitte nicht länger als 50 Minuten“, empfahl Professor Pollack. Der bisherige EKD-Vizepräses Klaus Eberl brachte wieder die schon länger ventilierte Idee einer „Mitgliedschaft light“ ins Spiel, eine Art Kirche auf Probe. In einem in Bonn verabschiedeten Grundsatzpapier wird der EKD nahegelegt, „weiter über ergänzende oder alternative Formen der Beteiligung am kirchlichen Leben beziehungsweise der Zugehörigkeit zur Kirche nachzudenken“.

Bei so viel Nachdenken über Innovationsmöglichkeiten mochte auch der Ratsvorsitzende nicht hintan stehen. „Die Probleme, die es gibt, gehen wir fröhlich an“, sagte Bedford-Strohm in Interviews. Er regte an, „mit Lichteffekten und Band bis zu einer Lounge mit ‚Singer & Songwriter‘ die Kirche attraktiver“ zu machen. Ob sich so die Gotteshäuser wieder füllen lassen?

„Was würde wohl Martin Luther denken, käme er heute des Weges gefahren? Würde er die Kirche der Reformation noch wiedererkennen?“ Diese Fragen stellt nicht etwa ein protestantischer Bischof oder Präses, sondern ein Gast in seinem Grußwort: der Kölner Erzbischof Kardinal Rainer Maria Woelki.

Skrupellose Retter

Von Frank Horns

Die Weihnachtszeit steht an. Das bedeutet nicht nur ein vermehrtes Aufkommen von rotgewandeten Herren mit weißen Rauschebärten, sondern auch von Zeitgenossen, die für diverse – selbstredend grundgute – Organisationen auf Passanten in Spenderlaune hoffen. In seiner Kolumne auf Seite 5 hat Theo Maass beschrieben, wie sich die Tierrechts-Extremisten von Peta in Berlin mit fragwürdigen Aktionen Aufmerksamkeit verschaffen. Der größere Bekanntheitsgrad verhilft dann zum begehrten Spendensegen. Geht es um Geld, kennen die Weltenretter und Umwelthelden wenig Skrupel. Greenpeace wirbt mit einem verhungerten Eisbären, obwohl Zählungen belegen, dass die Tierart keineswegs vom Aussterben bedroht ist, sondern zahlenmäßig vielerorts zulegt. In Spitzbergen gibt es mittlerweile mehr Eisbären (3000) als Menschen (2600). Das Kinderhilfswerk „Plan International“ sucht nach Paten für hilfsbedürftige Mädchen in der Dritten Welt. – So weit so gut, aber was ist eigentlich mit den Jungen in der gleichen erbärmlichen Situation. Sind die weniger wert? Die Antwort klingt wenig weihnachtlich: Mädchen wecken eben größere Beschützerinstinkte und spülen mehr Geld in die Plan-Kassen.



Der Berliner Dom als buntes Blumenmeer bei einer Lichtinstallation des Modemachers Wolfgang Joop: Mit „fröhlichen Lichteffekten“ möchte auch Heinrich Bedford-Strohm die Kirchen wieder füllen

Bild: Imago

Frei gedacht



Deutschland in der Staatskrise

Von Eva Herman

Die sogenannten Sondierungsgespräche zur Bildung einer neuen Regierung in Deutschland sind gescheitert. Angeblich konnten sich die „Jamaika-Parteien“ am 19. November nicht einigen. Ehrlich? Wen wundert's? In dieser Konstellation passte ja nichts zusammen: Grün, gelb, schwarz, kurz Jamaika! Klingt, als ob Bob Marley und Peter Tosh als harmlose, leicht bekiffte Rastamänner, 'ne coole Mucke abliefern. Nun gut, die Jamaika-Koalition hat jetzt also ausgedient, bevor sie je das Licht des Lebens erblickte. Die Schwampel übrigens ebenso, wie manche Leute diese „schwarze Ampel“ auch bezeichnet hatten. Es hat sich in Deutschland also ausgeschwampelt!

Aber mal ehrlich: War die bisherige Grökotz (Größte Koalition aller Zeiten) zuvor je geeigneter? Haben denn die Sozen und die Schwarzen wirklich harmoniert? Wohl kaum, wenn man nur eine überschaubare Portion an Parteiprogramm-Treue und Loyalität voraussetzt. Aber über was reden wir: Treue und Loyalität? Hierbei handelt es sich um einstige preußische Tugenden, die heutzutage eher mit einem vorwurfsvollen Ach-Du-bist-auch-ein-Nazi-Blick bedacht werden. Pah! In der politischen Parteienlandschaft gibt es so etwas schon lange nicht mehr, die alte Garde ist längst abgetreten. Und so gerieten die programmatischen Aussagen der einzelnen Parteienvertreter in den letzten Jahren in immer wässrigere Zustände, einstige Konturen der Unterschiedlichkeiten, Abgrenzungen der Parteiprogramme waren zum Schluss verschwommen wie die Milch im Kaffee. Heute erscheinen die beiden Lager wie der verlassene Liebhaber und die untreue Dirne, aber wer weiß?

Die schwer zerrupfte SPD will nicht mehr mitmachen, heißt es, nie mehr. Beleidigt für alle Zeit! Der glücklose Martin Schulz steht, trotz all der unzähligen Niederlagen, wieder tapfer vor den Mainstream-Mikrofonen und konstatiert in aller Unauffälligkeit, die „Wählerinnen und Wähler“ hätten schließlich keinen Auftrag für eine Große Koalition erteilt. Sonderbar, dass ihm diese klugen Gedanken nicht schon bei den letzten Regierungsbildungen eingefallen waren, als seine „Volkspartei“ noch im Rennen war. Wirklich intelligent war die Aussage des niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil: „Das Jamaika-Gewürge ist ein Beitrag zur Politikverdrossenheit.“ Yes Sir! Inoffiziell werden jetzt Stimmen laut, dass die ganze Chose eine einzige Taktiererei, pures Kalkül sei, eine Inszenierung, Operette. Oder eben Affentheater. Dieser Vorwurf geht auch an die FDP, die am vergangenen Sonntag die Reißleine zog. Es heißt, auch diese Entscheidung sei bereits im Vorfeld der „Sondierungsgespräche“ festgelegt worden. Wir sollten vorsichtig sein mit Spekulationen, ein luftiges Gedankenspiel jedoch ist die Sache allemal wert.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

„Cicero“-Ressortleiter der Berliner Republik, Christoph Seils, schreibt: „Es besteht kein Zweifel, der 19. November 2017 wird in die Geschichte dieses Landes eingehen. Wenn Historiker eines Tages auf das Ende der Ära Merkel in Deutschland zurückschauen, dann werden sie an diesem Tag nicht vorbeikommen.“ Es sei nicht allein der Tag, an dem nach vier Wochen zäher Verhandlungen nur einfach die Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen gescheitert seien, sondern der Tag, an dem „ein zuletzt nur noch peinlicher Poker zwischen vier Parteien, die nicht zusammenkommen wollten und nicht zusammenkommen konnten, mit gegenseitigen Schuldzuweisungen endete“.

So einiges hatte ich an dieser Stelle schon erläutert zum unweigerlich bevorstehenden Zusammenbruch des Parteiensystems. Einer der Gründe, warum ich niemals zum Wählen gegangen bin, da ich schon früh erhebliches Misstrauen gegen die Mischpoke hegte. Denn dieses System ist, der Name PARTei sagt es ja schon, die klare Grundlage des römischen Herrscher-Grundsatzes „divide et impera“ (teile und herrsche). Diese Redewendung empfiehlt, „eine zu besiegende oder zu beherrschende Gruppe (wie zum Beispiel ein Volk) in Untergruppen mit einander widerstrebenden Interessen aufzuspalten. Dadurch soll erreicht werden, dass die Teilgruppen sich gegeneinander wenden, statt sich als Gruppe vereint gegen den gemeinsamen Feind zu stellen“ (Wikipedia).

Das hat Deutschland jetzt geschafft! Gelb haut auf Grün ein, Rot auf Schwarz, Dunkelrot auf Hellrot – und alle gemeinsam auf Blau! Wie ein gackernder Hühnerhaufen laufen sie durcheinander, spreizen sich, brüsten sich, kratzen sich die Augen aus. Von Einheit, Geschlossenheit, gar Verantwortungsbewusstsein für das Wohl des Volkes keine Rede! Da wundert man sich noch über Politikverdrossenheit? „Cicero“-Autor Christoph Seils merkt über den historischen 19. November 2017 an: „Es ist zugleich der Tag, an dem das letzte Aufgebot des bestehenden etablierten Parteiensystems vor der Aufgabe kapitulierte, das Ergebnis der Bundestagswahl vom 24. September in eine handlungsfähige Bundesregierung zu überführen. Und es ist der Tag, an dem die Autorität der Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzenden so nachhaltig beschädigt wurde, dass ihre Tage an der Macht gezählt sein dürften.“ Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier kommentierte diesen beispiellosen Vorgang: „Wir stehen vor einer Situation, die es in der Bundesrepublik – also seit fast 70 Jahren – noch nicht gegeben hat.“ Ach, was.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Aber mal ehrlich: Was sind denn das auch alles für Leute? Die meisten schon seit gefühlten 100 Jahren dabei, drehen sich immer wieder im selben Kreis, mal auf der Regierungsbank, dann wieder in der Opposition. Ein nur minder begabter Durchschnittsbürger griff sich in den letzten Tagen nur noch verzweifelt an den Kopf. Da wollten die Grünen die Obergrenze von 200 000 Immigranten pro Jahr als einen „atmenden Rahmen“ betrachtet wissen. Als einen was? Was ist denn ein atmender Rahmen? Im Gegenzug erwarteten die Grünen, selbst heilfroh, wieder mitmischen zu dürfen, Entgegenkommen beim Familiennachzug von „Flüchtlingen“. Das nannte Grünen-Chef Cem Özdemir gar „Patriotismus“ und „Verantwortung fürs Land“, was „für alle gelten“ müsse. Aha, unter dieser Definition scheint man dann auch wieder das Wort Heimat benutzen zu dürfen, oder was? Heimat für alle Menschen, die in unser Land wollen, Heimat für jeden überall! Auf jeden Fall, meinte ein Herr Trittin, „haben wir jetzt die Uhren angehalten, bis die Lösung da ist“. Du lieber Himmel, dann sitzen wir ja immer noch in der giftgrünen Zeitmaschine, denn die Lösung ist noch lange nicht da.

Noch-CSU-Chef Horst Seehofer misstraute all diesen absonderlichen Forderungen wohl generell, der „atmende Rahmen“ schien ihm gehörig zugesetzt zu haben. Er ahnte wohl, wie schnell sich so was zum schwer atmenden Rahmen auswachsen kann, wenn man nicht Obacht gibt. Auf Gefährtin Merkel ist schon lange kein Verlass mehr, „unkalkulierbar, das Weib“, weswegen der Unterkiefer vom Horst am Ende immer weiter rausgeschoben kam, während die Zahnleisten unaufhörlich aufeinander schmiergelten. Von Weitem sah es aus wie ein grimmiges Lächeln, doch innen tat's wohl weh und konnte einfach nicht gesund sein.

Im Alten Testament bei Jesaja finden wir die Endzeit beschrieben: „Beschließt einen Rat, und es werde nichts daraus; beredet euch, und es bestehe nicht; denn hier ist Immanuel. Das heißt: Gott mit uns.“ Herr, lass es bitte bald geschehen!

Gipfel der Entrüstung

Gullivers Reisen sind mehr als ein Jugendbuch – Zum 350. Geburtstag des Autors Jonathan Swift

„Gullivers Reisen" sind ein ewiger Klassiker. Die Satire auf die menschliche Gesellschaft ist vielen nur in der entschärften Fassung als Jugendbuch bekannt. Ihr Autor Jonathan Swift hätte sich darüber köstlich amüsiert.

In der St.-Patricks-Kathedrale von Dublin befindet sich am Grab von Jonathan Swift ein von ihm selbst auf Latein verfasstes Epitaph vom Todesjahr 1745. Dessen erste Zeilen lauten übersetzt: „Hier ruht der Leib des Jonathan Swift, des Dekans dieser Kathedrale: Hier, wo wilde Entrüstung sein Herz nicht mehr zerfleischen kann."

Die „saeva indignatio", die „wilde Entrüstung", beschreibt recht gut Swifts zorniges Temperament, das er in seinen Schriften zum Ausdruck brachte. Der Ausdruck geht zurück auf den römischen Satiriker Juvenal, womit Swift gleichzeitig einem Geistesverwandten huldigt. Denn seine Empörung über das menschliche Gesellschaftssystem schrieb sich Swift als Satiriker vom Leib.

Hätte er jemals geahnt, dass sein Hauptwerk „Gullivers Reisen" ähnlich wie Defoes „Robinson Crusoe" oder Stevensons „Die Schatzinsel" als Jugendbuch verniedlicht wird, hätte er alle seine satirischen Ansichten über das irrational handelnde Menschengeschlecht bestätigt gefunden: lieber ein Missverständnis in Kauf nehmen, als eine Satire ernst nehmen.

Ähnlich wie Gulliver im Land der Lilliputaner ist Swift selbst so etwas wie ein Riese der angelsächsischen Literatur, genauer: der anglo-irischen. Denn genauso wie Oliver Goldsmith („Der Vikar von Wakefield"), Laurence Sterne („Tristram Shandy"), Maria Edgeworth („Castle Rackrent") oder die Dramatiker George Bernard Shaw und Oscar Wilde gehört Swift zu jenen Autoren, denen Irland die physische, England aber die geistige Heimat war. Swift war im Herzen Brite, obgleich er als Mitglied der protestantischen Führungsschicht im mehrheitlich katholischen Irland aufgewachsen ist. Dennoch hat er einen großen Anteil daran, dass Irland seit dem 18. Jahrhundert den Ruf einer Insel der Literaten und Poeten genießt.

Sein Geburtshaus in der Nähe des Schlosses von Dublin existiert nicht mehr. Ein trister Parkplatz markiert heute den Ort, wo Swift am 30. November 1667 als Sohn eines Juristen, der sieben Monate vor der Geburt des Sohnes an Syphilis starb, zur Welt kam. Unterstützt von einem Onkel studierte er an Dublins – protestantischer – Universität Trinity College. Obgleich nur mittelmäßiger Student, strebte er nach höherer Karriere im Staatsdienst. Diese bot sich, nachdem er in der irischen Provinz einen ungeliebten Pfarrdienst versehen hatte. Über einen adeligen Gönner kam er nach London und knüpfte dort ein Netzwerk an Beziehungen. Im Scriblerus Club lernte er mit Alexander Pope, John Gay und John Arbuthnot die damaligen Stars der Literaturszene kennen und schuf erste Satiren wie „Die Bücherschlacht" oder „Das Tonnenmärchen".

Schließlich gelang ihm der Sprung an den Königshof. Er war nicht nur Ratgeber von Queen Anne, sondern betrieb für ihre konservative Tory-Regierung als Herausgeber der Zeitschrift „Examiner" eifrig Propaganda gegen die oppositionellen Whigs, deren radikalen Ideen er früher einmal selbst nahegestanden hatte.

Als Queen Anne 1714 starb und mit ihrem Nachfolger Georg I. aus dem Hannoveraner Welfenhaus die Whigs an die Macht kamen, musste der inzwischen bereits ebenso berühmte wie berüchtigte Swift politische Verfolgung befürchten. Da kam ihm das Angebot wie gerufen, nach Dublin als Dekan der St.-Patricks-Kathedrale zurückzukehren. Für Swift bedeutete das einen Karriereknick. Wie viele Geistliche seiner Zeit übte er das Amt weniger aus Überzeugung als der sicheren Pfründe wegen aus und hielt, immer wenn er an der Reihe war, alle fünf Wochen eine Predigt.

So blieb viel Zeit zum Schreiben. Mit 59 Jahren schrieb er sich seine Entrüstung über die Gesellschaft in seinem bekanntesten Satirebuch „Gullivers Reisen" von der Seele. In den vier von „Robinson Crusoe" inspirierten Reisen auf die Insel der Lilliputaner, die der Riesen (Brobdingnag), die fliegende Insel von Laputa und ins Land der edlen Pferde (Houyhnhnms) wandelt sich Swift vom Gesellschafts- zum Menschheitssatiriker.


Bild: CF

Koloss von Lilliput: Gulliver in einer Illustration von Grandville

Dechiffriert man die Satire der ersten beiden Reisen, so findet sich hier ein Spiegelbild der englischen Politik: Die Spaltung des Lilliputanerreichs nach der Schuhmode in „Hochhacken" und „Flachhacken" entspricht der Rivalität von Whigs und Tories; die königliche Verordnung, Eier nicht an der runden Seite, sondern an der Spitze zu öffnen, entspricht der spitzfindigen Trennung von anglikanischer und römisch-katholischer Kirche; der Dauerzwist mit der Nachbarinsel Blefescu, wo Gulliver eine ganze Schiffsarmada entführt, entspricht dem um Frankreich ausgetragenen Erbfolgekrieg gegen Spanien; und wenn der Riese Gulliver ein Feuer im Schloss des Kaisers mit seinem Urin löscht, so ist das Swifts bissiger Kommentar auf den Welfen-König Georg I.

Die Satire beschränkt sich nicht nur auf die Handlung, sondern auf Gulliver selbst, der als leichtgläubig (= Englisch „gullible") und zivilisatorische Missgeburt vorgestellt wird. Als Gulliver in Brobdingnag dem Riesenkönig einen Vortrag über modernes Kriegshandwerk hält, wendet sich dieser angewidert ab: „Ich kann daraus nichts anderes schließen, als dass die Eingeborenen bei euch (Engländern) zur übergroßen Mehrheit das zäheste und widerwärtigste kleine Gewürm sein müssen, das die Natur jemals auf dieser Erde hat kriechen lassen."

Nach der Satire über die abgehobene Wissenschaft in der Reise nach Laputa wird Gulliver bei den Houyhnhnms („hwinems" gesprochen bedeutet es lautmalerisch im Englischen so viel wie „Wiehern")


Bild: CF

Jonathan Swift (1667–1745)

endgültig zum Gewürm. Hier entwickelt Swift in der Nachfolge von Thomas Morus eine satirische Sozialutopie von den intelligenten Pferden, die den animalischen, affenähnlichen Yahoos im Land, zu denen die Gäule auch Gulliver zählen, überlegen sind. Die Identifikation mit dem Lebensideal der Pferde geht bei Gullivers Rückkehr so weit, dass er alle Menschen für Yahoos hält und selbst seine Frau nicht mehr riechen kann.

Man hat Swifts Entrüstung über das Menschengeschlecht als Misanthropie gedeutet. Er selbst sagte: „Grundsätzlich verabscheue ich das Tier namens Mensch, obgleich ich John, Peter, Thomas und so weiter herzlich liebe."

Swifts Hass zielte auf das Menschliche im Allgemeinen, nicht auf den Menschen im Besonderen. Als Angriff auf Personen hat er seine Satire nie missbraucht. Damit unterscheidet er sich stark von heutiger Kabarettsatire, dessen „indignatio" gegen Politik und Gesellschaft häufig geschmack- und einfallslos ist. *Harald Tews*

Zum Swift-Jubiläum ist im Manesse-Verlag eine famose Neuübersetzung von „Gullivers Reisen" durch Christa Schuenke erschienen (704 Seiten mit Nachwort und Erläuterungen, 28,80 Euro).

Höllischer Holland-Käse

Gouda-Western? Oder Oranje-Western? Wie nennt man das, wenn die Holländer sich daran versuchen, Amerikas Wilden Westen auf die Leinwand zu bannen? So wie es die Italiener mit ihren Spaghetti-Western taten oder die Deutschen mit Winnetou, wofür sich wohl aus Respekt vor Karl May kein despektierlicher Begriff durchsetzen konnte.

Mit „Brimstone", der am 30. November in den Kinos anläuft, hat der niederländische Regisseur Martin Koolhoven einen Western in der Manier seines US-Kollegen Quentin Tarantino geschaffen. Das gilt sowohl für die kunstvoll in anachronistischer Reihenfolge angeordneten Episoden wie für die brutalen Gewaltszenen.

Die von Dakota Fanning gespielte Liz sowie ihr Mann und ihre Kinder sehen sich der Gewalt eines aus einer calvinistischen holländischen Gemeinde stammenden sadistischen Priesters (Guy Pearce) ausgesetzt. Dass er der Vater von Liz ist und sie in inzestuöser Absicht verfolgt, wird häppchenweise preisgegeben. Anders geht es kaum, denn Liz kann sich wegen herausgeschnittener Zunge nur stumm verständigen.

Der Zuschauer muss sich daher auf vieles selbst einen Reim schaffen. Das ist ambitionierte Absicht in diesem finsteren Kunst-Western, was aber manchmal auf Kosten der Spannung geht. Gedreht wurde übrigens auch in der Lausitz bei Finsterwalde, wo an einem Tagebau-See eine Westernkulisse errichtet wurde. So viel Schützenhilfe tat dem Film zumindest optisch ganz gut. *H. Tews*


Bild: Koch Film

Diabolische Predigt in „Brimstone": Guy Pearce als Priester

Die unbekannte Größe

Eine Wiederentdeckung in Hamburg – Die Malerin Anita Rée

Zu ihren Lebzeiten war die Hamburger Künstlerin Anita Rée (1885–1933) eine anerkannte Malerin und Porträtistin. Sie verkehrte in den Salons der Reichen und gehörte zur Hamburger Kunstszene. Lange war ihr Werk vergessen, bis man sie vor einigen Jahren als Pionierin der Moderne wiederentdeckte. Mit der Gesamtschau „Anita Rée. Retrospektive" zeigt die Hamburger Kunsthalle erstmals eine umfassende Ausstellung mit Werken von Anita Rée aus eigenem Bestand sowie aus weltweit verstreutem Privatbesitz.

Die rund 200 Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen und dekorierten Objekte offenbaren ein facettenreiches Œuvre mit Stileinflüssen des magischen Realismus, Kubismus und der Neuen Sachlichkeit. Auch zeigt sich der für die 20er Jahre typische Zug ins Dekorative. Im Zentrum der Ausstellung stehen Porträts und südliche Landschaften in zauberhaften Farbkompositionen. Figurenbilder erinnern an archetypische Motive.

Eines der zentralen Werke der Ausstellung ist das Gemälde „Weiße Bäume in Positano" aus dem Jahr 1925, das erst 2012 auftauchte. Es entstand während der glücklichsten Jahre ihres Lebens, die sie überwiegend an der Amalfiküste Italiens verbrachte. Selbstzweifel und Melancholie kommen im Selbstporträt von 1929 zum Ausdruck, das zur Dauerausstellung der Kunsthalle gehört.

Als Rée ihre Neigung für die Malerei entdeckte, war es Frauen noch nicht möglich, an einer Kunstakademie zu studieren. Sie wurde 1885 als jüngere Tochter des wohlhabenden jüdischen Kaufmanns Israel Rée und seiner Frau Clara in Hamburg geboren. Die beiden Schwestern wurden protestantisch erzogen und erhielten eine kunstlastige Bildung für „höhere Töchter", die ihrem späteren Leben als Ehefrau in gehobenen Kreisen zugutekommen sollte.


Bild: Christoph Irrgang

Mutterglück oder -leid? Anita Rée, „Blaue Frau" (vor 1919)

Allen Warnungen zum Trotz verfolgte Rée das Ziel, freischaffende Künstlerin zu werden, richtete im Dachgeschoss des elterlichen Hauses ihr Atelier ein. Eine Ateliergemeinschaft zerbrach an ihrer unglücklichen Liebe zum Malerkollegen. Im Winter 1912/1913 lernte sie bei Fernand Léger in Paris das Aktzeichnen. Zusammen mit zahlreichen anderen Künstlern gründete sie 1919 die „Hamburgische Sezession", eine Künstlerbewegung, die nach Unabhängigkeit von Einflüssen der Wirtschaftsverbände und Institutionen strebte.

Nach dem Verkauf ihres Elternhauses 1925 pflegte Rée einen spartanischen Lebensstil. Für die Dauer ihrer Aufträge zog sie bei ihren Auftraggebern ein. 1929 und 1930 führte sie im Auftrag der Stadt Wandfriese in Schulen aus. Davon erhalten ist nur „Orpheus und die Tiere" in der heutigen John-Neumeier-Ballettschule in Hamburg-Hamm.

Als sie am 25. April 1933 von der Hamburgischen Künstlerschaft als „artfremdes Mitglied" ausgeschlossen wurde, lebte sie bereits auf Sylt. Vereinsamt, enttäuscht von persönlichen Misserfolgen und verzweifelt wegen der Diffamierungen der Juden durch die Nationalsozialisten beging sie am 12. Dezember 1933 Suizid. *D. Jestrzemski*

Bis 4. Februar, Glockengießerwall 5, 20095 Hamburg, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Donnerstag bis 21 Uhr, Eintritt: 14 Euro. Internet: www.hamburger-kunsthalle.de

Gereifte Schönheit

Künstler beweisen: Es gibt auch sehenswert gute Seiten am Alter

Der Sprachforscher und Märchensammler Jacob Grimm stellte treffend fest: „Es liegt ein Widerspruch darin, dass während alle Menschen alt zu werden wünschen, sie doch nicht alt sein wollen." Das hat Gründe, wie der betagte Künstler Otto Dix seiner Enkelin unverblümt erklärte: „Alter ist scheiße! Wenn du so zusammenbröselst, ist das entwürdigend."

Mit großer Lust an der Schilderung des erschreckenden eigenen Aussehens präsentierte sich der 1962 gestorbene Dix auf einer ein Jahr vor seinem Tod geschaffenen Lithografie. Aber solche Schreckensbilder sind in der Ausstellung über die „Kunst des Alters" die Ausnahme. Die im Landesmuseum Hannover versammelten Werke aus vier Jahrtausenden feiern mehrheitlich die gereifte Schönheit greiser Menschen.

Der griechische Philosoph Plato sah in Greisen „Ebenbilder der Vernunft". Deshalb zeigen antike Darstellungen Philosophen stets im fortgeschrittenen Alter, wie uns der ausgestellte Porträtkopf des Karneades (Marmor, 1. Jh. n. Chr.) veranschaulicht. Auch alte Frauen kommen in der griechischen Kunst vor. Aber sie sind selten. Wie vom Donner gerührt steht man vor der Ehrenstatue (Marmor, um 460/450 v. Chr.) einer altersschwachen Dame. Mit vorgebeugtem Oberkörper und weichen Knien scheint sie uns jeden Moment in die Arme zu kippen. Und doch flößt einem diese Greisin Respekt ein.

Die antiken Darstellungen von Philosophen standen in der mittelalterlichen Kunst Pate für die Bilder von Aposteln. Das veranschaulicht Pietro Peruginos Gemälde „Der heilige Petrus in einem Früchtekranz" (1470er Jahre). Mit weißem Bart und Halbglatze, asketisch hagerem Körper und dem großen Himmelsschlüssel in den knochigen Fingern, repräsentiert er allerschönst die Würde und Weisheit des Alters.


Bild: Landesmuseum Hannover

Schön im Alter: Lovis Corinth, „Bildnis Frau Luther" (1911)

Aber auch würdelose Greise stehen im Blickpunkt. Zum Beispiel auf Christian Richters Spottgemälde „Das ungleiche Paar" (Ende 16. Jh.). Der lüsterne Alte hat seine junge Gespielin handgreiflich in Besitz genommen. Sie langt derweil nach seinem reich gefüllten Geldbeutel. Wir sehen schon: Fleischeslust und Geldgier kennen kein Alter.

Etliche Werke lassen einen so schnell nicht wieder los. Etwa das „Frau Luther"-Bildnis des Ostpreußen Lovis Corinth oder das Riesengemälde, auf dem Wolfgang Tiemann 1979 in fotorealistischer Manier die Großmutter seiner Ehefrau verewigt hat: Sophie Thielking. Hals und Kopf der alten Dame sind auf zwei Meter vergrößert. Die Falten um die zusammengekniffenen Lippen und Tränensäcke unter den gedankenverloren zur Seite gerichteten braunen Augen werden so zu Monumenten ihres hohen Lebensalters. Hinter ihr sitzt zum Zeichen der Endlichkeit des Lebens eine Fliege auf der Bretterwand. Sophie Thielking ist als unverwechselbare Persönlichkeit dargestellt. Aber ebenso als allgemeines Sinnbild eines langen Lebens. *Veit-Mario Thiede*

Bis 18. Februar im Landesmuseum Hannover, Willy-Brandt-Allee 5, geöffnet Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr, Sonnabend, Sonntag 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 10 Euro. Telefon (0511) 9807686, Internet: www.landesmuseum-hannover.de. Der Katalog aus dem Sandstein Verlag kostet im Museum 29,90 Euro, im Buchhandel 34 Euro.

Ein Denkmal gegen die SFVV

Ein Motiv der Unterzeichner des vom Präsidenten des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung von 1995 bis 2009, Florian Mausbach, initiierten „Aufrufs an den Deutschen Bundestag und die deutsche Öffentlichkeit“, „in der Mitte unserer Hauptstadt“ ein „Denkmal für die polnischen Opfer der deutschen Besatzung 1939–1945“ zu errichten, ist es, das Verbrechen der Vertreibung der Deutschen zu relativieren und die polnischen Kritiker der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) zu besänftigen. Das wird auch gar nicht verhehlt. So wird denn als Standort für das Polen-Denkmal ein Platz in unmittelbarer Nähe favorisiert. Im Aufruf heißt es hierzu: „Gegenüber dem künftigen Dokumentationszentrum der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung im Deutschlandhaus am Askanischen Platz befindet sich eine öffentliche Grünfläche, die sich für die Errichtung eines Polen-Denkmals in besonderer Weise eignet ... Mit einem würdigen Polen-Denkmal am Askanischen Platz würde ein deutsch-polnisches Zeichen gesetzt, das Krieg, Vernichtung, Flucht, Vertreibung und Versöhnung in den untrennbaren Zusammenhang von Ursache und Wirkung stellt. So kann auch der Streit um das Dokumentationszentrum beendet werden als Voraussetzung einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen in der historischen Aufarbeitung des Krieges und seiner Folgen.“



Florian Mausbach Bild: CF

Der ehemalige DDR-Außenminister und langjährige SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel spricht sich bemerkenswerterweise gegen das Projekt aus. Er argumentiert, es sei absehbar, dass dann auch für die ukrainischen, weißrussischen, russischen und sonstigen Opfer der NS-Herrschaft eigene Denkmale errichtet werden müssten. „Wo anfangen und wo aufhören?“, fragt er. Meckel hat also die Sorge, dass damit ein Fass aufgemacht würde.

Die Polen-Denkmal-Befürworter hingegen argumentieren damit, dass dieses Fass schon längst aufgemacht sei und nun auch die Polen dran seien. So zitiert Mausbach in einem aktuellen Interview zu dem von ihm initiierten Aufruf den Vorsitzenden der Deutsch-Polnischen Gesellschaft in Franken, Froben D. Schulz, mit Worten aus dem Jahre 2007: „Wenn in Berlin jetzt nach dem Denkmal für die Holocaustopfer auch Denkmäler für die homosexuellen Opfer und für die Sinti- und Roma-Opfer gebaut werden und zeitgleich der Vertreibungen und ihrer Opfer gedacht werden soll, so kann gar nicht anders in Polen gefragt werden: ‚Wo bleiben wir? ...‘“

Dieselbe Frage könnte analog in noch zig anderen Staaten gestellt werden, denn rund 50 Staaten führten Krieg gegen das Dritte Reich und die meisten von ihnen hatten dabei auch Opfer zu beklagen. In den anderen Staaten wäre diese Frage sogar noch insofern berechtigter, als es für sie noch kein Denkmal in Berlin gibt, für Polen seit 1972 beziehungsweise 1995 hingegen schon. *M.R.*

(siehe Leitartikel, Seite 1)

Die römische Republik war ihm Vorbild

Theodor Mommsen gilt als einer der bedeutendsten Altertumswissenschaftler des 19. Jahrhunderts

Theodor Mommsen zählt zu den bedeutendsten Historikern im 19. Jahrhundert, unter den Althistorikern stehen neben ihm bis heute nur wenig andere. Aber er war weit mehr: Sein Interesse galt nicht nur der Antike, sondern als liberal gesinnter Zeitgenosse auch der Gegenwart, in der er sich politisch sowohl im Preußischen Abgeordnetenhaus als auch in den 1880er Jahren im Reichstag engagierte.

Mommsen war alles andere als ein Stubengelehrter. Er war in Berlin eine stadtbekannte und beliebte Persönlichkeit, von der selbst der Mann auf der Straße wusste, dass er etwas „mit den ollen Römern“ zu tun hatte.

Vor 200 Jahren, am 30. November 1817, wurde Mommsen in dem kleinen Ort Garding auf der Halbinsel Eiderstedt geboren. Kurz vor Vollendung seines 86. Lebensjahres starb er am 1. November 1903 im damals noch eigenständigen Charlottenburg. Mommsen hatte an der Kieler Universität Rechtswissenschaften studiert. Mit einem Stipendium der dänischen Krone – der König von Dänemark war damals noch in Personalunion auch Herzog von Holstein – konnte er 1844 nach Italien reisen, wo er vom Juristen zum Altertumswissenschaftler wurde. Die Ausbeute seiner über 60 Jahre dauernden wissenschaftlichen Arbeit ist immens. Jüngste Publikationsverzeichnisse zählen über 1200 Titel, darunter historische Darstellungen sowie viele Quellentexte und deren Erläuterungen.

Mommsens Credo war: Um die Antike zu verstehen, muss man zuallererst deren Quellen kennen, also Inschriften, Texte, Biografien und das Finanzwesen, sprich Münzen. Auf ihn gehen die bedeutendsten antiken Quellensammlungen (Codices) zurück, die größtenteils noch heute mit modernster digitaler Technik fortgeschrieben werden. Seine herausragendsten Leistungen sind die Sammlung aller lateinischen Inschriften (Corpus Inscriptionum Latinarum, ab 1853), das Personenlexikon zur römischen Kaiserzeit (1874), die ersten Bände der Quellen zur deutschen Geschichte (Monumenta Germaniae Historica, ab 1875), die Erfassung antiker Münzen (Corpus Numerorum, ab 1888) und das (heute auf 83 Bände angewachsene) Lexikon frühchristlicher Schriftsteller.



Bildnis des Historikers Theodor Mommsen: Gemälde von Ludwig Knaus (1829–1910) aus dem Jahre 1881 Bild: CF

Mommsen hatte 1848 eine Professur in Leipzig erhalten, die er aber 1851 verlor, weil er mit seiner liberalen Gesinnung bei der politischen Reaktion nach 1848 angeeckt war. Nach kurzer Station in Zürich holte ihn der preußische Staat 1854 nach Breslau. Von 1861 bis 1888 war er dann ordentlicher Professor an der Universität Berlin, schon seit 1858 Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften, wo er in virtuoser Handhabung von Gremien und Institutionen seine großen Projekte vorantrieb.

Berühmt über das Fach hinaus wurde Mommsen durch seine mehrbändige „Römische Geschichte“ (ab 1854), die von der Gründung Roms bis zum Ende der Republik reicht. Entgegen den Befürchtungen des Verlags wurde das dickleibige Opus sofort ein durchschlagender Erfolg, für das Mommsen als erster Deutscher 1902 den Literaturnobelpreis erhielt. „Konkurrenten“ waren immerhin so berühmte Autoren wie Tolstoi, Zola, Strindberg und Gerhart Hauptmann, der dann erst 1912 ausgezeichnet wurde. Die Arbeit sei, so das Preiskomitee, ausgezeichnet worden wegen des „hohen Wertes ihres Inhalts wie durch die Vollkommenheit ihrer Form“.

In der Tat imponiert das Werk in seiner lebendigen Erzählweise und Faktenfülle bis heute. Es ist getragen von größter Wertschätzung für das republikanische Rom, das ihm Ideal einer republikanischen, freiheitlichen Gesellschaft auch für seine Zeit war. Großartig ist seine Charakterisierung vieler Protagonisten, auch von Gegenspielern der Römer. Hannibal: „Er war ein großer Mann; wohin er kam, ruhten auf ihm die Blicke aller.“ Sein römischer Gegner Publius Scipio: „Er war eine begeisterte und begeisternde Natur ... ein vorzüglicher Offizier und feingebildeter Diplomat, hellenistische Bildung einigend mit dem vollsten römischen Nationalgefühl.“

Mommsen absoluter Heros war Gaius Julius Caesar, für ihn Inbegriff eines vollkommenen Staatsmanns und Heerführers: „Weniger Menschen Spannkraft ist auf die Probe gestellt worden wie die dieses einzigen schöpferischen Genies, das Rom und das die alte Welt hervorgebracht hat.“ Bei aller Verehrung übersah er nicht dessen allzu menschliche Seite: „Caesar hat sich einweihen lassen in alle Rasier-, Frisier- und Manschettenmysterien der damaligen Toiletten sowie in die noch weit geheimnisvollere Kunst, immer zu borgen und nie zu bezahlen.“

Dirk Klose

»Mit sozialistischem Gruß Harry Tisch«

Die Servilität des FDGB-Vorsitzenden gegenüber Erich Honecker trieb seltsame Blüten

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund der DDR (FDGB) war nach dem Selbstverständnis des SED-Staates „die umfassende Klassenorganisation der Arbeiterklasse“, welche die Interessen aller Werktätigen durch eine rechtlich garantierte Mitbestimmung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wahrnahm. Im Artikel 44 der DDR-Verfassung war geregelt, dass die Gewerkschaften unabhängig waren und sie niemand in ihrer Tätigkeit einschränken oder behindern durfte. Harry Tisch war von 1975 bis 1989 der Vorsitzende des FDGB und gleichzeitig Mitglied des Politbüros der SED und des Staatsrates. Damit hatte er eine Rechtsposition, die es ihm gestattete, eine starke Interessenvertretung durchzusetzen. Doch die Akten belegen, dass die Wirklichkeit ganz anders aussah.

Der Vorsitzende des FDGB pflegte einen Personenkult um Erich Honecker, der bizarre Züge annahm. Unterwürfige Briefe von Harry Tisch zeigen heute auf, dass die Gewerkschaft lediglich ein Anhängsel der SED war. So wollte der FDGB am 2. Mai 1983 eine Gedenkfeier aus Anlass der Zerschlagung der freien Gewerkschaften unter der nationalsozialistischen Herrschaft durchführen. Es waren Kranzniederlegungen geplant, und Tisch schrieb an Honecker:

„Eine Ehrung soll am Grabstein von Ernst Thälmann im Rondell, eine weitere an der Gedenktafel für die von den Faschisten ermordeten Widerstandskämpfer, unter denen sich viele Gewerkschafter befinden, vorgenommen werden. ... Ich bitte um Deine Zustimmung zu den vorgesehenen Aktivitäten. Mit sozialistischem Gruß Harry Tisch.“

Nach Honeckers wohlwollender Genehmigung fanden die Gedenkveranstaltungen statt. Im Januar 1984 bekam Harry Tisch eine Einladung zu einer gemeinsamen Beratung von Gewerkschaftsfunktionären in Prag. Doch auch hier schrieb Tisch zunächst an den ersten Mann im Staate: „Ich bitte um Deine Zustimmung, dass ich am 16.1.1984 an dieser Beratung teilnehmen kann. Mit sozialistischem Gruß Harry Tisch.“ Gönnerhaft war der handschriftliche Vermerk von Honecker auf der rechten oberen Ecke des Schreibens vermerkt: „Einverstanden E. H.“

Mitunter durfte Harry Tisch auch eine wichtige öffentliche Rede halten, eigentlich ein guter Anlass, Kritik zu üben und die tatsächlich vorhandenen Missstände deutlich anzusprechen. Der Vorsitzende des FDGB war beispielsweise am 27. März 1984 bei einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung des Zentralkomitees der SED und des FDGB-Bundesvorstandes anlässlich des 100. Geburtstages von Fritz Heckert als Redner vorgesehen. In einem Brief zwei Monate vorher schrieb er an Honecker: „Schließlich bitte ich zu entscheiden, ob die Rede für diese Gedenkveranstaltung, die laut Beschluss von mir zu halten ist, durch das Politbüro bestätigt werden soll. Mit sozialistischem Gruß Harry Tisch.“



Der FDGB-Vorsitzende und sein Parteichef: Harry Tisch und Erich Honecker (von links) Bild: Imago

Die Akte belegt, dass sein Redemanuskript tatsächlich vom Politbüro zensiert wurde. Der archivierte Text weist handschriftliche Änderungen auf und trägt den Vermerk, dass die Fassung vom Politbüro bestätigt wurde. Der Vorsitzende des FDGB durfte nur öffentlich äußern, was die SED-Führungsspitze vorher abgesegnet hatte.

Der von Harry Tisch praktizierte Personenkult um Honecker kannte offensichtlich keine Grenzen. Am 16. Oktober 1981 führte der Bundesvorstand des FDGB eine Beratung mit 400 Gewerkschaftsvertrauensleuten in Vorbereitung auf die Gewerkschaftswahlen durch. Drei Tage vorher, am 13. Oktober 1981, informierte Harry Tisch Erich Honecker über dieses Ereignis und schrieb:

„Lieber Genosse Honecker! ... Wir haben die Absicht, dort durch die Vertrauensleute in Form eines Briefes, der an Dich gerichtet wird, ein Bekenntnis der Vertrauensleute zur Politik unserer Partei zu verabschieden. Solltest Du mit dem Inhalt des Briefes einverstanden sein, bitte ich um Deine Entscheidung, ihn publizistisch in unseren Massenmedien auszuwerten. Mit sozialistischem Gruß Harry Tisch.“

Diesem Schreiben war der Entwurf des geplanten Briefes der gewerkschaftlichen Vertrauensleute beigefügt, in dem Honecker „herzliche Kampfesgrüße“ übermittelt werden sollten und man ihm für seine Politik, die er „konsequent auf das Wohl des Volkes“ gerichtet hätte, danken wollte. Es waren die üblichen politischen Phrasen, die in diesem Brief standen, aber eine Zusendung an Honecker, ohne dass er selbst vorher gefragt worden wäre, ob ihm der Inhalt gefällt, war für Harry Tisch offenbar undenkbar. Honecker zensierte den Brief an sich selbst, und 400 Vertrauensleute des FDGB waren drei Tage später nur Statisten in diesem Vorgang.

Eine tatsächlich unabhängige Gewerkschaft gab es in der DDR nicht. Der FDGB war von der verfassungsrechtlich und gesetzlich verankerten Stellung weit entfernt. Das Verhältnis zur SED-Führungsebene war von Untertanengeist, Personenkult, vorauseilendem Gehorsam und Schönfärberei geprägt. Die DDR-Bürger warteten vergeblich darauf, dass ihre juristisch legitimierte Interessenvertretung Missstände wie Wohnungsnot, schlechte Versorgung, fehlende Urlaubsplätze oder die verfallenden Häuser thematisierte. Stattdessen gab es die immer gleichlautenden politischen Erfolgsmeldungen, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hatten. Das sorgte für tief sitzenden Frust in der Bevölkerung, der wesentlich dazu beigetragen hat, dass sich 1989 so viele den Demonstrationszügen anschlossen.

Heidrun Budde

Glückskind des Versailler Vertrages?

Vor 25 Jahren fand das großtschechische Projekt Tschechoslowakei ein Ende

Der tschechoslowakische Staat, das sogenannte Glückskind des Versailler Vertrages, entstand 1918 und zerfiel 74 Jahre später in zwei Hälften. Ursache hierfür war der tiefgehende Antagonismus zwischen Tschechen und Slowaken, dessen Bedeutung in dem Maße zunahm, wie ethnische Minderheiten – allen voran Deutsche und Ungarn – aus dem einstigen Vielvölkerstaat verdrängt wurden.

Mehr als 1000 Jahre lang lebten die beiden slawischen Völker der Tschechen und Slowaken in zumindest juristisch getrennten politischen Gebilden – bis zum 30. Oktober 1918. Dann verkündeten die Vertreter aller maßgeblichen Parteien der Slowakei den Beitritt ihrer Heimat, die bis dahin Teil des Königreichs Ungarn gewesen war, zur zwei Tage zuvor proklamierten Tschechoslowakischen Republik (CSR). Deren Existenz resultierte aus den Bemühungen der Tschechen, sich vom Habsburgerreich zu lösen. Hierbei wurden sie ab 1916 von Großbritannien und Frankreich sowie dem US-Präsidenten Woodrow Wilson unterstützt, der ein erklärter Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Völker war. Letzteres hielt aber weder die Alliierten noch das tschechische Militär davon ab, auch jene Gebiete Böhmens, Mährens, der Slowakei, Niederösterreichs und Österreichisch-Schlesiens im Handstreich zu besetzen, in denen kaum oder gar keine Tschechen, sondern mehrheitlich andere slawische Ethnien oder Deutsche lebten.

Die Slowaken entschieden sich für die Loslösung von Ungarn und das politische Zusammengehen mit den Tschechen, um die drohende Magyarisierung abzuwenden. Dabei vertrauten sie darauf, dass sie in der CSR den Autonomiestatus genießen könnten, der ihnen im Pittsburgher Abkommen vom 31. Mai 1918 zwischen Amerikatschechen und Amerikaslowaken zugesichert worden war. Darüber hinaus hatte der spätere erste CSR-Präsident Tomáš Garrigue Masaryk 1917 in dem programmatischen Buch „Das neue Europa“ getönt: „Im Hinblick auf seine zentrale Lage wird der tschechoslowakische Staat immer ein Interesse daran haben, allen ... Minoritäten die vollen Rechte zu sichern.“

Ebenso versprach Edward Benesch, dessen Dekrete später die Basis für die Enteignung und Vertreibung der Deutschen und Ungarn schufen, den Siegermächten während der Verhandlungen im Vorfeld des Friedens von Saint-Germain am 20. Mai 1919 auf schriftlichem Wege: „Die tschechoslowakische Regierung hat die Absicht, ihren Staat so zu organisieren, dass sie als Grundlage der Nationalitätenrechte die Grundsätze annimmt, die in der Verfassung der Schweizerischen Republik zur Geltung gebracht werden.“

Angesichts dieser vollmundigen Verheißungen bestätigten die Alliierten in den Pariser Vorortverträgen, die den Ersten Weltkrieg formell beendeten, die Existenz der CSR, die sich nach außen hin als „neue Schweiz“ gerierte. Damit existierte nun ein Vielvölkerstaat im Herzen Europas, dessen ethnische Diversität sich kaum von der zerstückelten Donaumonarchie unterschied. So ergab die Volkszählung von 1921, dass neben den 6,7 Millionen Tschechen und zwei Millionen Slowaken auch genau 3123568 Deutsche in der Tschechoslowakischen Republik lebten. Deren Zahl überstieg also die der Angehörigen der zweiten staatlichen Titularnation der CSR ganz erheblich. Dazu kamen unter anderem noch 745431 Ungarn, 461849 Russen, Ukrainer und Karpathorussen beziehungsweise Ruthenen, 75873 Polen sowie rund 180000 Juden und zahlenmäßig nicht erfasste Roma. Insgesamt machten die Minderheiten mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus. Allein die Gruppe der Deutschen, die sowohl in den sogenannten historischen Ländern Böhmen, Mähren und Schlesien als auch in der Slowakei vertreten war, stellte schon knapp ein Viertel.



Friedliche Trennung nach 74 Jahren: Die Ministerpräsidenten der Slowakei und der Tschechei, Meciar und Klaus (v.l.) Bild: Imago

> Nach der Zerschlagung des österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaates entstand der tschechoslowakische Vielvölkerstaat

Sämtliche dieser Nationen hatten sich der Doktrin des Tschechoslowakismus zu unterwerfen, die 1920 formell Eingang in die Verfassung der CSR fand. Sie besagte, dass es eine traditionelle ethnische und kulturelle Einheit von Tschechen und Slowaken gebe, denen zudem auch die unangefochtene Führungsrolle in der Tschechoslowakei zustehe. Auf der Basis dieses Konstrukts, das auch von den meisten Slowaken abgelehnt wurde, errichteten die Tschechen dann einen Zentralstaat, in dem sie die Macht in ihren Händen konzentrierten und die heuchlerisch zugesagten Minderheitenrechte uneingelöste papierne Versprechen blieben.

Hauptleidtragende dieser Politik waren die Deutschen, denen von Anfang an blanker Hass entgegenschlug. Das belegt beispielsweise eine Denkschrift des tschechischen Obergerichtsrates Ladislav Josef Stehule, in der es hieß: „Der Deutsche als Feind der Menschheit hat kein Recht auf Selbstbestimmung nicht nach seinen egoistischen Bedürfnissen wahrnehmen.“ Infolgedessen verweigerte Prag den Deutschböhmen und Deutschmährern nicht nur die politische Autonomie, sondern versuchte gleichermaßen, deren kulturelle Identität durch eine rigide Sprach- und Bildungspolitik zu zerstören. Außerdem fanden Enteignungen von Ackerland über 150 Hektar Größe statt, um das „Unrecht von 1620“ zu tilgen. Wegen solcher und anderer Diskriminierungen reichte die deutsche Minderheit allein zwischen 1920 und 1930 175 Beschwerden beim Völkerbund ein.

Am schlimmsten waren schließlich die Vertreibungen ab 1945, die wohl bis zu 300000 Sudetendeutschen das Leben und weiteren drei Millionen die Heimat kosteten. Ähnlich übel mitgespielt wurde anderen Minderheiten wie den Ungarn, wobei deren Verfolgung gleichfalls mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Wiedererrichtung der Republik kulminierte. Das nicht zuletzt als Folge des öffentlichen Aufrufs von Beneš am 16. Mai 1945, „die Ungarn in der Slowakei zu eliminieren“.



Opfer der verbrecherischen tschechoslowakischen Minderheitenpolitik: Deutsche Vertriebene aus der Region Falkenau an der Eger in Böhmen am 20. November 1945

Gleichermaßen hatten die Slowaken in dem Staat, der angeblich auch der ihre sein sollte, wenig zu lachen. So mehrten sich bald die Versuche einer zwangsweisen Tschechisierung – und jeder slowakische Bürger oder Politiker, der auf die garantierte Autonomie pochte, wurde gnadenlos verfolgt. An der hieraus resultierenden Entfremdung änderte auch der Prager Frühling von 1968 nichts, in dessen Folge es wenigstens zu einer formellen Föderalisierung der nunmehrigen Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (CSSR) kam. Das Bemühen der Tschechen, eine gemeinsame tschechoslowakische Identität unter Führung Prags zu schaffen, scheiterte auf ganzer Linie.

So entbrannte kurz nach der Samtenen Revolution von Ende 1989 der sogenannte Gedankenstrich-Krieg. Darüber, dass nach dem Sturz des kommunistischen Regimes das „Sozialistisch“ aus dem Namen „Tschechoslowakische Sozialistische Republik“, den die Tschechoslowakei seit 1960 führte, gestrichen werden sollte, bestand Konsens. Der Tscheche an der Spitze der Tschechoslowakei, Staatspräsident Václav Havel , hoffte, dass es mit dieser Rückkehr zum Staatsnamen bis 1960 getan sei. Von slowakischer Seite wurde jedoch statt der ersatzlosen Streichung die Ersetzung von „Sozialistische“ durch „Föderative“ gefordert. Hierauf konnte man sich einigen. Schwieriger zu lösen war die Frage, ob „Tschechoslowakisch“ weiterhin ungekoppelt geschrieben werden sollte. Der faule Kompromiss bestand darin, dass das Wort in der tschechischen Version ungekoppelt (Ceskoslovenská federativní republika) und in der slowakischen gekoppelt (Cesko-slovenská federatívna republika) wurde. So wurde am 29. März 1990 aus der CSSR die „Tschechoslowakische Föderative Republik“.

> Bei der Behandlung ihrer Minderheiten nahm sich die Tschechoslowakei vorgeblich die Schweiz zum Vorbild

Umstritten war nun noch, ob das „s“ von „slowakisch“ groß- oder kleingeschrieben werden sollte. Da von slowakischer Seite aus Gründen der Gleichberechtigung ein großes „s“ gefordert wurde, die Rechtschreibung in beiden Sprachen jedoch ein kleines vorsah, wurde aus „tschechoslowakisch“ „tschechisch und slowakisch“. Am 23. April 1990 wurde aus der „Tschechoslowakischen Föderativen Republik“ die „Tschechische und Slowakische Föderative Republik“ (CSFR). Diese Lösung hatte gleich zwei Vorteile. Zum einen konnte das „s“ nun entsprechend dem slowakischen Wunsch großgeschrieben werden, ohne gegen die Rechtschreibregeln zu verstoßen. Zum anderen war der Staatsname nun wieder in beiden Landesteilen mit „Ceská a Slovenská Federativní Republika“ beziehungsweise „Ceská a Slovenská Federatívna Republika“ identisch.

Wie jene des Staatsnamens spiegelt auch die Entwicklung des Staatswappens die Föderalisierung des Zentralstaats und die Emanzipation der Slowaken nach der Samtenen Revolution wider. Das Wappentier der CSSR und der CSR war der aus Böhmen stammende silberne doppelschwänzige Löwe auf rotem Grund. Die Slowakei war in dem Wappen nur durch den Brustschild des Löwen vertreten. Das Wappen der CSFR war hingegen viergeteilt und zeigte jeweils zweimal diagonal den tschechischen weißen Löwen auf rotem Grund und das Wappen der Slowakei.

Dieses symbolische Abrücken von Zentralstaat beseitigte aber keine der gravierenden nationalen und auch wirtschaftlichen Differenzen zwischen den beiden Teilrepubliken. Den endgültigen Bruch führten schließlich die Parlamentswahlen vom Juni/Juli 1992 herbei. Die eher dem Sozialismus nachtrauernden Slowaken misstrauten dem Reformeifer der Tschechen beziehungsweise deren radikaler Hinwendung zur Marktwirtschaft und wählten den Nationalisten Vladimír Meciar zum Ministerpräsidenten ihrer Teilrepublik, der meinte: „Es gibt keine Möglichkeit, den jetzigen Zustand zu erhalten. Die Entwicklung könnte sonst außer Kontrolle geraten.“ Darin gab ihm der neue tschechische Premier Václav Klaus recht, weil er die ärmere Slowakei als Klotz am Bein betrachtete und baldmöglichst loszuwerden trachtete. Deshalb einigten sich die beiden Politiker Ende August 1992 im Garten der Villa Tugendhat in Brünn in mehreren Vieraugengesprächen auf das Ende der Föderation.

Meinungsumfragen zufolge waren nicht nur die Tschechen, sondern auch die Slowaken mehrheitlich trotz aller gegenseitiger Animositäten gegen die Auflösung der CSFR. Bei den Tschechen waren es mit 65 fast zwei Drittel und bei den Slowaken immerhin noch 55 Prozent. Nichtsdestoweniger ging nun alles ganz schnell. Am 25. November 1992 verabschiedete die Bundesversammlung der CSFR ein Gesetz zur Teilung des Staates, durch das er mit Ablauf des 31. Dezember 1992 aufhörte zu existieren. Anschließend konstituierten sich zum 1. Januar 1993 die beiden eigenständigen Nachfolgestaaten Tschechische Republik und Slowakische Republik.

Verständlicherweise trauern die Tschechen der von ihnen dominierten Tschechoslowakei eher hinterher als die Slowaken. Das wird sehr augenfällig in der Staatssymbolik. Die Slowakische Republik hat auf die bereits von der Ersten Slowakischen Republik von 1939 bis 1945 benutzte Symbolik zurückgegriffen. Der signifikanteste Unterschied ist, dass die heutige weiß-blau-rote Flagge zusätzlich das Wappen am Liek trägt, um eine Verwechslung mit der 1991 wieder eingeführten heutigen Flagge Russlands in den panslawischen Farben zu verhindern. Die Tschechische Republik hingegen hat die Flagge der Tschechoslowakei übernommen, obwohl das blaue Dreieck ursprünglich für den slowakischen Landesteil der Tschechoslowakei stand. Auch ihr Großes Wappen übernahm die Tschechische Republik grundsätzlich von der CSFR, nur dass im linken oberen und im rechten unteren Teil an die Stelle des slowakischen die Wappen Mährens und Schlesiens traten. Und selbst die tschechoslowakische Abkürzungstradition hat die Tschechei im Gegensatz zur Slowakei fortgesetzt. So wird dort analog zu „CSR“, „CSSR“ und „CSFR“ von der „CR“ gesprochen, wenn vom eigenen Staat die Rede ist. Entsprechende Reminiszenzen finden sich in der Slowakei verständlicherweise nicht. Die Tschechoslowakei war halt primär ein großtschechisches Projekt. *Wolfgang Kaufmann/PAZ*

Moment der Woche

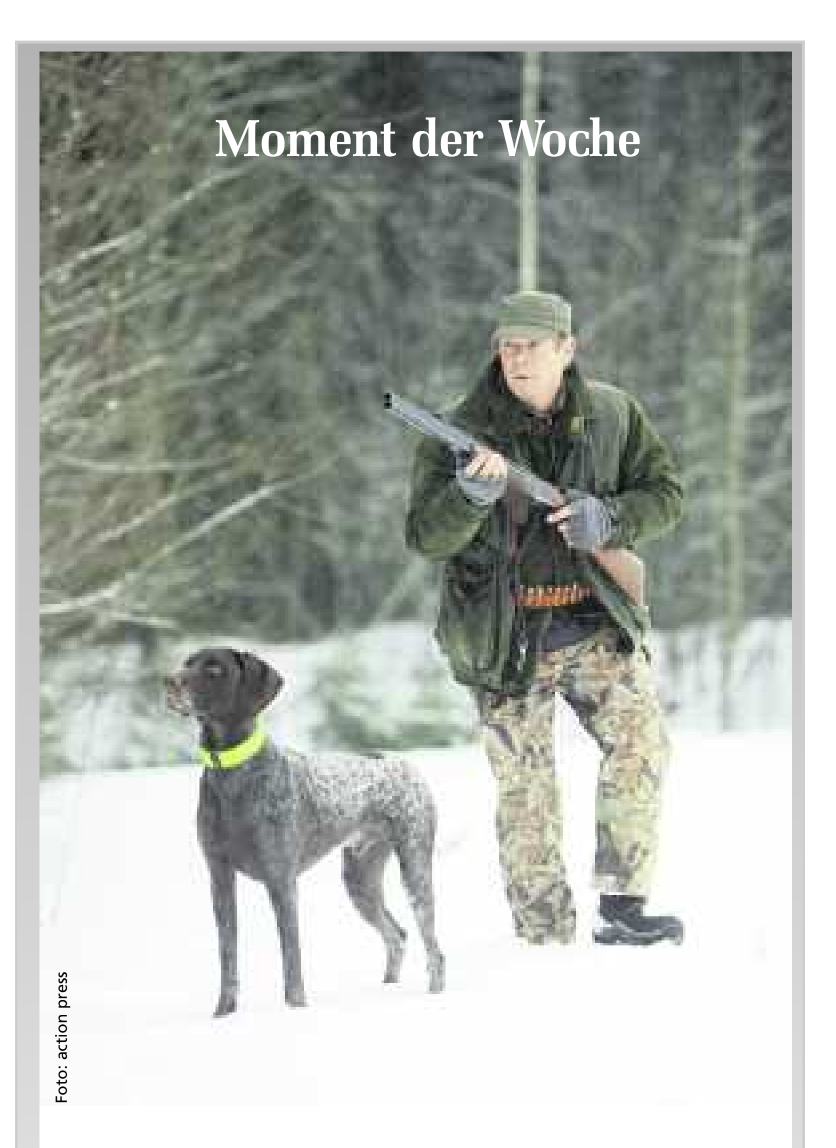


Foto: action press

Jagdsaison in Finnland: Wie dieser Finne bei Tuusula werden noch bis zum 15. Dezember Tausende seiner Landsleute auf die Pirsch gehen. Das Jagdrecht wird in Finnland großzügig gehandhabt, ebenso der Waffenbesitz. In dem Fünf-Millionen-Einwohner-Land sind 1,5 Millionen Gewehre und Pistolen registriert. Zeitweilig rangierte das Land hinter den USA und dem Jemen an dritte Stelle der Staaten, mit dem meisten Schusswaffen in Privatbesitz. Mord und Totschlag gibt es dennoch wenig. Laut einer aktuellen Studie des Weltwirtschaftsforums gilt Finnland beispielsweise als sicherstes Reiseland der Welt. *FH*

Butter, Busse und die Mona Lisa

Echte Kunst fasziniert, ein Kunstprojekt mit zerschossenen Bussen aus Syrien tut es nicht

Hauptgebäude der Düsseldorfer Kunstakademie 1982: Der deutsche Künstler Joseph Beuys packt fünf Kilo Butter in eine Ecke des Ateliers „Raum drei“. Butter ist ein nahezu inflationärer Massenartikel, nicht nur seit es den Begriff Butterberg als ein Synonym für subventionierte Überproduktion gibt. Können fünf Kilo Butter trotzdem Kunst sein? Hierzu meinte Beuys: „Eine Fettecke ist ... deswegen gemacht, um als Fettekke im Gegensatz zu stehen zu anderen Prozessen, die ein solches plastisches, anfälliges Material macht. Also gerade die Sachen mit Fett erheben einen großen Anspruch auf Theorie.“

Anspruch auf Theorie? Gemäß dieser Logik haben jede Menge Gebrauchsgegenstände Anspruch auf Theorie. Wie wäre es mit Benzin? Um die Vorläufersubstanz Erdöl ist wahrscheinlich schon mehr als ein Krieg geführt worden. Demnach müsste ein Fünf-Liter-Kanister Benzin unbedingt Kunst sein, egal ob in einer Garage, einer Tankstelle oder einem Kofferraum oder in einem Museum. Noch mehr Kunst werden in nicht allzu langer Zeit Fünf Liter Wasser sein, denn die zukünftigen Kriege sollen, glaubt man einigen Prognosen, um Wasser und nicht mehr um Erdöl geführt werden.

Wenn man seinen Gedanken so frei flottierend seinen Lauf lässt, ist irgendwann alles Kunst. Genau das ist es aber nicht. Was es in Unmengen gibt, kann nicht Kunst sein, sondern ist, insbesondere wenn es mit der Bezeichnung Kunst verknüpft wird, einfach nur noch Kitsch. Kunst ist das Einmalige, das eben nicht in Massen auftretende, Grenzenlose und Inflationäre. Dieses herauszuarbeiten, das Neue, vielleicht sogar Eruptive, das Einmalige, das ist die Kunst des Künstlers.

> Was es in Unmengen gibt, ist einfach nur noch Kitsch

Fünf Kilo Butter können somit keine Kunst sein, da keine Abgrenzung zur Normalität, nicht einmal zur Banalität, vollzogen wird. So etwas musste dann auch im Abfalleimer landen, der Hausmeister der Kunstakademie Düsseldorf erkannte die Kunst am ranzigen Fett nicht. Das lag nicht an ihm, sondern an Joseph Beuys, der etwas als Kunst ausgegeben hatte, was keine war. Das war bei ihm nicht das erste Mal. Schon 1973 wurde eine mit Mullbinden und Heftpflaster vollgestopfte Badewanne auf einer Veranstaltung der SPD kurzerhand umgestülpt und zum Spülen von Gläsern verwendet. Der „Anspruch auf Theorie“ hatte offensichtlich auch das sozialdemokratische Bewusstsein nicht erreichen können.

Ob drei zerschossene und umgedrehte Busse aus dem syrischen Bürgerkrieg, noch bis vor Kurzem ausgestellt vor der Dresdner Frauenkirche, als Kunst das Bewusstsein der Bevölkerung erreichen, ist ebenfalls mehr als fraglich. Die Busse sind zweifelsohne authentisch. Und dieses Merkmal ist für das Irrenhaus der Republik auch schon völlig ausreichend, um sie vor das Brandenburger Tor zu stellen. Böse Anmerkung: Folgt man den Ausführungen des US-Bestseller-Autors Jonathan Franzen, der Anfang der 1980er Student in Berlin war, so war der von der Wehrpflicht ausgenommene Westteil der Stadt ein Zufluchtsort von Gammlern, die an einer Uni eingeschrieben sein mussten, um ihren Studentenstatus zu bewahren, aber nicht allzu engagiert waren, ernsthaft zu studieren. Sollte an der Volksweisheit „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm“ etwas Wahres dran sein, hätte man durchaus eine Erklärung, wie es zu diesem Irrenhaus gekommen ist. Zurück zur Authentizität, die immerhin ein Kriterium für Kunst sein soll. Dieses wird jedoch zunichte gemacht durch die Effekthascherei der abgewrackten Fahrzeuge, die fast schon marktschreierisch in den Himmel ragen. Sicher kein Kriterium für Kunst.

Wie Kunst sich von der Normalität, von Gebrauchsgegenständen und von der Trivialität gut abgrenzt, zeigt ein Sprung durch die Jahrhunderte. Der Zeichner, Maler, Naturforscher, Bildhauer und Baumeister, kurz das Universalgenie Leonardo da Vinci (1452–1519), schuf als Maler der Hochrenaissance eindrucksvolle Bilder mit eigenartigem atmosphärischen Reiz, deren anziehende Wirkung von seinen Zeitgenossen nicht erreicht wurde. Neben dem Abendmahl ist es die Mona Lisa, die bis heute fasziniert. Eben die geheimnisvollste Frau der Kunstgeschichte. Erstmals in dieser Geschichte rückte Leonardo durch die ferne Landschaft im Hintergrund sie ganz in die Nähe des Betrachters. Es entstand eine fast schon unheimliche, bis dahin unbekannte Intensität.

Spätestens ab dem 19. Jahrhundert war es damit endgültig vorbei. Die Entgrenzung begann und mit ihr brach die Trivialisierung herein. Durch die Erfindung der maschinellen Druckerpressen und weiterer Apparaturen konnte die Mona Lisa millionenfach auf Flaschen, Spielkarten, Untersetzern, Briefbeschwerern und Schlüsselanhängern aufgedruckt werden. Die einzigartige Aura war dahin. *Burkhard Voss*

Der Autor arbeitet als Arzt für Neurologie, Psychiatrie, Psychotherapie in Krefeld. 2017 erschien sein Buch „Albtraum Grenzenlosigkeit – vom Urknall bis zur Flüchtlingskrise“ (Solibro Verlag)

Von der Mücke zum Elefanten, oder ...

... warum der »größte Steuerskandal aller Zeiten« relevant wie ein Mückenstich ist und trotzdem gefährliche Folgen haben kann

Es ist kein Rauschen im Blätterwald, es ist ein Sturm, sozusagen eine mediale Extremwetterlage: Bei der Berichterstattung über die sogenannten Paradise Papers reiht sich ein Superlativ an den nächsten: Niemals wurden mehr vertrauliche Daten der Öffentlichkeit zugespielt. Niemals schlossen sich weltweit mehr Journalisten zur gemeinsamen Recherche zusammen, und natürlich ist es der größte Steuerskandal aller Zeiten.

Die Rede ist von den sogenannten Paradise Papers, ein zugegeben gigantischer Datensatz von 13,4 Millionen Dokumenten. Der Großteil sind Geschäftsunterlagen von Appleby, einer der größten Offshore-Kanzleien der Welt. Offshore steht für Steuerparadiese mit geringer Finanzregulierung und großer Diskretion. Appleby hilft dementsprechend seinen Kunden Steuern zu sparen. Aber geschah es über den Rahmen des gesetzlich Erlaubten hinaus?

400 Journalisten weltweit werteten die zugespielten Appleby-Datensätze aus. In Deutschland waren Mitarbeiter von „Süddeutscher Zeitung“, WDR und NDR dabei. Stichworte wie „kriminelle Briefkastenfirmen“, „Machtmissbrauch“ und „Korruption“ heizten die Stimmung an. Den elefantösen Ankündigungen folgten dann allerdings Enthüllungen mit der Relevanz von – wenn überhaupt – Mückenstichen.

Zugegeben, die Auswertung der gestohlenen Daten brachte eine Vielzahl an Namen von Politikern und anderen Prominenten zutage, die sich an Unternehmen in Steuerparadiesen beteiligt haben. Ebenso wurden Details zur Art und Weise ihres finanziellen Engagements bekannt. Zu der generellen Funktionsweise von Offshore-Firmen konnten die Recherchen aber keine nennenswerten neuen Erkenntnisse beisteuern. Der Besitz eines Unternehmens in einer Steueroase ist zudem weder in Deutschland noch in den meisten anderen Ländern strafbar. Erst, wenn die von dort zurückfließenden Gewinne von den Inhabern in ihren Wohnsitzstaaten nicht ordnungsgemäß beim Fiskus gemeldet werden, begehen diese eine strafrechtlich verfolgbare Steuerhinterziehung.



400 Journalisten rund um den Globus nahmen 13,4 Millionen Paradise Papers unter die Lupe. Nach einer großen Enthüllungsstory spähten sie vergebens Bild: action press

Nichtsdestotrotz ist ein finanzielles Engagement in einem Steuerparadies gerade für Politiker heikel. Sie sehen sich schnell dem Vorwurf ausgesetzt, dem eigenen Staat Steuereinnahmen vorzuenthalten. Da auch die selbsternannten Enthüllungsjournalisten der „SZ“ und ihres Recherchenetzwerkes schnell einräumen mussten, dass die von ihnen aufgedeckten Geschäftstätigkeiten zumeist vollkommen legal sind und nur in Einzelfällen tatsächlich gegen Gesetze verstoßen wird, setzten sie bei ihrer medialen Skandalisierung genau auf diesen Empörungsmechanismus.

Ein weiteres wichtiges Element der Kampagne ist die ständige Hervorhebung des Gerechtigkeitsargumentes: Der vielbeschworene „Kleine Mann“ in Deutschland hat brav seine Steuern abzuführen, während Großkonzerne und Multimillionäre über ausländische Briefkastenfirmen riesige Summen am Fiskus vorbeischleusen. Dieses Argument wird zunehmend auch von bundesdeutschen Politikern aufgegriffen. Doch die Kritik ist nur bedingt berechtigt. Tatsächlich unterhalten in Deutschland tätige große Unternehmen und Personen nicht selten Firmen auf Offshore-Finanzplätzen, an denen selbst keine oder nur geringe Steuern anfallen. Ebenso ist es richtig, dass mit diesen Unternehmen in Deutschland Steuern eingespart werden. Dies geschieht in der Regel dadurch, dass die in einem Steuerparadies beheimatete Tochter- oder Schwesterfirma eines hierzulande tätigen Betriebes diesem eine Leistung in Rechnung stellt. Auf der Seite des in Deutschland tätigen Unternehmens entstehen also Kosten, die mit den hier erzielten Einnahmen gegengerechnet werden können. Damit verkürzt sich der inländische Gewinn und folglich auch die Steuerlast.

Grundsätzlich ist ein solches Vorgehen legal. Problematisch ist lediglich, dass die von der im Ausland sitzenden Firma erbrachten Leistungen häufig überhöht und zum Teil sogar nur fiktiv sind. Wer hier eine rigidere Kontrolle fordert, muss sich allerdings einer Gefahr bewusst sein: Würde der Fiskus, der derzeit im Wesentlichen nur den Anfall von Kosten sowie deren Zweck überprüft, künftig auch bewerten dürfen, ob diese wirtschaftlich sinnvoll und der Höhe nach angemessen sind, dann kann dies schnell dazu führen, dass bald einem Durchschnittsverdiener die Pendlerpauschale mit dem Hinweis gestrichen wird, dass er ja näher an seinen Arbeitsort ziehen könne.

Ebenso könnte ein Finanzbeamter einem Kleinunternehmer dann die volle steuerliche Absetzbarkeit der Kosten seines bei einem deutschen Automobilhersteller beschafften Transportwagens verwehren, weil auf dem Markt auch Fahrzeuge eines koreanischen Produzenten gleicher Größe angeboten werden, die zur Hälfte des Preises erhältlich sind. Im Übrigen führt die Einschaltung von Offshore-Firmen in der Regel auch nicht zu einem Totalverlust von in Deutschland abzuführenden Steuern. So verbleibt die Mehrwertsteuer zumeist schon deshalb beim deutschen Fiskus, weil es diese Abgabenart in Steuerparadiesen häufig gar nicht gibt und sie somit nicht verrechnet werden kann.

> Kaum wirklich neue Erkenntnisse durch die Paradise Papers

Letztlich fließen die in Steueroasen generierten Gewinne regelmäßig zurück an deren Anteilseigner in den Industrieländern und sind hier zu versteuern. Zwar werden somit immer noch Teile der Ertragssteuern eingespart, jedoch muss man in der gesamten Diskussion die extrem hohe Abgabenlast in Deutschland berücksichtigen. Nach Abzug aller Kosten für Personal, Räumlichkeiten und selbst empfangener Leistungen, führt eine in der Bundesrepublik tätige umsatzstarke Kapitalgesellschaft von jedem vereinnahmten Euro durchschnittlich rund 43 Prozent Steuern an das Finanzamt ab. Die Aktionäre oder Anteilseigner haben in diesem Fall immer noch keinen einzigen Cent von dem Gewinn gesehen. Sie werden bei einer Ausschüttung noch einmal gesondert vom Fiskus abkassiert.

Letztlich muss berücksichtigt werden, dass den ohnehin ständig ansteigenden Steuereinnahmen keine angemessenen Leistungen mehr gegenüberstehen. Während Straßen verfallen, Lehrer und Polizisten fehlen, gibt der Staat Abermilliarden für eine verfehlte Flüchtlingspolitik und andere absurde ideologische Projekte aus. Wer in der Steuerdebatte über Gerechtigkeit reden will, sollte einmal grundsätzlich die Frage beantworten, wie viel Geld ein Staat von seinen Bürgern verlangen und wofür er es verwenden darf. *Dirk Pelster*

2015 waren es die Panama Papers

Einigen Journalisten der „Süddeutschen Zeitung“ („SZ“) wurden 2015 von einem anonymen Informanten illegal beschaffte Daten der panamaischen Anwaltskanzlei Mossack-Fonseca angeboten. Das Geschäftsmodell dieser Kanzlei besteht in der Gründung und Verwaltung von Offshore-Firmen in Steuerparadiesen. Der Informant gab an, dass er helfen wolle, angebliche Straftaten in Zusammenhang mit den von Mossack-Fonseca verwalteten Unternehmen öffentlich zu machen.

Insgesamt stellte er über elf Millionen Dokumente zur Verfügung. Da man bei der „SZ“ mit der Bewältigung dieser Datenflut schlichtweg überfordert war, schloss man sich national und international mit anderen Medien zusammen. Koordiniert wurde die Auswertung vom International Consortium of Investigative Journalists, einer Vereinigung linksliberaler Medienmacher, die auch von George Soros finanziert wird.

Obgleich die Sichtung dieser Panama Papers nach wie vor noch nicht abgeschlossen ist, gelangte die „SZ“ und das hinter ihr stehende Recherchekollektiv im Verlauf diesen Jahres an weitere Dokumente. Diesmal stammten die nun als Paradise Papers bezeichneten Daten von der Kanzlei Appleby. In einer großangelegten Kampagne wurden sowohl die Panama als auch die Paradise Papers von der SZ und anderen Mainstreammedien pompös inszeniert. Zu der angeblich erhofften Aufklärung von Straftaten bei den Panama Papers ist es bislang dennoch nicht gekommen. Zwar wurden in einigen wenigen Fällen strafrechtliche Ermittlungsverfahren eingeleitet. Vor einem Gericht angeklagt worden ist jedoch – auch eineinhalb Jahre nach Veröffentlichung – noch niemand. Lediglich einzelne Politiker, wie der isländische Ministerpräsident Sigmundur David Gunnlaugsson, haben wegen ihrer Beteiligung an einer Briefkastenfirma ihren Hut nehmen müssen. *DP*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 47 – 24. November 2017

MELDUNG

Durchstich bei Kahlberg

Neue Welt – Die Frische Nehrung wird bei der Ortschaft Neue Welt (etwa neun Kilometer westlich Kahlberg) durchgestoßen. Das ist laut dem polnischen Minister für Wasserwirtschaft Marek Grobarczyk die beste Stelle. Der Minister nahm an einer Presskonferenz nach einer Sitzung des Parlaments-Ausschusses für Wasserwirtschaft und innere Schifffahrt teil, die in Tolkemit stattfand. Der Minister unterstrich, dass die Nehrung an dieser Stelle am schmalsten sei und der Durchstich hier die wenigste Arbeit bereite. Der Bau des Kanals erfordere eine Finanzierung in Höhe von 880 Millionen Zloty (zirka 207 Millionen Euro). Die Länge des Schifffahrtskanals durch die Frische Nehrung wird etwa einen Kilometer betragen, seine Tiefe fünf Meter. Er soll die Einfahrt in den Hafen von Elbing für Schiffe mit einem Tiefgang bis zu vier Metern, einer Breite bis zu 20 Metern und einer Länge bis zu 100 Metern ermöglichen. Der Bau des Kanals durch die Frische Nehrung soll Ende kommenden Jahres oder Anfang 2019 beginnen. Für die Schifffahrt soll er ab 2022 nutzbar sein. *PAZ*

Großes Spektakel auf dem Pregel

Regatta, alte Schiffe und Surfervorführungen – Festival »Wasser-Ensemble« in Königsberg immer beliebter

Das Ozeanmuseum hat ein viel beachtetes Festival mit dem Titel „Wasser-Ensemble“ veranstaltet, das in einem Becken vor dem Ozeanmuseum in Königsberg stattfand.

Entlang des Pregelufers bis zum Ausstellungsgelände des Ozeanmuseums fand anlässlich des Festivals eine Segelregatta namens „Vitjas“ statt und unter der Bezeichnung „Schiffs-Auferstehung“ wurde in einer historischen Parade die gesamte Flotte der kleinen Schiffe des Museums vorgestellt. Bei der Parade zeigten die Museumsmitarbeiter und Studenten außerdem ihre sportlichen Fähigkeiten im Lenken verschiedener Wasserfahrzeuge. Besondere Fähigkeiten forderte die Meisterschaft im Paddeln, etwa mit dem Kajak. Die Museumsgäste erwarteten viele interessante und ungewöhnliche Aktionen, wie „Tauche ein ins Eis der Antarktis“. Jeder hatte dabei die Möglichkeit, einen riesigen Eisblock zu berühren und das ungewöhnliche Gefühl zu erleben. Im „Bootsmann-Laden“ wurde eine ganze Palette von maritimen Produkten und Volkskunsthandwerk angeboten.



Mitten in Königberg: Schiffe aller Größen geben sich ein Stelldichein Bild: J.T.

Sammler stellten eine Vielzahl von Artikeln zur Geschichte der Seefahrt zur Verfügung. Am Ufer der historischen Flotte des Museums wurde eine festliche Atmosphäre durch Bastelmeisterschaften und Unterhaltung für Kinder erzeugt.

Auf der Hauptbühne in der Nähe der Marineadministration fand das Konzert „Rückkehr von fernen Wanderungen“ statt. Einer der Gründe, warum das „Wasser-Ensemble“ so beliebt ist, sind die gastronomischen Gaumenfreuden, mit denen lokale und litauische Gastronomen die Besucher anlocken.

Dieses Mal gab es einige angenehme Überraschungen für die Gäste: Professionelle Rollschuhfahrer demonstrierten ihre Fähigkeiten, sogenannte Fly-Boardisten sowie Wind- und Kitesurfer zeigten ihre Show „Schweben über dem Wasser“.

Die Filmfirma „West-Film“ führte ein Casting und Video-Tests durch für diejenigen, die gerne einmal in einem Film mitspielen möchten. Um daran teilzunehmen, mussten die Teilnehmer einen Monolog halten oder eine Pantomime vorführen. Alle, die an den Proben teilnahmen, wurden anschließend in die Schauspielergruppe der Filmgesellschaft aufgenommen. Diejenigen, die sich am geschicktesten anstellten, haben die Chance, die Schauspielerei zu erlernen, und sie werden an kommenden Projekten des Unternehmens beteiligt sein.

Eine weitere Besonderheit war im ehemaligen Packhaus zu sehen: Aus dem Museum des Moskauer Kreml waren Exponate unter dem Titel „Gönner der Seefahrer – himmlische und irdische“ zu sehen. Das Festival „Wasser-Ensemble“ ist Teil eines umfangreichen Programms zur Erhaltung des maritimen Erbes und von Veranstaltungen, die das Interesse an der Geschichte des Schiffsbaus und der Schifffahrt in der ganzen Welt erhöhen. *J. Tschernyschew*

Treuespende für Ostpreußen

Liebe ostpreußische Landsleute, verehrte Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* und des *Ostpreußenblattes,*

was wir für unsere dreigeteilte Heimat Ostpreußen tun können, verwirklichen wir überwiegend mit Hilfe Ihrer Spenden. Wie in den Jahren zuvor folgten Sie im vergangenen Jahr zahlreich dem Treuespendeaufruf und ermöglichten uns damit die Fortsetzung unserer vielschichtigen Arbeit zum Besten Ostpreußens und seiner Menschen. Es sind die vielen kleinen Zuwendungen, die entscheidend zum Gesamtaufkommen beitragen, einige unserer Weggefährten konnten sogar namhafte Beträge erübrigen.
Bitte unterstützen Sie auch 2017 mit einer Spende die Fortsetzung unseres Engagements für Ostpreußen. Allen Spendern sage ich ein herzliches Dankeschön!

Der satzungsgemäße Auftrag zur Förderung der Völkerverständigung, der Heimatpflege und Kultur, der Wissenschaft und Forschung wird durch eine Vielzahl von Projekten, welche die Landsmannschaft Ostpreußen mit Hilfe der Treuespende durchgeführt hat, mit Leben erfüllt.

Dies belegt die Liste der Veranstaltungen, die in der Bundesrepublik Deutschland und in Ostpreußen durchgeführt wurden. Beispielhaft seien die Werkwoche für Mitglieder der deutschen Vereine in Allenstein (23. bis 30. April), das Seminar „Die Darstellung von Flüchtlingsschicksalen im deutschen Spielfilm nach 1945“ (28. bis 30. April), das historische Seminar „Stationen der ostpreußischen Geschichte, Teil 3“ (22. bis 24. September), die Werkwoche „Textile Volkskunst in Ostpreußen“ (13. bis 19. Oktober), der „Kommunalpolitische Kongress in Allenstein“ (21./22. Oktober) oder das kulturhistorische Seminar „Ostpreußen und die Reformation – Martin Luther und seine Zeit“ (5. bis 8. November) genannt. Diese thematisch unterschiedlich ausgerichteten Veranstaltungen haben eines gemeinsam: Sie tragen dazu bei, das Wissen um Ostpreußen auch nachwachsenden Generationen näher zu bringen. Nur so können wir verhindern, dass Ostpreußen eines Tages zu einem weißen Fleck auf der Landkarte wird. Schon heute ist bei unwissenden oder bisweilen böswilligen Zeitgenossen die Meinung zu hören, als hätten die Gebiete östlich von Oder und Neiße nur wenige Jahre während des Zweiten Weltkrieges zu Deutschland gehört. Dieser Geschichtsklitterung gilt es entschlossen entgegenzutreten.

Am 13. Mai fand das erstmalig durchgeführte Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in der Stadthalle Neuss statt. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg. Über 1000 Teilnehmer erlebten den Einmarsch der ostpreußischen Kreise und genossen die Darbietungen der ostpreußischen Kulturgruppen, darunter auch der Jugendvolkstanzgruppe Saga aus Bartenstein. Das Jahrestreffen ist ein Beleg, dass die Landsmannschaft Ostpreußen entgegen aller Unkenrufe auch 69 Jahre nach ihrer Gründung eine lebendige Gemeinschaft mit vitalen Mitgliedern ist.

Bereits zum fünften Mal traf sich am 24. und 25. Juni im masurischen Sensburg die Jugend der deutschen Volksgruppe zur ostpreußischen Sommerolympiade. An der von Edyta Gładkowska, Leiterin des Verbindungsbüros der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein, organisierten Veranstaltung nahmen rund 70 Jugendliche aus den deutschen Vereinen in Allenstein, Bartenstein, Braunsberg, Heilsberg, Landsberg, Ortelsburg, Osterode, Rastenburg und Sensburg teil. Die Veranstaltung wurde von der Landsmannschaft Ostpreußen und dem polnischen Ministerium für Verwaltung und Digitalisierung finanziell unterstützt. Zweifelsohne ein Beleg, dass die Landsmannschaft im südlichen Ostpreußen ein akzeptierter Partner ist. Auch dank der finanziellen Hilfe der Treuespende sind wir im Normalisierungsprozess mit unseren östlichen Nachbarn ein gutes Stück vorangekommen, und zwar nicht trotz der Vertriebenen, sondern wegen der Vertriebenen.

Mit dem Ableben der Erlebnisgeneration schwindet auch das Wissen um Ostpreußen. Viele Menschen sind über den herausragenden Beitrag des Landes für die deutsche und europäische Geschichte nur unzureichend oder gar nicht informiert. Aus diesem Grund unterstützt die Treuespende Einrichtungen wie das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg oder das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, die mit ihren Projekten und Ausstellungen auch Menschen außerhalb des Vertriebenenbereiches ansprechen. Aktuell konnte aus Mitteln der Treuespende die Umsetzung der Trakehner Bronzestatue Hessenstein vom Ostheim in Bad Pyrmont nach Lüneburg finanziert werden. Der Hessenstein schmückt jetzt den Eingangsbereich des Ostpreußischen Landesmuseums, das nach einer langen Erweiterungs- und Umbauphase im August 2018 wiedereröffnet wird.



Das von der Landsmannschaft Ostpreußen betriebene Bildarchiv Ostpreußen wächst stetig weiter und hat die 100 000-Grenze überschritten. Rund 12 000 Bilder sind in den letzten zwölf Monaten hinzugekommen. Aktuell stehen 105 000 Bilder den Nutzern zur Verfügung. Damit handelt es sich um das weltweit größte frei zugängliche Bildarchiv für Ostpreußen. Dies belegt auch die Zahl der jährlichen Zugriffe, die sich auf 590 000 (Vorjahreswert 550 000) gesteigert hat.

Zentrale Veranstaltung im Jahr 2018 ist das Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen am 16. Juni im Amphitheater in Allenstein. Die Besucher erwartet ein abwechslungsreiches und interessantes Programm mit einem Querschnitt durch das Kulturschaffen der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.

So unterschiedlich die mit Hilfe der Treuespende durchgeführten Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen auch sind, eines haben sie gemeinsam: Sie tragen dazu bei, das Wissen um Ostpreußen in der Öffentlichkeit wachzuhalten.

Um dies alles fortführen zu können, benötigen wir Ihre Hilfe und Ihre Spende – aus Treue zu Ostpreußen!

Bitte benutzen Sie für die Überweisung Ihrer Spende den beiliegenden Zahlungsvordruck
oder geben Sie ihn an Freunde und Bekannte weiter.
Das Spendenkonto bei der HSH Nordbank lautet:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
IBAN: DE16 2105 0000 0113 6470 00 – BIC: HSHNDEHH

Stephan Grigat
Rechtsanwalt und Notar
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

„Rechtzeitig zum Totensonntag möchte ich wieder ein Grabfoto von einem Friedhof zwischen Heydekrug und Memel vorlegen“ – so meldet sich unser Familienfreund **Bernd Dauskardt** aus Hollenstedt und dockt damit an seine inzwischen schon zur Tradition gewordenen Fotoreihe an, die auch wir mit der von ihm übersandten Aufnahme weiterführen wollen. Zuerst aber freuen wir uns, dass er, der eifrige Mitgestalter der Ostpreußischen Familie, nach langer Krankheit wieder zurück in seinem Heidedomizil ist und die Verbindung zu seinen Freunden und Landsleuten im Memelland, die alle über 80 Jahre alt sind und zur sogenannten Erlebnisgeneration gehören, weiter pflegen kann. Auch während seines Klinik- und Reha-Aufenthaltes waren die Kontakte nicht abgebrochen. „Solange ich lebe, werde ich meine alten Freunde nicht im Stich lassen“, das hat er sich vorgenommen. Es ist für ihn zu einer selbstgewählten Lebensaufgabe geworden, den Spuren seiner Ahnen nachzugehen, die ursprünglich ihre Wiege in der Niederung hatten und dann Mitte des 19. Jahrhunderts über den Rußstrom in das Memelland wechselten, das allerdings damals noch nicht so hieß. Was aus alten Dokumenten und Berichten ersichtlich wurde, wollte Bernd Dauskardt erlebbar machen, und so ist er inzwischen zu einem Memelland-Kenner geworden, dem auch die einsamsten, abgelegensten Winkel vertraut sind – unsere Ostpreußische Familie hat von seinen Forschungsergebnissen schon seit Jahren profitiert. Eine besondere Anziehung üben auf ihn alte Friedhöfe aus, denn hier wird auf den noch erhaltenen gebliebenen Grabsteinen und Kreuzen die Vergangenheit so transparent, als sei sie noch nicht vergangen. Ein besonderes Erlebnis hatte Bernd Dauskardt auf dem Kirchhof in Plaschken, als er zwei Grabstätten entdeckte, deren Gedenksteine seinen Familiennamen trugen – und tatsächlich handelt es sich bei beiden Gräbern um Angehörige seiner Familie: Hier wurden seine Urgroßmutter im Jahre 1909 sowie ein Bruder seines Urgroßvaters, verstorben 1871, zur letzten Ruhe gebettet. Beide Gräber werden heute von einer Litauerin liebevoll gepflegt. Nur ein Beispiel für die erhalten gebliebene deutsche Friedhofkultur im Memelland.

Und heute also ein neues Bild, das für alle Gräber in der Heimat stehen soll, die noch erkennbar sind. Bernd Dauskardt hat es auf einem Friedhof zwischen Heydekrug und Memel aufgenommen. Jemand hat ein paar Blumen um den Grabstein gelegt, es sind wohl gelbe Rosen. Noch erkennbar ist die Inschrift auf dem Grabstein: „Hier ruht in Gott mein lieber Mann **Georg Buttkus**“. Ein früher Tod, denn der 1895 Geborene ist nur 47 Jahre alt geworden, er verstarb während des Zweiten Weltkrieges. Er muss sehr gläubig gewesen sein, denn da stehen die noch kaum mehr lesbaren Worte: „Christus ist mein Leben“. „Solches sucht man heute in Deutschland wohl vergebens“, meint dazu Bernd Dauskardt, dem wir für die Aufnahme danken. Und natürlich wünschen wir ihm weiter eine erfolgreiche Rehabilitation, dem Forsthaus Wolfsnest hat in der heutigen Bewohnerin, der Försterfrau **Milka Jung**, eine ideale Partnerin für ihre Heimatsuche gefunden, denn sie arbeiten auf der gleichen Wellenlänge, wie sie schon bei der ersten Begegnung feststellen konnten. Trotz der unterschiedlichen Herkunft und Lebensweise erforschen beide die Vergangenheit von Gortzen und Wolfsheide und sind glücklich, wenn sie wieder ein Relikt aus der alten Zeit entdecken, das die polnische Försterfrau in ihre Heimatkunde-Sammlung einbringt, denn diese soll im alten noch gut erhaltenen „Wolfsnest“ bleiben. Und weiter wachsen, was inzwischen auch mit Unterstützung der Ostpreußischen Familie geschieht, nachdem wir in Folge 16 über diese selbstgewählte Aufgabe der beiden Frauen berichteten. Wir hatten dazu ein Foto gebracht, das



Die Inschrift auf dem Grabstein ist noch erkennbar: „Hier ruht in Gott mein lieber Mann Georg Buttkus“ Bild: Bernd Dauskardt

dass er bald wieder in das Memelland fahren kann, denn das ist für ihn noch immer ein besonderes Erlebnis: Den Alten, dort noch fest Verwurzelten, zuhören zu können, wenn sie von der deutschen Zeit erzählen!

Auch für Frau **Karin Matray** sind alte Grabsteine und Kreuze ein sichtbares Zeugnis der persönlichen Vergangenheit – aber ihr Forschungsgebiet ist Masuren und da vor allem die Gegend um Arys, denn dort liegt das Dorf Gortzen, das für sie Heimat bedeutet. Und die ist weit entfernt von ihrem heutigen Wohnsitz, denn der liegt in Pouilly le Mondial in Frankreich. Aber Länder und Grenzen sind für sie kein Grund, nicht einmal im Jahr nach Masuren zu reisen und in die Welt ihrer Kinderjahre heimzukehren. Und dort ist sie nicht allein: Das deutsche Försterkind aus einige männliche Bewohner von Gortzen zeigt und etwa in den frühen 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts aufgenommen wurde. Einige Namen waren bekannt, bei anderen fehlte er, aber inzwischen hat Frau Matray durch die Veröffentlichung einige Auskünfte aus unserem Leserkreis erhalten, auch darüber haben wir kurz berichtet. Für die Heimatsammlung konnte sie allerhand beisteuern, was trotz Flucht und Kriegswirren gerettet wurde und sich noch immer im Familienbesitz befand, darunter einige Aufnahmen aus dem Forsthaus Wolfsnest, in dem Karin 1940 geboren wurde. Sie selber hat natürlich nur wenige Erinnerungen an ihre Kinderzeit in den masurischen Wäldern, aber die versucht sie durch ihre nun schon zehn Jahre lang dauernden Besuche aufzufrischen. Genauso lange währt bereits die Freundschaft zwischen ihr und Milka Jung. Gemeinsam versuchen sie die Geschichte versunkener Dörfer aufzuspüren und zu dokumentieren, und das nicht nur in ihrer Sammlung. Denn beide Frauen sind jetzt gemeinsam an die Öffentlichkeit getreten und haben die bisherigen Ergebnisse ihrer heimatkundlichen Forschungen vorgetragen. Davon berichtet nun Karin Matray für unsere Ostpreußische Familie:

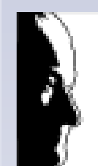
„Frau Milka Jung hat jetzt mit viel Energie und Liebe im Museum in Arys eine Ausstellung zu dem Thema gemacht: Verschwindende und verschwundene Dörfer – Gortzen (Gorzekaty) und Wolfsheide (Oszczywilki). Rundherum im ganzen Saal waren auf Tafeln Fotos mit erklärenden Texten über diese Dörfer und das Forsthaus Wolfsnest zu sehen. Es wurden alte Aufnahmen von Familien, Hochzeiten, Schulen, spielenden Kindern, vom Dorfleben wie von der Tierwelt gezeigt, und es fehlten auch nicht die Fotos von Friedhöfen. Ich bin zu dieser Ausstellung nach Masuren geflogen und wohnte ihr von Beginn an bei. Nachdem Milka die Ausstellung eröffnet hatte, bat sie mich, auch einige Worte zu sagen. Ich sprach davon, dass ich versuche, das zu sehen, was nicht mehr zu sehen ist und anhand von Dokumenten, Fotos und mündlichen Überlieferungen dieses wunderschöne Land, dieses Fleckchen Erde in Masuren, wieder lebendig zu machen. Hier lebten Menschen, die auch glücklich waren und die wir nicht vergessen sollten. Ich komme jedes Jahr in meine Kinderheimat zurück und schöpfe daraus meine Energie. Ich denke, dass Milka und ich den Gästen etwas von unserer immer sichtbarer werdenden Heimatkunde und unserer gemeinsamen Liebe zu diesem Flecken Erde übermitteln konnten.“

Das dürfte den beiden Frauen aus dem „Wolfsnest“ wohl gelungen sein. Erfreulich ist, dass auch andere Bewohner zu der Gestaltung der Ausstellung beigetragen haben wie der 93-jährige **Ulrich Czicky** aus Wolfsheide, der sogar noch ein Kinderbild besitzt, auf dem er mit anderen Kindern auf einer Bank sitzend die nackten Beine baumeln lässt. Das sind schon kleine Schätze, die von den beiden Frauen zusammengetragen wurden, und es werden nicht die letzten sein. Wir wünschen ihnen viel Erfolg beim weiteren Auffinden von Spuren aus der Vergangenheit und werden mit Sicherheit wieder von ihrer gemeinsamen Heimatarbeit hören. (Karin Matray, St. Cathrine, 390 Chemin de la Plaine, 69400 Pouilly le Monial, Frankreich.)

Aber nun wollen wir uns heiteren Dingen zuwenden, denn bald steht der 1. Advent vor der Türe, und da heißt es „O du fröhliche ...“ – und so ging es auch im alten Königsberg zu, der „liebsten, schönsten Stadt auf Erden“, wie es in einem Poem heißt, das uns Frau **Ute Eichler** aus Hamburg übersandte. Sie hatte es als Einlage in einem der alten Ostpreußenbücher entdeckt, mit dem sie Freunde aus München überraschten. Und dort hatte es wohl schon lange gelegen, denn die drei eng beschriebenen, gefalteten Schreibmaschinenseiten sahen bereits sehr mitgenommen aus, als hätten sie für viele Vorträge gedient. Dazu wären sie ja auch großartig geeignet gewesen, denn schon beim Lesen musste Frau Eichler herzlich lachen, weil der Verfasser einen fröhlichen Kneipenbummel durch das alte Königsberg beschrieb und aufgrund seiner ausgeprägten Lokalkenntnisse verriet, dass er ihn selber oft und gern unternommen hatte. Die „liebste, schönste Stadt auf Erden“ weist nämlich in dem ellenlangen, gekonnt gereimten Poem fast 50 bekannte Lokalitäten auf, die anderen werden namenlos und pauschal abgehandelt: „Krüge gibt es ohne Zahl, auch mit Kegelbahn und Saal, alle Naslang ein Lokal! Wer die Wahl hat, hat die Qual!“ Natürlich ergeben sich da für einen Nichtostpreußen einige Fragen, vor allem, was die Getränkekarte betrifft, und das war auch für Ute Eichler der eigentliche Grund, sich an mich als alte Königsbergerin zu wenden – allerdings konnte ich ihr da aus eigener Erfahrung nicht helfen, denn die meisten Gaststätten kannte ich nicht einmal mit Namen. Wie das „Strampelstübchen“, dass der Verfasser so besingt: „**Fritz Purblies** mit seinem Liebchen sitzt so gern im Strampelstübchen!“ Was war das für eine Lokalität, und wo lag sie? Leichter zu beantworten ist da schon die Frage von Frau Eichler, was für ein Getränk der „Koks“ war. Nun, nicht gerade ein edles, und es war auch nur was für hartgesottene Kehlen, denn wer kokste, nahm einen Schnaps zu sich, der aus Rum, Würfelzucker – und zwei Kaffeebohnen bestand! Die dritte Frage kann wohl jeder Königsberger beantworten: „Wofür steht die Abkürzung KCE? Der Verfasser gibt in seinem Poem schon selber die Antwort, denn er hat den alten Werbespruch der Königsberg–Cranzer Eisenbahngesellschaft übernommen: „Zu den Möwen an die See mit Samlandbahn und K.C.E.!“ Bleibt noch zum Schluss die Frage nach der Vita des Verfassers **Eberhard von Flottwell**, denn Frau Eichler möchte gerne etwas über ihn und die Entstehung des Poems mit dem Titel „So war' einmal in Königsberg“ wissen. Ich übrigens auch.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.



Bild: Pawlik

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Liegnitz ehrt Deutschen mit Auszeichnungsbenennung

Stadtpräsident rief Jürgen-Gretschel-Preis für Engagement im Dienste der Völkerverständigung und Pflege des Kulturerbes ins Leben

Der Stadtpräsident der niederschlesischen Großstadt Liegnitz [Legnica], Tadeusz Krzakowski, hat Anfang dieses Monats einen Ehrenpreis für besonderes Engagement im Dienste der Völkerverständigung und Pflege des Kulturerbes ins Leben gerufen. Zum Namenspatron wurde, was in der Republik Polen selten ist, ein Deutscher bestimmt. Auf diese Wese geehrt wurde der vergangenen Monat verstorbene langjährige Vorsitzende der örtlichen Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaft (DSKG) Jürgen Gretschel. Gretschel war kurz vor seinem plötzlichen Tod von den Liegnitzern zum beliebtesten Bürger der Stadt gewählt worden.

Der erste Jürgen-Gretschel-Preis wird im März 2018 vergeben, denn der Namensgeber ist am 7. März 1941 in Liegnitz geboren worden. „Es ist eine große Ehre für die Familie und zugleich Anerkennung für die deutsche Minderheit. Die Bevölkerung von Liegnitz ist nach dem Krieg ein Schmelztiegel vieler Nationen und Ethnien geworden, Polen waren anfangs in Liegnitz eine Minderheit. Bis heute leben bei uns Nachkommen von Russen, Ukrainern, Lemken, Juden, Griechen, Roma, Polen und Deutschen und mein Großvater hat all diese Minderheiten zusammengeführt“, so Damian Stefaniak, Gretschels Enkel.

Der 29-jährige Stefaniak ist Vater von drei Kindern, arbeitet im Marketing eines Verlags und hat den Vorsitz der DSKG übernommen. „Mein Großvater war ein bunter Vogel, allseits bekannt und beliebt, sprach außer Deutsch ein perfektes Polnisch und exzellentes Russisch, da er als Kind nach der Vertreibung im von Sowjets beschlagnahmten Villenviertel aufwuchs“, so Stefaniak.

Es ist nicht einfach für ihn, dauernd mit dem Großvater verglichen zu werden. Da er sich aber seit Langem in der Liegnitzer Kulturszene engagiert und vom Großvater zu den Veranstaltungen der DSKG mitgenommen wurde, schlägt sich der Germanist tapfer. Als Kind trat er in der polnischen Kindertanzgruppe Legnica auf, die dank Jürgen Gretschel in der alten deutschen Tracht Niederschlesiens auftritt, deutsche Lieder singt und alte schlesische Tänze wie die Schlesische Ecossaise, den Tüchlatanz oder den Jägerneuner pflegt. Zuletzt traten die „Legnica“-Kinder beim Heimattreffen der Schlesier in Hannover und beim Erntedankfest in Liegnitz auf, wo sie zum Beispiel das „Lied der Gugali“ zum 90. Jubiläum der Garten- und Gewerbeausstellung von 1927 in Liegnitz sangen.

> Im März 2018 wird der Preis erstmals vergeben

„Jürgen Gretschel hat ein europaweites Phänomen geschaffen, eine Gruppe zu gründen, in der sich die Mehrheitsvertreter für die Geschichte, Kultur und Traditionen einer Minderheit engagieren und helfen, diese am Leben zu halten“, so Artur Bialachowski, ein Liegnitzer Doktorand der Germanistik, der über Liegnitz publiziert, Stadtführungen macht und ebenfalls bei Gretschel „gelernt“ hat.

Es ist längst Tradition geworden, dass zum Liegnitzer Erntedankfest seitens der Stadt auch vertriebene Liegnitzer eingeladen werden. Diese werden wie dieses Jahr im Oktober ins Rathaus eingeladen und zum deutschen Friedhof begleitet, wo eine Gedenkfeier für ehemalige und heutige Liegnitzer abgehalten wird. „Mein Großvater weigerte sich, in den Nachkriegsjahren seinen deutschen Namen ins Polnische zu ändern nur damit er Karriere machen konnte. Er überzeugte die neuen Machthaber durch sein Wissen, Können und seine Offenheit. Und er war ein Lebemann, der durch sein Wesen die Menschen vereinnahmen konnte“, so Enkel Stefaniak, der dabei ist, ein Buch über seinen Großvater pünktlich zur Vergabe des ersten Jürgen-Gretschel-Preises herauszubringen. Neben dem bewegten Leben Jürgen Gretschels werden im Buch auch dessen wichtigsten Errungenschaften behandelt wie zum Beispiel die „Weihnacht der Völker“, bei der nach deutscher Tradition unter dem Adventskranz alle Minderheiten zusammenkommen. Und da Jürgen Gretschel ein leidenschaftlicher Koch war, wird die Publikation um seine Lieblingsrezepte schlesischer Spezialitäten ergänzt.

„Als Heimatforscher und Lokalpatriot wirkte Jürgen Gretschel mit seinem umfangreichen Wissen über die Geschichte der Region wie ein wandelndes Schlesien-Lexikon, wenn er in seiner originellen, kurzweiligen Art immer wieder Touristen durch seine Heimatstadt Liegnitz führte. Gleiches galt, wenn der bekennende Protestant Gretschel vor Reisegruppen, Vereinen oder auch in Schulen in freier Rede zum Thema Schlesien sprach. In vielen Interviews mit polnischen Zeitungen, Radio- und Fernsehsendern hat er immer wieder über die wechselvolle Geschichte seiner Heimat aufgeklärt. Sein Wissen um und sein Herzblut für Liegnitz und ganz Schlesien begeisterte die Menschen“, erinnert sich Bialachowski.

Chris W. Wagner



ZUM 99. GEBURTSTAG

Klein, Fritz, aus Friedlau, Kreis Elchniederung, am 28. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Gleich, Bruno, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 29. November

Völklein, Margarete, geb. **Gliemann**, aus Lyck, Hindenburgstraße 32, am 24. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Franke, Gertrud, geb. **Lemke**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 26. November

Laun, Hedwig, geb. **Ludwig**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 27. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Fladda, Willi, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, am 27. November

Nischik, Hedwig, geb. **Nowak**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 27. November

Schönland, Gertrud, geb. **Schories**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 25. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hardt, Waltraut, geb. **Willumeit-Schwark**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 24. November

Konietzko, Günter, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 27. November

Pohl, Hilda, geb. **Petz**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 30. November

Stankewitz, Lieselotte, geb. **Royla**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 29. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brüggemann, Hildegard, geb. **Kulschewski-Kantner**, aus Grabnick, Abbau, Kreis Lyck, am 25. November

Dangeleit, Otto, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 28. November

Peinert, Hedi, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 29. November

Schönicke, Käte, geb. **Westphal**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 30. November

Weckwerth, Eva-Maria, aus Walden, Kreis Lyck, am 24. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Auhage, Lieselotte, geb. **Ludwig**, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 29. November

Buhn, Edith, geb. **Zachau**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 29. November

Burba, Luise, geb. **Teschke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. November

Kalinowski, Gerda, geb. **Kozik**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 28. November

Krah, Herta, geb. **Petzke**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 28. November

Krupski, Herbert, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 27. November

Lehmann, Waltraut, geb. **Voigt**, aus Alt Sellen, Kreis Elchniederung, am 28. November

Rehberg, Christa, geb. **Kenneweg**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. November

Rogowski, Ernst, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 24. November

Schulz, Gerda, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 29. November

Seitz, Else, geb. **Szech**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 28. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Albrecht, Ella, aus Lyck, am 30. November

Batterfeld, Grete, geb. **Ficht**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 29. November

Beister, Robert, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 26. November

Göttsche, Christel, geb. **Samel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 25. November

Jelonnek, Erwin, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 25. November

Kahl, Charlotte, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 25. November

Konrad, Franz, aus Liebnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 30. November

Kowalewski, Helmut, aus Lyck, am 28. November

Meyer, Dr. Günter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. November

Mikoteit, Hildegard, geb. **Sadlowski**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 28. November

Redepenning, Erna, geb. **Braunsberg**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 28. November

Reichow, Elly, geb. **Bendul**, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 29. November

Skotzek, Lotte Erna, geb. **Leiding**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 30. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Dohmen, Gerda, geb. **Balzereit**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 25. November

Haedge, Just, aus Kownatken, Kreis Neidenburg, am 27. November

Kalinski, Elly, geb. **Rohmann**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg am 24. November

Karpowski, Herbert, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 30. November

Koeppen, Horst, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, am 26. November

Krämer, Hildegard, geb. **Gleich**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 29. November

Küster, Annaliese, geb. **Grabowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 29. November

Luttkus, Manfred, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 29. November

Pahlke, Hildegard, geb. **Rattay**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 30. November

Priebe, Heinz, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 26. November

Ruppel, Ruth, geb. **Schulz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. November

Wrobel, Anneliese, geb. **Braun**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 26. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Beckmann, Anneliese, geb. **Beba**, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 27. November

Bendszus, Ulrich, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 29. November

Bohlmann, Reinhold, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 30. November

Krogmann, Martha, geb. **Seidel**, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, am 16. November

Kunst, Ursula, geb. **Wieberneit**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 30. November

Mechler, Inge, geb. **Hanisch**, aus Haselberg, Kreis Schloßberg, am 22. November

Plennis, Traute, geb. **Wolter**, aus Monken, Kreis Lyck, am 28. November

Porepp, Hildegard, geb. **Helbing**, aus Groß Gottswalde, Kreis Mohrungen, am 29. November

Zink, Edith, aus Königsberg, am 24. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Blaurock, Heinz, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 25. November

Breidenbach, Helga, geb. **Warda**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 138, am 25. November

Brozio, Heinrich, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 26. November

Daniel, Reinhold, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 24. November

Fuchs, Edith, geb. **Nitschkowski**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 24. November

Gniffke, Werner, aus Schuchten, Kreis Treuburg, am 27. November

Grigo, Werner, aus Woinen, Kreis Johannisburg, am 29. November

Jordan, Maria, geb. **Klein**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 27. November

Klos, Irmgard, geb. **Schönfeld**, aus Guksen, Kreis Lyck, am 24. November

Kreklau, Hildegard, geb. **Schernat**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 27. November

Kuhr, Else, geb. **Klimaschweski**, aus Seligen, Kreis Lyck, und aus Babeck, Kreis Treuburg, am 30. November

Kusch, Grete, geb. **Butzko**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 28. November

Lange, Gerhard, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 27. November

Lankeit, Peter, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 30. November

Olschewski, Elfriede, geb. **Mozarski**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 29. Novem ber

Preuss, Wanda Hildegard, geb. **Böhnke**, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 24. November

Rutkowski, Fritz, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 29. November

Steiner, Ursula, geb. **Mulks**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 28. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bindert, Dieter, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. November

Borrmann, Martin, aus Norkitten, Kreis Wehlau, am 27. November

Esslun, Jürgen, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. November

Fischer, Ingrid, geb. **Kullak**, Schönhofen, Kreis Treuburg, am 28. November

Georg, Irmgard, geb. **Rhode**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 27. November

Hoffmann, Bruno, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 28. November

Jaksteit, Herbert , Pastor i.R., aus Mestellen, Kreis Heydekrug, am 30. November

Kleinknecht, Elli, geb. **Hochfeldt**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 27. November

Kuntoff, Brigitte, aus Kreisgruppe Mölln, am 27. November

Mensel, Waltraud, geb. **Will**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 26. November

Mikolaiczyk, Christel, geb. **Reschetzki**, aus Grunau, Neu-Streitswalde, Kreis Heiligenbeil, am 24. November

Neumann, Elvira, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 29. November

Ruhnau, Alfred, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 25. November

Schwan, Winrich, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 29. November

Sdunek, Helmut, aus Ortelsburg, am 27. November

Voges, Marianne, geb. **Scheidemann**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 29. November

Wissuwa, Horst, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 26. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Gröning, Jörg, aus Marienberg, am 24. November

Hübner, Udo, aus Wehlau, am 27. November

Offen, Ingeborg, geb. **Heysel**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 29. November

Peters, Anni, geb. **Andres**, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 28. November

Puchert, Fritz, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 30. November

Randtke, Anneliese, geb. **Schulz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. November

Käseberg, Elke, geb. **Mollenhauer**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. November

Lasarsch, Klaus, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 29. November

Stadie, Günter, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 26. November

Stober, Margot, geb. **Rautenberg**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 26. November

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BRAUNSBERG

Kreisvertreterin: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Tel.: (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de. Stellvertretender Kreisvertreter: Ferdinand Schrade. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Adventsfeier

Freitag, 1. Dezember, Hotel Handelshof, Telefon (0208) 30880, Friedrichstraße 15, 45468 Mülheim/Ruhr: Adventstreffen der Gruppe Bonn. Auskünfte bei der Kreisvertreterin Manuela Begett, Telefon (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de.

Carl Knauf

Lüneburg – Das Ostpreußische Landesmuseum zeigt bis zum 6. April die Ausstellung „Licht über Sand und Haff. Carl Knauf – Maler in Nidden“. Weitere Informationen unter Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de oder Telefon (04131) 759950, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Darmstadt: Sonnabend, 2. Dezember, ab 11 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Weihnachtsfeier. Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

Hamburg – Mittwoch, 6. Dezember, 12 Uhr, Veranstaltungsraum Empore, Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123-125: Vorweihnachtsfeier mit Liedern und Gedichten, Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de.

Köln: Mittwoch, 6. Dezember: Weihnachtsfeier. Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Sachsen: – Sonnabend, 9. Dezember, 12 Uhr, DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwickau: Weihnachtstreffen. Informationen bei Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Telefon (037296) 17661.

Thüringen – Sonnabend, 9. Dezember, 14 Uhr, Diakonissenmutterhaus, Karlsplatz 27-31, Eisenach: Weihnachtsfeier. Weitere Informationen erteilt Jürgen Böhlke, Dresdener Straße 5, 99817 Eisenach, Telefon (03691) 2 1 1 1 0 5 , E - M a i l : fjboehlke@gmail.com.

LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Zehn Jahre Heimatmuseum

Das Lötzener Heimatmuseum blickt zurück auf zehn Jahre Ausstellungs- und Veranstaltungsangebote in Neumünster – letzter Teil

Was dem Besucher nicht bewusst wird, was sich aber auf die Qualität des Angebotenen ausgewirkt hat und auswirkt, ist der kontinuierliche Lernprozess, der mit der Aneignung von Wissen begann, sich mit dem Sammeln von Erfahrungen fortsetzte und mit dem Anwenden von Neuem und Überdenken von Bewährtem bis heute anhält. Die Betreuer von Archiv und Heimatsammlung lernen von ihren Besuchern, lernen durch interessiertes Publikum, und vor allem die Fachleute der verschiedenen Wissenschaftsgebiete, mit denen zeitweiliger oder fortgesetzter Kontakt besteht, lassen Wissen und Kenntnisse wachsen. Das gilt in erster Linie für die Bereiche Kunst, Literatur, Geschichte, aber auch für Archivwesen, Archäologie, Familienforschung und anderes.

Die erste Doktorandin, die die Lötzener Einrichtung aufsuchte, war Arddun Hedydd Arwyn aus Wales (2010). Von der Universität Marburg kam Corinna Felsch, um über „Reisen in die Heimat zwischen 1960 und 1990“ zu forschen. Ihre Dissertation liegt vor. Mehrere Forschungsarbeiten polnischer (Nachwuchs-)Wissenschaftler konnten unterstützt werden.

Die Lötzener Gemeinschaft unterhält in ihrer Patenstadt Neumünster ein Kreisarchiv, einen Sammlungs- und Ausstellungsraum mit Angeboten, die in erster Linie Menschen zugute kommen, die in oder um Neumünster wohnen, die zum Teil aber auch Wege aus ganz Schleswig-Holstein, aus dem Hamburger Raum oder Niedersachsen zurücklegen.

Die Ausstellungen und Veranstaltungen sind eine Bereicherung des kulturellen Lebens unserer Patenstadt. Die Archivarbeit dagegen kommt Menschen in ganz Deutschland, zunehmend – dank Internet – auch Fragestellern in Polen und in etlichen anderen Ländern, nicht nur Europas, zugute. Eine Wertschätzung dessen, was durch die Kreisgemeinschaft Lötzen hier seit Jahren geleistet

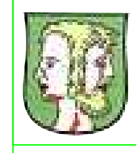
Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

wird, lässt in der Patenstadt auf sich warten.

Die Kreisgemeinschaft Lötzen bewirbt sich um Mittel zur Projektförderung bei der Kulturbehörde (Kulturbüro) ihrer Patenstadt Neumünster. *Ute Eichler*



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Ostpreußenreise im Juni 2018

Mit der Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee und dem Wuppertaler Reiseveranstalter Gerhard Scheer geht es vom 8. bis 17. Juni 2018 per Bus und Schiff für zehn Tage nach Ostpreußen.

Hier das Programm:

1. Tag: Fahrt im Luxusreisebus ab Wuppertal über Hannover und Hamburg nach Kiel. Gegen 17 Uhr gehen Sie an Bord der Fähre. Abendessen an Bord.

2. Tag: Nach dem Frühstücks-Buffet und entspannten Stunden an Bord kommt nachmittags die Kurische Nehrung in Sicht. Ankunft im Hafen von Memel ist um 16.30 Uhr. Dann: Busfahrt auf die Kurische Nehrung. Über Schwarzort mit alten Fischerhäuschen und dem Skulpturenpark erreichen Sie den Hauptort Nidden mit der großen Wanderdüne und seinem weitem Blick übers Kurische Haff, die Sandflächen der Nehrung und die Ostsee. Anschließend geht es vom Thomas-Mann-Haus aus zum Abendessen ins Hotel.

3. Tag: Stadtrundfahrt durch Memel zum Theaterplatz mit dem Simon-Dach-Brunnen und der „Ännchen von Tharau". Anschließend fahren Sie durch das Memelland. Es geht über Heydekrug, Pogegen, mit Fotostopp an der Luisenbrücke vor Tilsit, zum mythischen Rombinus Park. In Jurbakas überqueren Sie die Memel (nordöstlichster Grenzverlauf) und fahren nach Kurdios-Naumestis, der Schwesterstadt von Schirwindt. Später erreichen Sie das Hotel in Marijampole an der Scheschuppe.

4. Tag: Fahrt nach Wystiten mit Blick über den See nach Nord-Ostpreußen. Dann führt die Tour nach Polen/Wizajny zum Drei-Ländereck. Desweiteren sehen Sie den Ort Szittkehmen. Von dort führt die Reise durch den Suwalki-Landschaftspark und durch Suwalki mit Fotostopp in Treuburg zum Hotel nach Lyck.

5. Tag: Programmgestaltung durch die Kreisgemeinschaft, Besuch beim Landrat, Fahrt zur Kruttinna.

6. Tag: Fahrt durch den Kreis und gemütliches Zusammensein am Wasserturm.

7. Tag: Gestaltung durch die Kreisgemeinschaft oder zur freien Verfügung, zum Beispiel für einen Besuch der Heimatorte mit Taxen.

8. Tag: Fahrt über Allenstein, Osterode, und Elbing zum Oberlandkanal. Nach etwa zweistündiger Fahrt erreichen Sie das Hotel in Danzig.

9. Tag: Besuch der Kathedrale in Oliva mit Orgelkonzert und Fahrt über Karhaus über die Kaschubische Seenplatte und quer durch Pommern zur ehemaligen pommerschen Hauptstadt Stettin mit kleiner Stadtrundfahrt.

10. Tag: Nach dem Frühstücksbuffet beginnt die Heimreise über die A20 Richtung Hamburg. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 30 Personen. Programmänderungen bleiben vorbehalten. Weitere Informationen: Scheer-Reisen, Leonhardstraße 26, Telefon (0202) 500077, 42281 Wuppertal, Internet: www.scheer-reisen.de, E-Mail: info@scheer-reisen.de.



RÖSSEL

Kreisvertreter (komm.): Paul Thiel, Haydnstraße 23, 66333 Völklingen, Telefon (06898) 25327. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Tag der offenen Tür

Neuss – Freitag, 7. Dezember, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Neuss: Tag der offenen Tür.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Die Kreisgruppe der Ostpreußen, Westpreußen und Pommern führte die alle zwei Jahre stattfindende Generalversammlung mit Wahlen und Ehrungen in der Pfarrscheune in Hainstadt durch. Die Vorsitzende Rosemarie Sieglinde Winkler begrüßte mit einem Herbstgedicht Mitglieder und Gäste. Das anschließende Totengedenken wies leider den Verlust vieler Mitglieder auf, die schwer zu schließende Lücken hinterließen.

Danach las die Schriftführerin Maria Hendlein den Jahresbericht von 2016 vor. Dabei betonte sie, dass die 1. Vorsitzende stets ein interessantes und vielseitiges Jahresprogramm erarbeiten würde, und sprach hierfür den Dank der Gruppe aus.

Es wurden neben der Ausstellung „Schloß Lekow" Fahrten nach Warschau und Krakau, Bad Nenndorf, zur „Blauen Mühle" in Mudau und eine Kutschfahrt zum Märzenbrünnlein unternommen. Daneben fanden Vorträge einer ehemaligen Gutsbesitzerin aus Ostpreußen statt, ein Bericht über „Dorfgeschichten aus Masuren" von Helene Staffeldt wurde gehalten, auch gab es ein Osterkringel- und ein Grützwurstessen. Eine Ferienwoche in Pfronten fand großen Anklang.

Das Programm von 2017 verlas die 1. Vorsitzende: ein gemütlicher Nachmittag unter dem Motto „der Winter ist ein rechter Mann", eine fröhliche Runde in der Krumbacher Hütte, ein Vortrag über Sibylle von Olfers, die Mutter der „Wurzelkinder", ein Muttertags-Kaffee in Mudau und ein Firmenbesuch bei der Schreinerei Häfner sowie Fahrten zur „Heinz-Sielmann-Stiftung" in Duderstadt, nach Ostpreußen und zu Ferientagen im Voralpenland erfreuten sich großer Beliebtheit.

Herausragend war die Mitwirkung der Kreisgruppe an der Sanierung der Vertriebenen-Gedenkstätte auf dem Friedhof in Hainstadt, der sich eine würdige Gedenkfeier anschloss.

Danach folgte der Kassenbericht von Kassenwartin Gebriele Stobbe. Die Kassenprüfer Gabriele Ringeisen und Irmgard Hebenstreit bestätigten ihr eine gute und korrekte Kassenführung. Wahlleiter Georg A. Winkler führte die Entlastung und die Neuwahlen durch, die eine einstimmige Bestätigung der bisherigen Funktionsträger ergaben: 1. Vorsitzende Rosemarie S. Winkler, 2. Vorsitzende Erika Müller, Kassenwartin Gabriele Stobbe, Schriftführerin Maria Hendleine und die Beisitzer Margot Breuer, Ursula Firtzlaff, Gisela Günther, Irmgard Hauck, Iris Kohout, Hannelore Lawrenz, Elisabeth Rathmann und neu: Eva-Katharina Kohout. Vorsitzende Rosemarie S. Winkler dankte ihrem Vorstands-Team für die harmonische Zusammenarbeit.

Geehrt wurden für langjährige Mitgliedschaft: für 25 Jahre Helene Staffeldt, Anne-Kathrin Gotthelf – für 20 Jahre Helga Hemberger, Elisabeth Grübl, Erika Schwab, Hildegard Rickert, Erika und Horst Gilde – für 15 Jahre Lieselotte Sahr, Margot Breuer, Eckhardt und Gisela Stüwe sowie für zehn Jahre Hannelore Lawrenz, Luise Hosenseidl, Anne Lüft, Hiltrud Moske.

Nach einer musikalischen Einlage mit Heinz Duda konnten sich die Teilnehmer an dem köstlichen Heimatgericht „Schmandhering" laben.

Einen wichtigen Programmteil bildete der Vortrag von Brigitte Trennepohl aus Osnabrück, die aus dem Buch „Das Wiegenlied der Wolfskinder" von Johanna Elsworth vorlas und aus ihrem eigenen Erleben als Zeitzeugin berichtete: „Begonnen hatte alles mit der Flucht aus Ostpreußen im Winter 1944/45. Das Ziel war Berlin, aber sie wurden unterwegs von der russischen Front überrollt.

Auf einem verlassenen Gehöft, wo es noch reichlich zurückgelassene Vorräte gab, überstand die Familie mit anderen Flüchtlingen die letzten Kriegswochen. Danach regierten eisige Kälte und grausamer Hunger. Die Bettelfahrten nach Litauen begannen! Meist durch die Kinder, die auf Eisenbahnzüge aufsprangen und so nach Litauen gelangten. Als eine Freundin mit etwas Lebensmitteln im Rucksack zurückkehrte, fand sie ihre Mutter tot auf dem Feld liegend. Es wurde ihr gesagt, dass sie erschossen worden sei, als sie vor der Verschleppung nach Sibirien fliehen wollte. So nahm sie ihren kleinen, kranken Bruder an die Hand, und es begann der leidvolle Weg zweier „Wolfskinder". Eines Tages verloren sich die Geschwister, trafen aber nach vielen erlebten Abenteuern wieder zusammen. Obwohl es den Litauern streng verboten war, deutsche Kinder aufzunehmen, hatten sehr viele ein Herz für die verwaisten hungrigen Kinder. Viele „Wolfskinder" blieben in Litauen, erhielten aber eine neue Identität."

Nur durch die große Hilfsbereitschaft der Litauer wurden die unzähligen ostpreußischen Kinder gerettet. Dafür möchte Brigitte Trennepohl mit ihren Erinnerungen den Litauern ein Denkmal des Dankes setzen. *Rosemarie Sieglinde Winkler*



Buchen: Langjährige Mitglieder werden geehrt Bild: privat



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 24. November, 19 Uhr, Saal, Hotel Gasthof „Krone", Gunzenhausen: Heimatliches Essen „Königsberger Klopse", anschließend Reisebericht aus Pommern, Ost- und Westpreußen mit Bildern.

Landshut – Freitag, 8. Dezember, Abfahrt: 15.30 Uhr, Marktplatz Ergolding, Rosenhof: Christkindlmarkt Höfen.

Nürnberg – Sonntag, 3. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Langwasser (Ende der U1 gegenüber): Adventsfeier.



BERLIN

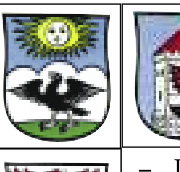
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

FRAUENGRUPPE



Donnerstag, 14. Dezember, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117: Weihnachtsfeier. Anfragen an Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN

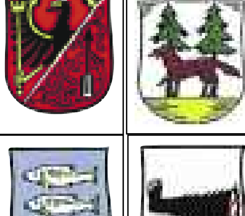




Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 30. November, 14 Uhr, „Oase Amera", Borussiastraße 62: Vorweihnachtliche Feier. Anfragen beantwortet Marianne Becker, Telefon (030) 77123.



Bartenstein – Anfragen beantwortet Landsmännin Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



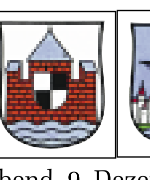

Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 12. Dezember, 13 Uhr, Restaurant „Muna", Albrechtstraße 52: Adventsfeier. Anfragen für Gumbinnen an Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg an Andreas Maziul (030) 5429917, für Lötzen an Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



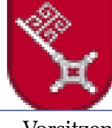
Heilsberg, Rößel – Sonnabend, 2. Dezember, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus", Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Adventsfeier. Anfragen an Erika Hackbrath, Telefon (033762) 40137 oder Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



Rastenburg – Sonntag, 10. Dezember, 15 Uhr, Restaurant „Stammhaus", Rohrdamm 24 B: Weihnachtsfeier. Anfragen an Martina Sontag, Telefon (033232) 1888.




Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 9. Dezember, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102: Treffen. Anfragen an Barbara Fischer, Telefon 6041054.



BREMEN

Vorsitzender: Jörg Schulz, Telefon (04296) 747701, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176.

Bremen – Samstag, 2. Dezember, 15 Uhr, Atlantic-Hotel beim Bremer Flughafen: Adventsfeier. Die Andacht hält Wilhelm Tacke, Vorsitzender des „Vereins für Niedersächsisches Volkstum, Bremer Heimatbund", dessen korporatives Mitglied wir sind. Die Gestaltung der musikalischen Umrahmung erfolgt durch das Ehepaar Bielski. Wir möchten mit Ihnen wieder harmonisch und besinnlich zusammenkommen, gemeinsam Lieder singen und uns an weihnachtlich heimatlichen Geschichten erfreuen. Die Kosten der Kaffeetafel betragen wie im Vorjahr zehn Euro pro Person. Ihre Anmeldung in der Geschäftsstelle ist unbedingt erforderlich und wird ab sofort erbeten.

Bremerhaven – Am 20. Oktober feierte die Landsmannschaft Ost-/Westpreußen und Heimatkreis Elbing in Bremerhaven ihr 91. Stiftungsfest in Form eines Heimatnachmittags im Ernst-Barlach-Haus am Holzhafen. Die Vorsitzende Marita Jachens-Paul konnte 14 Mitglieder begrüßen, außerdem als Gast eine Dame, gebürtig aus Thorn in Westpreußen mit familiären Wurzeln nach Bessarabien. Diese stellte sich im Laufe des Kulturnachmittags mit einem Sologesang „Ein Lied aus Bessarabien", der Heimat ihrer Vorfahren, vor.

Marita Jachens-Paul hielt einen Rückblick mit allen Höhen und Tiefen auf 91 Jahre „Verein der heimattreuen Ostpreußen" – so hieß der Verein bei der Gründung am 13. Oktober 1926 in den damaligen „Unterweserorten", bis er nach dem Zweiten Weltkrieg eine „Landsmannschaft" wurde.

Als 1954 die Seestadt Bremerhaven eine Patenschaft mit der westpreußischen Industriestadt Elbing abschloss, wurde dieses Ereignis bei der Landsmannschaft durch den Zusatz „und Heimatkreis Elbing" gewürdigt und der Vereinsname entsprechend geändert. Sie berichtete weiter über Einzelheiten ihrer Familiengeschichte: Seit Mitte der 1960er Jahre nahmen Mitglieder ihrer Familie am organisatorischen und gesellschaftlichen Leben der Landmannschaft in Bremerhaven an führender Stelle teil. 1983 wurde ihr Vater Heinrich Jachens zum 1. Vorsitzenden gewählt. Ihren Mann löste 1994 Lore Jachens, Maritas Mutter, als Vorsitzende ab. Nach ihrem plötzlichen Tod 1998 wurde sie selbst 1999 als dritte Jachens die 1. Vorsitzende und ist es bis heute.

Die nächsten Termine neben den „normalen" Kulturnachmittagen der Landsmannschaft, meistens am dritten Freitag im Monat, im Dezember ausnahmsweise vorgezogen schon am 15. Dezember, waren die Gedenkstunde des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in der Kapelle Friedhof Geestemünde am 19. November sowie die Andacht aller ostdeutschen Landsmannschaften in der Kapelle Friedhof Geestemünde am 26. November mit anschließender Kranzniederlegung am Heimatkreuz des BdV zu Ehren aller verstorbenen Flüchtlinge und Vertriebenen aus Ostdeutschland am Ende des Zweiten Weltkriegs und danach.

Die beiden Hymnen Ost- und Westpreußens: „Land der dunklen Wälder" und „Westpreußen, mein lieb' Heimatland" beendeten das besinnliche 91. Stiftungsfest mit dem Dank der Vorsitzenden an allen für ihr Kommen und die Mitarbeit. *Barbara Sandmann*

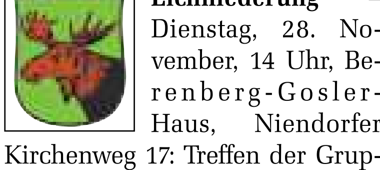


HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, 25. November, 14 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, „New Living Home", Julius-Vosseler-Straße 40: Vorweihnachtliche Feier. Es gibt ein Stück Torte und ein Stück Butterkuchen plus Kaffee satt für neun Euro pro Person. Es erwartet Sie der „Chor-Abendklang" von Frau Berschin. Anmeldung bitte bei Elisabeth Sierich, Telefon (040) 7326861. – Montag, 27. November, 11 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, nahe der Haltestellen Stadthausbrücke, Rödingsmarkt oder Michaeliskirche: Stunde der Begegnung der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften.

KREISGRUPPEN



Elchniederung – Dienstag, 28. November, 14 Uhr, Berenberg-Gosler-Haus, Niendorfer Kirchenweg 17: Treffen der Gruppe zu einem Nachmittag in Erinnerung an die Adventszeit in der Heimat mit Erzählungen, gemeinsamem Singen und der dazugehörenden Kaffeetafel. Bitte bringen Sie ein Julklap-Päckchen mit. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Auskunft bei Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.



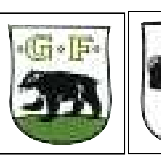
Heiligenbeil – Sonnabend, 2. Dezember, 14 Uhr, AWO Seniorentreff, 1. Etage, Stadtteilhaus „Horner Freiheit", Am Gojenboom 46: Weihnachtsfeier. Die Mitglieder der Gruppe wollen bei Kaffee und Kuchen in geselliger Runde, gemeinsam mit Freunden und Gästen der Kreisgruppe Heiligenbeil, einige besinnliche Stunden verbringen und mit Geschichten aus der Heimat auf die Advent- und Weihnachtszeit einstimmen. Sie erreichen den AWO Seniorentreff mit der U2 Richtung Mümmelmannsberg, oder U4 Richtung Billstedt, beides bis Horner Rennbahn, hier den Ausgang, „Am Gojenboom" benutzen, direkt daneben ist das Stadtteilhaus „Horner Freiheit", für Rollatoren- und Rollstuhlfahrer, gibt es auch einen Fahrstuhl, der zum Einkaufszentrum hinauffährt, hier sind es dann aber einige Minuten Fuß-

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

weg, bis zum Stadtteilhaus. Anmeldung bis zum 1. Dezember bei Konrad Wien, Telefon (040) 32049041, Kostenbeitrag für Kuchen und Kaffee fünf Euro.

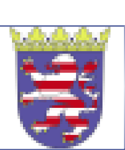
Konrad Wien




Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Osterode – Sonnabend, 2. Dezember, 14 Uhr, Magnolienzimmer, Restaurant „Riebeling", Fuhlsbüttler Straße 755: Weihnachtsfeier. Das Restaurant liegt direkt am U- und S-Bahnhof Ohlsdorf. Wir beginnen mit einer gemeinsamen Kaffeetafel und singen weihnachtliche Lieder und hören heimatliche Erzählungen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Dillenburg – Bei der letzten Monatsversammlung besuchte die Kreisgruppe die Autobahnkirche an der A 45 bei Wilnsdorf. Herr Michael Kahm vom Förderverein Autobahnkirche Siegerland zeigte und erklärte der Gruppe die Kirche. Autobahnkirchen sollen die Vorbeifahrenden einladen, eine Pause einzulegen, sie sollen Rast für Leib und Seele bieten. Darum sind sie oft rund um die Uhr geöffnet. Das gilt auch für die Kirche an der A 45. Man sieht ihre zwei Türmchen, wenn man auf der Autobahn von Siegen Richtung Gießen kommt. Diese Kirche gibt es seit 2013. Sie wird durchschnittlich von 2000 bis 6000 Menschen im Monat aufgesucht. Das Grundstück auf dem Autohof wurde von der Gemeinde Wilnsdorf gestiftet. Die Kirche ist ganz in Weiß gehalten, nur der Innenraum wird von Bögen aus hellem Holz gestaltet. Aus dem gleichen Holz sind Pult und Sitzhocker. Es gibt keine Fenster, das Tageslicht fällt durch je eine gläserne Seitenwand der Türme. Die ganze Fülle des Lichts sammelt sich am Altar mit dem großen weißen Holzkreuz. Das Ganze ist sehr beeindruckend. Es gibt inzwischen in Deutschland 44 Autobahnkirchen, die im Siegerland an der A 45 ist die Nr. 40. Einige Kirchen wurden speziell an der Autobahn gebaut; es gibt aber auch welche, die entweder Pfarrkirchen im Ort waren oder es heute sogar noch sind, zusätzlich zu ihrer Aufgabe als Autobahnkirche. Jeden Freitag um 18 Uhr findet eine Wochenendandacht statt, die immer gut besucht ist. Im Übrigen bietet die Kirche kulturelle Veranstaltungen wie kleine Konzerte an. Die Kirche ist überkonfessionell. Selbst muslimische Fernfahrer nutzen sie, um zu entspannen. Die weiße Kirche an der Autobahn ist so eindrucksvoll, dass sie beziehungsweise der Architekt Schumacher bereits mehrere Architekturpreise gewonnen hat.

Wir alle empfanden den Aufenthalt in dieser Kirche als sehr entspannend. Zum Abschluss sangen alle gemeinsam noch „Großer Gott, wir loben dich", bevor es zum Kaffeetrinken im Restaurant am Autohof ging.

Ingrid Nowakiewitsch



Dillenburg: Besuch der Autobahnkirche an der A 45 Bild: Balschun

Dillenburg: Die Autobahnkirche an der A 45 Bild: Balschun

Am 27. September fand eine gemeinsame Sitzung der Kreisgruppe Dillenburg und des Kulturstammtisches der Freunde Ostpreußens des BDV im Café Ekstein in Dillenburg statt. Nach dem Kaffeetrinken zeigte der Herborner Globetrotter Wolfgang Post einen Bildbericht auf der Kurischen Nehrung im Sommer 2015. Mit dem Schiff fuhr er zunächst von Kiel nach Memel. Memel war bis 1945 die nördlichste Stadt im Deutschen Reich. Dort besuchte er all die Orte, die an die deutsche Zeit erinnern, zum Beispiel das alte Postamt und den Ännchen-von-Tharau-Brunnen am Marktplatz. Am 10. Juli nahm er die Fähre zur Kurischen Nehrung. Die Nehrung ist eine zirka 100 Kilometer lange Landzunge zwischen Ostsee und Kurischem Haff. Mit Fahrrad und „Affen" auf dem Rücken wanderte er bis Nidden. Übernachtet wurde in einer der typischen Bratfischpensionen, auch billig gegessen. Am Hexen- oder Johannisberg bewunderte er die aus Holz geschnitzten Sagen- und Märchengestalten und nahm auch am Deutschen Gottesdienst teil. In Nidden feierte man gerade das 19. Internationale Thomas-Mann-Festival. Thomas Mann hatte ja in Nidden ein Ferienhaus. Der „Italienblick" aus seinem Arbeitszimmer ist weltbekannt. Auf dem Radwanderweg am Haff entlang begegnete ihm ein junger Elch. Außerdem sah er Wildschweine und ein Schreiadlerpaar. In der Ostsee gebadet hat er nicht, dazu war es zu stürmisch und das Wasser war ihm zu kalt. Auf der Nehrung befindet sich auch die Vogelwarte. Dort werden Zugvögel in großen Netzen gefangen und beringt. Untermalt wurde der Vortrag von Wolfgang Post von gemeinsam gesungenen Liedern („Ännchen von Tharau" und „Zogen einst fünf wilde Schwäne".) Eine Dame las das Gedicht „Abends treten Elche aus den Dünen, ziehen von der Palwe an den Strand" vor. Am Ende seiner Wanderfahrt am Kurischen Haff fuhr Wolfgang Post mit dem Bus nach Liebau. Dort war am Ende des Zweiten Weltkrieges die Kurland-Armee stationiert, durch deren heldenhaften Einsatz es so vielen Flüchtlingen gelang, noch über See nach Westen zu gelangen. Von Liebau aus fuhr Post dann mit der Fähre zurück nach Travemünde.

Besonders beeindruckend waren für ihn immer wieder die Sonnenauf- und -untergänge an Haff und Ostsee.

Wolfgang Post erhielt für seinen Vortrag lebhaften Applaus, bevor der Nachmittag mit den gemeinsam gesungenen Liedern „Kein schöner Land" und dem Ostpreußenlied schloss.

Ingrid Nowakiewitsch

Wetzlar – *Vortrag von Roland Virnich bei der Kreisgruppe Wetzlar „Preußische Ostbahn"*

Die preußische Ostbahn galt als einer der bedeutendsten Teile der Preußischen Staatseisenbahnen. Ab März 1880 umfasste sie ein Streckennetz von insgesamt 2210 Kilometer. Darauf wies Roland Virnich in einem historischen Vortrag vor der Kreisgruppe Wetzlar der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen hin.

Zu dem gut besuchten Abend konnte der Vorsitzende Kuno Kutz auch Ulrich Bonk begrüßen, den Vorsitzenden der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Hessen und Bundesvorsitzenden der Westpreußen.

Die Ostbahn, so Virnich, verband die östlichen preußischen Provinzen Brandenburg, Pommern, Posen, Westpreußen und Ostpreußen mit Berlin. Begonnen hatten die Planungen zum Ausbau 40 Jahre früher. Die preußische Armee wollte aus strategischen Gründen eine Eisenbahnverbindung bis zur russischen Grenze. Aber auch wirtschaftlich hatte die Strecke Bedeutung. Die Ostbahn führte zur Erschließung der strukturschwachen pommerschen und ostpreußischen Gebiete. 1845 nahm König Friedrich Wilhelm IV. die Vorarbeiten in die Hand, da es kaum private Interessenten gab. Allerdings verweigerten die Landtagsabgeordneten dem König die Zustimmung zur Kreditaufnahme, sodass der Bau gleich wieder eingestellt werden musste. Erst die Märzrevolution 1848/1849 und die Berufung des Bankiers August Freiherr von der Heydt zum preußischen Handelsminister, zuständig auch für die Eisenbahnen, brachten Bewegung in die Sache.

Bei Baubeginn stand bereits die 1848 fertiggestellte Strecke Stargard-Posen der privaten Stargard-Posener Eisenbahn-Gesellschaft. Von Königsberg aus wurde ab 1860 die Strecke nach Insterburg über Gumbinnen, Trakehnen und Stallupönen und weiter über Eydtkuhnen zur Reichsgrenze gebaut. An der gegenüberliegenden Grenzstation Wirballen erfolgte das Umsteigen und Umladen, später für

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Der ewige Wald?

Jagd und Jäger in Ostpreußen, Teil V

Anlässlich der Gedenkveranstaltung zur Gründung des Ostpreußischen Jagdmuseums vor 60 Jahren (siehe *PAZ* 43, Seite 19) konnte auch Horst F. Buschalsky für einen Vortrag gewonnen werden. Der Leitende Forstdirektor, der im niedersächsischen Landwirtschaftsministerium das Referat für Forstpolitik, Jagd und Holzwirtschaft leitet, sprach über „Jagd und Jäger in Ostpreußen – einst und heute". Die *PAZ* veröffentlicht seinen Beitrag in mehreren Teilen. Lesen sie hier den fünften und letzten Teil.

Der Kaiser erlegte von seinen insgesamt in seinem Leben gestreckten 2133 Hirschen 311 in der Rominter Heide. Viele, heute noch vorhandene Gedenksteine, erinnern daran. Er ließ am Ufer der Rominte ein Jagdschloss bauen, das im nordischen Blockhausstil in Norwegen gefertigt wurde. Mit der Hubertuskapelle und dem von Professor Friese geschaffenen Hirschmonument sowie den im gleichen Stil nach und nach gebauten Förstereien, Schul- und anderen Wirtschaftsgebäuden wurde das „Jagdhaus Rominten" zu einem beliebten Ausflugziel in Ostpreußen.

Anders wurde das, als der sogenannte „Reichsjägermeister" die Rominter Heide für sich reklamierte. 1936 ließ er sich ein eigenes Jagdhaus, den „Reichsjägerhof" bauen. Die Rominter Heide wurde Staatsjagdrevier und Oberforstmeister Walter Frevert zum Leiter des Reviers bestellt. Zum ersten Mal wurde die Rominter Heide zum Sperrgebiet erklärt und der öffentliche Besucherverkehr verboten.

Der sogenannte „Reichsjägermeister" behielt sich den Abschuss der hochkapitalen und kapitalen Hirsche selber vor. Er war besessen von dem Gedanken, hier den stärksten Hirsch der Welt zu erlegen. Im Jahr 1942 gelang ihm das mit der Erlegung eines viel zu jungen Hirsches, der den Namen „Matador" erhielt.

Das Ende des Zweiten Weltkriegs brachte auch hier das Ende des besonderen Wald- und Wildgebietes mit sich. Wild- und Holzbestände fielen gnadenloser Ausplünderung anheim. Zudem wurde die Heide in einen russischen und einen polnischen Bewirtschaftungsraum geteilt, getrennt durch eine innerostpreußische russisch-polnische Grenzlinie.

Seit 1991, der Öffnung weiter Teile Nordostpreußens, ist auch der Hauptteil der Rominter Heide wieder für Deutsche und Ausländer zugänglich. Im südlichen polnischen Teil war das schon vorher möglich. Es kann und darf wie im Elchwald auch die Jagd wieder ausgeübt werden. Und das Rotwild, welches dort heutzutage anzutreffen ist, hat zum Teil immer noch beachtliche Ausmaße.

Einige wenige deutsche Jäger jagen auch bis heute in der nördlichen Rominter Heide. So fielen zum Beispiel von 1992 bis 1995 einige gute Kapitel- und Abschusshirsche. Darunter auch wirklich alte und starke. Einen der stärksten Nachkriegshirsche in Rominten erlegte ein Revierförster aus Westdeutschland, die Trophäe wurde ihm allerdings vorenthalten und später gegen Devisen nach Amerika verkauft.

Der Schweizer Forst- und Jagdhistoriker Dr. Andreas Gautschi, der nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs" seinen Wohnsitz in die Rominter Heide verlegte – er wohnt heute in Szittkehmen (Wehrkirchen), resümiert in seinem Buch „Rominten – Gestern und Heute": „Als Rest der Großen Wildnis blieb einst die Rominter Heide erhalten und wurde zur Heimat einer einzigartigen Rotwildpopulation, an deren Hege Generationen der besten hirschgerechten Jäger und Förster beteiligt waren. Der schreckliche Krieg setzte dem ein Ende. Heute, 70 Jahre danach, ist die Rominter Heide größer geworden, ein ausgedehnter, einsamer Naturraum ist entstanden, der stellenweise den Charakter der ursprünglichen Wildnis wieder angenommen hat. Eine Wertung vorzunehmen ist schwierig. Polnische und russische Förster werden wie der unbefangene Naturliebhaber zu anderen Schlüssen gelangen als der Deutsche, dem die Heide Heimat war. Jener findet, was von der Stätte seiner Geburt übrigblieb, vielleicht auch die Gräber seiner Vorfahren, von Moos bedeckt, von hohen Bäumen überwachsen. Über den Ruinen rauscht der ewige Wald. Das ist das Schicksal der verlorenen Heimat.

Die quer durch die Rominter Heide verlaufende Grenze ist schmerzlich. Niemand kann wissen, wie lange dieser Zustand andauern wird. Alles hängt davon ab, was politisch weiter geschieht. Es besteht der Wunsch, dass an diesem geschichtsträchtigen Ort, wo sich seit jeher verschiedene Kultureinflüsse zu einem harmonischen Ganzen zusammenfanden, dereinst wieder etwas Gemeinsames geschaffen werden kann. Es müssen in Europa künftig Zustände herrschen, die den guten Seiten der menschlichen Natur und den kulturellen Traditionen des Abendlandes würdig sind."

Aus der Geschichte der Rominter Heide gibt es ein Beispiel, welches diese Denkweise anschaulich untermauert und zeigt, dass menschliches Für- und Miteinander Grenzen überwinden kann und Vertrauen schafft. Letzteres benötigen wir heut mehr denn je.

Als 1898 die russisch-litauische Grenzstadt Wystitten abbrannte, erfuhr dieses durch den Nassawer Revierverwalter, Oberförster von Saint Paul auch der Kaiser in Berlin. Er überwies dem Forstmeister eine nicht geringe Summe mit dem Auftrag, damit die erste Not der Bewohner zu lindern. Der „Heilige Paul", wie er genannt wurde, fuhr mit seiner Wirtschafterin Lene und den Forstangestellten mit zehn großen Wagen, vollbepackt mit Kleidungsstücken, zur russischen Grenze. Die Sperre fiel, da er dort allgemein bekannt war. Der Tross fuhr auf den Marktplatz der verbrannten Stadt, wo er mit großem „Hallo" empfangen wurde.

Im Herbst kam Kaiser Wilhelm II. zur Pirsch nach Rominten und wollte sich dabei das neu erbaute Wystitten ansehen. Forstmeister von Saint Paul auf seiner Fuchsstute war der Anführer, der Kaiser in russischer Generalsuniform folgte, die Grenzposten salutierten, die Sperre fiel, und dann ging es auf den Marktplatz, wo die Bevölkerung in Jubel ausbrach, als sie den deutschen Kaiser erkannte.

Das Vertrauen, die Vernunft und die Unkompliziertheit, die aus diesem Ereignis sprechen, geben ein Beispiel für das ferne Ziel aller Bemühungen, die auch heutzutage aufgebracht werden müssen. Ganz im Sinne der Aussage des dänischen Theologen und Philosophen Sören Kirkegaard: „Das Leben wird vorwärts gelebt und rückwärts verstanden".

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

durchgehende Züge die Spurweitenumstellung der Wagen auf die Breitspurgleise der Russischen Eisenbahn.

Das Güterverkehrsaufkommen überstieg die prognostizierten Mengen um ein Vielfaches. Hauptsächlich waren es landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Vieh, Getreide und Gemüse. Die häufig niedrigen Wasserstände der Flüsse Oder, Weichsel und Warthe oder deren Einfrieren in den Wintermonaten sorgten für eine regelmäßige Belebung des Güterverkehres der Ostbahn.

Die Ostbahn wurde selbst zu einem wesentlichen Wirtschaftsfaktor. Bedeutsam war für die damalige Zeit mit der herrschenden Wirtschaftskrise, dass mit dem Bau der Ostbahn in großem Umfang Arbeitsplätze geschaffen wurden. So waren im Juni 1851 auf dem Höhepunkt der Entwicklung 12 000 Arbeiter beim Streckenbau beschäftigt. 1880 umfasste ihr Fahrzeugbestand unter anderem 265 Personen- und Schnellzugloks, 320 Güterzugloks sowie 93 Tenderlokomotiven.

Durch den Bedarf der Ostbahn etablierte sich eine einheimische Eisenbahnindustrie. Verkehrsmäßig war die Hauptstrecke der Ostbahn seinerzeit eine der wichtigsten Eisenbahnwege Europas und eine der Hauptachsen des Ost-West-Verkehrs. Durch den Ausbau mit Hauptbahnen und Nebenbahnen wuchs das Netz bis 1895 auf 4833 Streckenkilometer. Am 22. Januar 1945 fuhr der letzte Zug von Königsberg nach Berlin, danach gab es bis heute keinen durchgehenden Eisenbahnverkehr mehr auf dieser Strecke.

Wiesbaden – Dienstag, 12. Dezember, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Weihnachtsfeier der Frauengruppe.

– Bericht–

Wiesbaden – Bei den Veranstaltungen der Landmannschaft zählt die Feier des Erntedankfestes zu den Höhepunkten des Jahres. Den Erntedanktag hatte König Friedrich II. im Jahr 1773 in Preußen eingeführt und zum festen Feiertag erklärt. Und so blieb es bundesweit bis heute.

Bei seiner Begrüßung der über 70 Mitglieder und den Gästen sagte der Vorsitzende Dieter Schetat: „Auch der Herbst hat seine schönen Seiten. Mutter Natur präsentiert sich zur dritten Jahreszeit in farbenfroher Vielfalt.“ Unter den Besuchern war auch der Wiesbadener Stadtverordnetenvorsteher a.D. Wolfgang Nickel.

Blickfang bei der Dankfeier war wieder der reich gedeckte Gabentisch zu dem Mitglieder der Landsmannschaft, Wiesbadener Gärtnereien und Läden mit vielerlei Gemüse, Obst, Brot, bunten Blumen und Königsberger Marzipan beigesteuert hatten. Alle gespendeten Gaben durften die Besucher am Schluss der Feier mit nach Hause nehmen.

Gedichte und Lieder erinnerten an den traditionellen Erntedank in Ost- und Westpreußen. Während der Feier las Lieselotte Paul „Erntedankfest“ von Gert Sattler und Margitta Krafczyk las „Herbst“ von Heinz Adomat vor. Mit dem Volkslied „Bunt sind schon die Wälder“ besang der LOW-Frauen-Singkreis unter Leitung von Liesl Zekert den Herbst. Mathias Budau begleitete mit der Gitarre.

Besinnliche Worte sprach der einstige Wiesbadener Marktkirchenpfarrer Erich Dorn. Er spannte den Bogen vom Erntedankfest zu Martin Luther und meinte: „Luther selbst hat noch kein Erntedankfest gekannt, aber sein Geist, sein Glaube, seine Dankbarkeit und Bescheidenheit würden sehr gut zum heutigen Erntedank passen.“

Der Vorsitzende dankte allen Geld- und Sachspendern, zugleich auch den Besuchern für ihre Verbundenheit mit der Landsmannschaft. „Wir gehören zusammen“, rief er ihnen zu „denn Sie alle tragen dazu bei, dass die Erinnerung an unsere Heimat lebendig bleibt und das kulturelle Erbe weitergetragen wird.“

Mit der ostpreußischen „Landeshymne“ „Land der dunklen Wälder“ klang das Programm des festlichen Nachmittags aus.

Dieter Schetet

Wiesbaden: Chor und Erntedanktisch Bild: privat



Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Sonntag, 3. Dezember, 11 bis 16 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“ Anklam, Baustraße 48-49, Adventsfeier mit Mittagessen und Kaffeetafel, Jahresversammlung mit Kassenbericht, Jahresrück- und -ausblick und, Adventsandacht, Feierliches Jahresgedenken, Adventskonzert: Blasorchester Greifswald, Shanty-Chor Insel Usedom und Weihnachtspäckchen für Ostpreußen.

Am 3. Dezember ist im Volkshaus letzte Gelegenheit, Weihnachtspäckchen für die evangelischen Sozialstationen und deutsch-litauischen Vereine in Ostpreußen zu spenden. Alle Landsleute aus Ost- und Westpreußen, aber auch Pommern, Neumärker, Schlesier und Sudetendeutsche sowie alle Angehörige und Gäste sind herzlich willkommen.



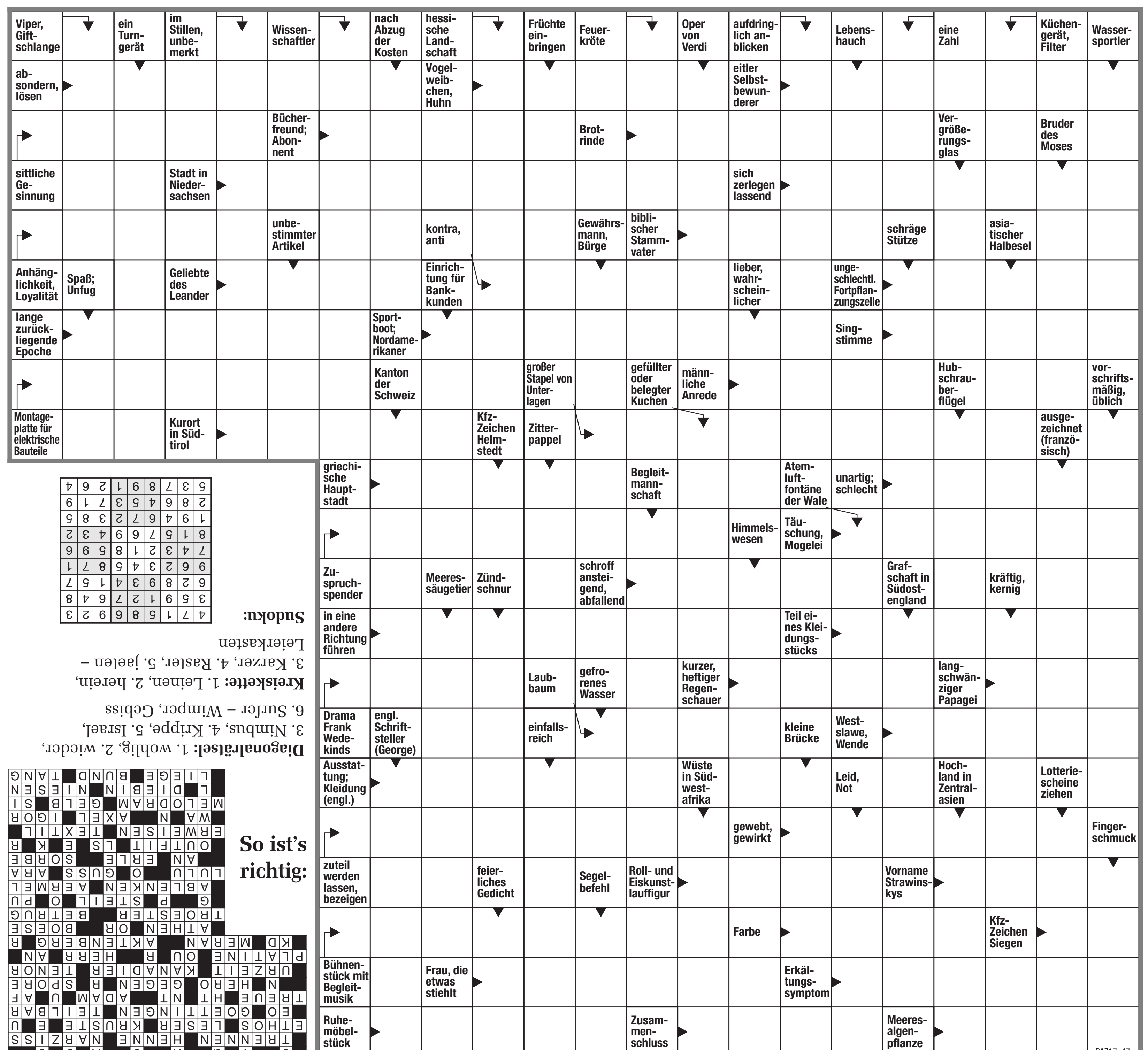
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Holzminden – Für die Ortsgruppe war dieser Freitagnachmittag im Vereinslokal „Felsenkeller“ mehr als nur ein gemütliches Beisammensein. Die Vorsitzende Renate Bohn hat alle Mitglieder zum 70. Gründungsjubiläum eingeladen. Der Chef des Hauses gratulierte überraschend mit einer Runde Sekt und wünschte dem Verein noch viele erfolgreiche Jahre. Besinnlich warf die Vorsitzende einen Blick auf die Geschichte der Landsmannschaft Ostpreußen, auf die Gründung der Holzmindener Gruppe im November 1947. 1944: Flucht und Vertreibung und der Weg der Menschen in den Westen. – Viele von uns verschlug es, zuletzt bis 1947, ins Weserbergland in die kleine Ackerbürgerstadt Holzminden am Rande des Sollings. Durch das Schicksal verbunden trafen sich im November 1947 die ersten Ostpreußen in der „Lutherschänke“ in der Mittleren Straße. Daraus entstand die Ortsgruppe Holzminden in der Landsmannschaft Ostpreußen. 1. Vorsitzende war zunächst Elisabeth Sievert, gefolgt von Dieter Schlokat, Karl von Larisch und Heinz Müller. 1976 übernahm Lothar Brzezinski den Vorsitz, der leider 2013 verstarb, ab 2011 übernahm Renate Bohn den Vorsitz als wahrscheinlich letzte Nachfolgegeneration in diesem Verein. Mühsam war der Anfang damals ab 1947. Was gab es da für Schreibarbeiten, Papier war knapp, keine Schreibmaschine, geschweige Computer oder Handy, denn alles war knapp und der „Dittchen“ wurde zehnmal umgedreht, bevor man ihn ausgab. Und doch wurde die Geselligkeit gepflegt, man hatte sich viel zu erzählen – von zu Hause, von damals. Anfang der 50er Jahre wurde ein Chor gegründet. Beginnend mit Dieter Schlokat, Johanna Achenbach, ab 1984 übernahm Gisela Ehrenberg die Leitung. Die Stadt stellte in einer der Grundschulen dafür einen Raum zur Verfügung. Der Chor war die „tragende Säule“ der Landsmannschaft, präsent auf jeder Weihnachtsfeier, bei Veranstaltungen, auf Geburtstagen, Hochzeiten und auch auf dem letzten Lebensweg. Beliebt und ein Höhepunkt in der Weih-nachtszeit waren die Weihnachtsfeiern anfangs im „Strandhotel“. Weit über 100 Mitglieder mit ihren Familien und Kindern erlebten einen unterhaltsamen Nachmittag mit Kaffee und Selbstgebackenem aus der Weihnachtsbäckerei. Und es kam der Weihnachtsmann persönlich mit prall gefüllten Geschenksäcken für Groß und Klein. Die älteren Mitglieder erhielten eine Weihnachtstüte mit Keksen, Äpfeln und Nüssen, die die Weihnachtsbäckerinnen gemeinsam befüllt hatten. Vor diesen Feiern fand ab 1975 ein Gottesdienst in Altpreußischer Union statt. Ein Geschenk des Himmels war es, dass ausgerechnet ein Mitglied Pfarrer war! Pastor Günther Grigoleit tat dies gern für seine Landsleute. Zunächst in der Lutherkirche, ab 1980 in der St. Paulikirche in Altendorf, da das Strandhotel aufgelöst wurde. Da war die Kirche noch rappelvoll. Ein wenig aufgeregt waren die Chorsänger, wenn sie die große Doxologie stimmgewaltig vortrugen. Zur anschließenden Weihnachtsfeier traf man sich zunächst im „Altendorfer Hof“, später im „Felsenkeller“, der ohnehin seit Jahren der monatliche Treffpunkt war. Auch hierher fand der Weihnachtsmann den Weg, wer immer auch dahinter steckte. Ab 1985 stolperten dann auch noch drei als Vagabunden verkleidete Kerle lautstark singend in den Saal mit Teufelsgeige und Brummtopp, um ein paar „Dittchchen“ für Spendenzwecke zu erbitten. Alle Jahre werden Mehrtagesfahrten unternommen. Wie aufregend war doch die erste

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19



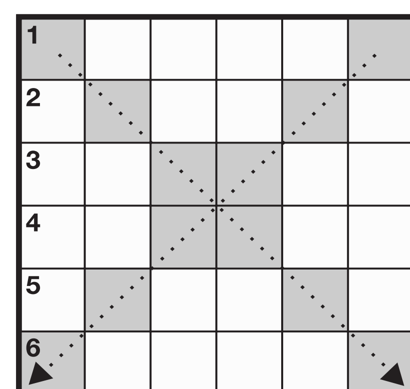
Holzminden: Ehrungen im „Felsenkeller“ Bild: privat



Sudoku

		1		8	6			
	5	9			7			8
								7
	6			4		8		
	4	3	2		8	5	9	
		5		6			3	
1								
2			4			7	1	
			8	9		2		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

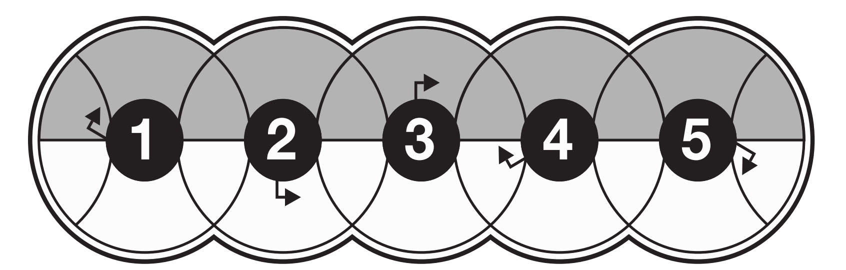
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Teile am menschlichen Kopf.

1 angenehm, behaglich
2 aufs Neue, nochmals
3 Heiligenschein (lateinisch)
4 Raufe, Futtertrog
5 Staat in Nahost
6 Wassersportler

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Drehorgel.

1 Flachsfaser; Gewebeart, 2 Bitte eintreten!, 3 veraltet: verschärfter Arrest, 4 Liniennetz, Gitternetz, 5 Unkraut entfernen



Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 18

Busfahrt 1987 nach Masuren in den polnischen Teil Ostpreußens – der russische blieb uns noch verwehrt – fünfmal fanden diese statt, zuletzt auch in das nördliche Ostpreußen. Diese Fahrten stimmten traurig, was aus dieser einstigen „Kornkammer“ Ostpreußens mit seinen dunklen Wäldern, den goldenen Feldern und den Seen geworden ist. Begeistert sind stets die Mitglieder und auch Gäste über das abwechslungsreiche Jahresprogramm mit Besichtigungen, Fahrten, Vorträgen. Diese Gruppe ist zu einer „kleinen ostpreußischen Familie“ zusammengewachsen, der sich auch einige Schlesier und Pommeraner angeschlossen haben. Aber die Zeit bleibt nicht stehen, längst gibt es keine Wandergruppe mehr, 2010 löste sich der Chor mangels Stimmen auf. Die Vorsitzende überreichte Treueurkunden für langjährige Mitglieder an: Waltraud Seidl, Helga Ahlbrecht, Waltraud Lowitzki, Ingeborg Eggers, Hartmut und Gudrun Stanko, Traute Peters, Herward und Barbara Braun, Christine Braun, Herbert Kupke. Nach der gemütlichen Kaffeepause erklärte der 2. Vorsitzende Günther Grigoleit in einem humorvollen Vortrag, warum lachen so gesund ist. Es war ein harmonischer 70. Geburtstag in der Holzmindener Gruppe. Renate Bohn dankte allen Mitgliedern für ihre Treue: „Eigentlich gebührt jedem Mitglied eine Treueurkunde“. Diese Feier wurde mit dem Ostpreußenlied beendet.

Das nächste Treffen ist der 3. Advent zur Weihnachtsfeier um 15 Uhr im „Felsenkeller“.

Oldenburg – Mittwoch, 13. Dezember, 15 Uhr, Stadthotel Eversten: Adventsfeier mit Geschichten, Gedichten und Liedern zum Advent und Basar. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Dienstag, 12. Dezember, 16.30 Uhr, Hotel „Novum“, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Sonntag, 17. Dezember, 15 Uhr, Parkhotel Osnabrück: Adventsfeier. Anmeldungen bis zum 7. Dezember bei Else Tober, Telefon (0451) 133614, oder Barbara Kleine, Telefon (0541) 74282.

Rinteln – Donnerstag, 14. Dezember, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Adventsfeier mit gemeinsamem Kaffeetrinken. Pfarrer Wolfram Wiemer hält eine Andacht und ein Flötenkreis unter Leitung von Margret Stolzenwald begleitet uns beim Singen der Adventslieder. Interessierte Gäste aus Nah und Fern sind zusammen mit ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten ebenfalls herzlich willkommen. Wegen der zu treffenden Vorbereitungen wird um Anmeldung beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat gebeten: Telefon (0 57 51) 5386 oder über rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Am 21. Oktober fand die Herbsttagung der Landesgruppe statt – wie immer im Hotel/Restaurant Haus Union in Oberhausen. Die Teilnehmerzahl war erfreulich und spiegelte das Interesse an den beiden hochkarätigen Referenten, Botschafter i.R. Frank Elbe und *PAZ*-Redakteur Hans Heckel, wider. Frank Elbe sprach zum Thema „War die alte Ostpolitik sinnvoll – Wie wollen wir Europas Zukunft gestalten?“. Als Bürochef und Redenschreiber von Hans-Dietrich Genscher in der Zeit von 1987 bis 1992 war Elbe einer der Schlüsseldiplomaten im Prozess der deutschen Wiedervereinigung. Seine Äußerung, „die territoriale Nachkriegsordnung stand 1990 nicht zur Disposition“, stieß bei dem Landesvorsitzenden Wilhelm Kreuer auf Kritik. Er entgegnete, dass es Wissensträger gab und gibt, die von sowjetischen Vorstößen zu berichten wissen, das Königsberger Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zum Kauf anzubieten. Wilhelm von Gottberg versichert in einem Interview – zu finden auf Ostpreußen-TV (bei Youtube) –, dass der gebürtige Königsberger und Preußenschildträger Herbert Beister (Inhaber der Fa. Ferrostaal) von hochrangiger sowjetischer Seite um Vermittlung in der Frage eines Kaufs des Königsberger Gebiets ersucht wurde. Elbe räumte ein, dass der ehemalige Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Friedrich Wilhelm Christian, in einem Gespräch mit Hans-Dietrich Genscher im Grandhotel Petersberg diese Frage ebenfalls angesprochen hätte. Im Klartext heißt dies: Neben Herbert Beister wurden auch andere hochrangige Industrie- und Wirtschaftsführer in die Sondierungen der sowjetischen Seite eingeschaltet. Darüber hinaus gibt es Wissensträger aus dem Bundesfinanzministerium, die seinerzeit die Frage der Finanzierung der 40-Milliarden-Forderung der sowjetischen Seite zu prüfen hatten. Wilhelm Kreuer äußerte die Ansicht, dass es wohl doch ein ernst gemeintes Kaufangebot gegeben hat, dieses aber von der deutschen Seite ausgeschlagen wurde. Der entschiedene Widersacher in dieser Frage war offenbar Hans-Dietrich Genscher. Wilhelm von Gottberg sagte hierzu in dem bereits erwähnten Interview: „Kohl war zunächst ... angetan und hat sich mit Genscher kurzgeschlossen. Genscher hat abrupt abgelehnt und hat also auch mit dem Bruch der Koalition gedroht, falls also Kohl diesen Gedanken weiter verfolgt. Er hielt das für völlig kontraproduktiv. Er würde damit nicht mitziehen.“ Doch weshalb Genscher so entschieden gegen einen Kauf des Königsberger Gebietes war, blieb auch nach dem Vortrag von Elbe offen. Der weitere Vortrag von Hans Heckel „Deutschland nach der Wahl. Ein Land im Umbruch“ war – wie von Hans Heckel gewohnt – von großem Fach- und historischem Wissen sowie von sprachlicher Brillanz geprägt. Heckel zu hören (und natürlich allwöchentlich in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* zu lesen) ist immer ein Genuss. Einer der Kernsätze seines Vortrags lautete: „Wenn ein Land souverän sein will, dann kann es das auch“. Die Diskussion wollte jedenfalls kein Ende nehmen. Weitere Beiträge zur diesjährigen Herbsttagung lieferten Klaus Lemke sen., der Geschichten und Schwänke von Alfred Lau zum Besten gab, sowie Dr. Bärbel Beutner, die zwar nicht anwesend sein konnte, deren Kulturbeitrag über Glaubensflüchtlinge in Preußen aber von Wilhelm Kreuer vorgetragen wurde. Viele Rückfragen zeigten, dass der Beitrag von Beutner eine weitestmögliche Verbreitung verdient. Gerda Wornowski (Düren) widerfuhr im Übrigen eine zweifache Ehrung: zum einen wurde ihr das Silberne Verdienstabzeichen verliehen, zum anderen ernannte Wilhelm Kreuer sie nach einstimmigem Vorstandsbeschluss zur neuen Bezirksreferentin West. Die Frühjahrstagung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen wird am 17. März 2018 stattfinden. Schon jetzt sind alle nordrhein-westfälischen Ostpreußen eingeladen.

Wilhelm Kreuer

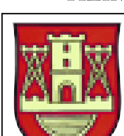
Bielefeld – Donnerstag, 7. Dezember, 15 Uhr, Geschäftsstelle, 2. Stock, Wilhelmstraße 1b:: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Donnerstag, 14. Dezember, 15 Uhr, ebenda: Heimatliteraturkreis.

Bonn – Sonntag, 26. November, 15 Uhr, Gedenkstein auf dem Nordfriedhof: Ostdeutsches Totengedenken der im Bonner BdV vereinigten Landsmannschaften – Dienstag, 28. November, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises der LM Ostpreußen, Kreisgruppe Bonn. Die Frauen treffen sich zu besonderen Themen. – Sonntag, 10. Dezember, 15.30 Uhr, „Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74: Adventliche Stunde mit Gesprächen, Singen, Kaffee und Kuchen, der Nikolaus kommt zu Besuch und beschert anwesende Kinder. – Dienstag, 12. Dezember, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Weihnachtsfeier im Frauenkreis.

Düsseldorf – Dienstag, 28. November, 19 Uhr, GHH: Vortrag von Michael Zeller „Der Dichter und der Richter – Ein Fall aus der Praxis des romantischen Dichters E.T.A. Hoffmann“. Freitag, 1. Dezember, 18 Uhr, GHH: Theaterstück von und mit Kindern und Eltern „Weihnachtsfest fürs Tannenbäumchen“. – Mittwoch, 6. Dezember, 15 Uhr, Einlass 14 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutscher Stickkreis mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch, 6. Dezember, 19 Uhr, GHH: Weihnachtslesung mit Dr. Hajo Buch „Stern über der Grenze“. – Donnerstag, 7. Dezember, 18.30 Uhr, Raum 412 „Ostpreußen“, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. – Sonntag, 10. Dezember, 9 bis 16 Uhr, GHH: Ostdeutscher Weihnachtsmarkt mit Kunsthandwerk, antiquarischem Büchermarkt, kulinarischen Spezialitäten auch aus Ostpreußen und einem musikalischen Bühnenprogramm. Montag, 11. Dezember, 19 Uhr, GHH: Vortrag zum 75. Todestag von Jochen Klepper, „Selbstmord unter dem Kreuz“ von Markus Baum. Dienstag, 12. Dezember, 19 Uhr: Vortrag „König der Kinder und Pädagoge der Realität und des Traumes“ von Dr. Regina Plaßwilm und Prof. Dr. Daniel Hoffmann. – Mittwoch, 13. Dezember, 15 Uhr, Einlass 14 Uhr, GHH: Weihnachtsfeier mit Weihnachtsliedern der Düsseldorfer Chorgemeinschaft und einer musikalischen Darbietung von Miyuki Brummer, Klavier, Radostina Hristova, Sopran, Klaus-Peter Riemer, Flöte.

Neuss – Sonntag, 3. Dezember, 15 Uhr, Einlass 14 Uhr, Marienhaus in Neuss, Kapitalstraße 36: Adventsfeier mit besinnlichen Liedern, Gedichten und Chorgesang, Kaffee, Kuchen und ostpreußische Spezialitäten. – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür.

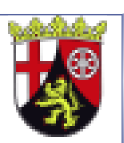
HEIMATKREISGRUPPE



Köln – Samstag, 9. November, 15 Uhr, ab 14 Uhr Einlass, Brauhaus, Dellbrücker Hauptstraße 61. Günstige S-Bahn Verbindung: Linie 18 vom Hauptbahnhof bis Dellbrücker Hauptstraße. Das Brauhaus in 100 Metern Entfernung: Treffen der Memellandgruppe. Zum Programm: Nach einem kurzen geistlichen Wort zum Advent spricht der Vorsitzende der Memellandkreise Uwe Jurgsties, Heddesheim, über seine Aktivitäten in der Heimat. Anschließend laden wir zum Kaffeetrinken ein.



Oberhausen: Herbstagung des Landesgruppe NRW Bild: privat



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Sonnabend, 2. Dezember, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Adventsfeier. Wir bitten um Gaben für die Tombola.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 24. November, Begegnungsstätte VS Gardelegen: gemütliches Beisammensein.

Magdeburg – Freitag, 24. November, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singkreises. – Dienstag, 28. November, Immermannstraße 19: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 8. Dezember, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singkreis. – Sonntag, 10. Dezember, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Weihnachtsfeier.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe – Nach Begrüßung der November-Runde der Ost- und Westpreußen in Bad Oldesloe erinnerte die Vorsitzende an die Gedenktage des Monats November: Allerseelen, Volkstrauertag und Totensonntag.

Sie schloss darin das Gedenken ein für unser Mitglied Ilse Langhals. Frau Langhals war am 5. November verstorben.

Katharina Makarowski las Gedanken „des Abschieds von den Bildern meiner Jugend“ aus dem Buch „Namen, die keiner mehr kennt...“ von Marion Gräfin Dönhoff, außerdem über das leidvolle Leben der Landsleute, die nicht vor der Roten Armee geflüchtet waren und in Ostpreußen blieben: „Die zu Hause blieben, sind nicht mehr daheim.“

Der Nachmittag klang aus mit Gesprächen über eigene Erinnerungen.

Geburtstagskinder des Monats waren Katharina Makarowski und Elfriede Storjohann. *Gisela Brauer*

Flensburg – Sonntag 26. November, 15 Uhr, Friedhof Am Friedenshügel in der Kapelle: Treffen zum Totensonntag. – Mittwoch, 6. Dezember, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafe: Weihnachtsfeier mit Kaffeetafel, Geschichten, Singen, Gedichte aus der Heimat.

Malente – Sonntag, 17. Dezember, 3. Advent, 15 Uhr, „Pflanzencenter Buchwald“, Krummsee, Rövkampallee 39: Adventsfeier. Als Abschluss unserer Jahresarbeit wollen wir uns in einer besinnlichen Feierstunde bei Kaffee und Kuchen in froher heimatlicher Runde im Pflanzencenter zusammensetzen. Für die Mitglieder gibt es ein Stück Torte oder Blechkuchen plus Kaffee satt. Jeder kann uns mit Beiträgen auf die Weihnachtszeit einstimmen. Angehörige der Landsmannschaften sind ebenfalls herzlich eingeladen. Melden Sie sich bitte bis Montag, 4. Dezember, im Blumenhaus Franck, Inhaberin St. Munkelt, Malente, Bahnhofstraße 26, an. Telefonische Anmeldungen unter (04523) 2659 nur in dringenden Fällen. Allen Mitgliedern, die aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen können, wünscht der Vorstand eine friedliche Weihnachtszeit und ein gesundes „Neues Jahr“.

Für den Vorstand Klaus Schützler

Mölln – Sonnabend, 1. Dezember, 15 Uhr, Quellenhof: Mitgliederversammlung im Rahmen einer Adventsfeier.

Neumünster – Das Erntedankfest feierten wir am 11. Okotber. Bereichert wurde der Nachmittag durch die Ausstellung „Rund um die Kartoffel“ mit dem Museumsdirektor Achim Jabusch und seinem Assistenten Jan Ocker aus Hohenlockstredt.

Unerwartet viele Teilnehmer schmückten mit ihren Erntegaben die Tische.

Die Vorsitzende Brigitte Profé trug nach der Begrüßung aus dem Kalenderblatt von 1936 ein passendes Erntedankgedicht von Agnes Miegel vor. So war der Auftakt für den Vortrag vom Schattendasein der tollen Knolle gegeben. Hier folgt der erste Teil des Vortrags über die Kartoffel.

Die Kartoffel stammt aus Südamerika. Die Ureinwohner Südamerikas pflanzten die Knolle bereits vor 2000 Jahren. Genügsam wuchs sie in den Hochebenen der südamerikanischen Anden, gedeiht in Höhen von bis zu 5000 Metern bei oft extremer Kälte und Trockenheit. Ihren Weg nach Europa fand die Kartoffel mit den spanischen Eroberern. Sie entdeckten im 16. Jahrhundert die ausgedehnten Kartoffelfelder der Indios und nahmen die Knolle auf Schiffen nach Europa mit.

Das Gewächs wurde zuerst als Zierpflanze bewundert. Botaniker brachten die Knolle nach Deutschland. Man erkannte schließlich, wie viel Gutes in der Pflanze steckt. Die Botaniker gaben dem Nachtschattengewächs, dieser buckligen knollenartigen Gestalt, den lateinischen Namen „Solanum Auberosum“.

Der Überlieferung nach war der erstmalige Anbau 1740 nördlich der Elbe.

Sie wäre bald wieder in Vergessenheit geraten, hätte nicht der Glücksburger Propst Philipp Ernst Lüders (1702–1786) sich ihrer angenommen. Auf Lüders Inspektionsreisen über die Dörfer lernte der Geistliche die Schwächen der Bauern kennen. Er forderte die Einführung der neuen Feldfrüchte und sicherte damit den Zugang zu einer neuen Nahrungsquelle.

Der dänische König als Landesherr von Schleswig-Holstein mit seinen Beratern wollte die dünnbesiedelte Geest kultivieren. Im Jahre 1762 gründete folglich der Propst in Glücksburg die Königlich Dänische Acker-Akademie.

Propst Lüders erwarb Land und experimentierte mit Kartoffeln, die er aus den Niederlanden bestellte. Er versandte kostenlose Proben an die Bauern. Die geistliche Obrigkeit sah es nicht gerne, dass sich immer mehr Pastoren auf dem Lande der Akademie anschlossen und unterband schließlich das Projekt.

Nicht allein das unermüdliche Wirken des Propstes, sondern vielmehr eine europaweite Agrarkrise bescherte der Kartoffel seit den 1770er Jahren eine ungeahnte Karriere.

Regenfälle brachten Missernten. Hungerjahre brachen ins Land. In der Not besann man sich wieder auf die kleine Knolle.

Bei der ärmeren Bevölkerung wurde diese Feldfrucht zum wichtigen Bestandteil der Ernährung.

Mit kaum einer Bevölkerungsgruppe ist der frühe Anbau von Kartoffeln enger verbunden als mit den Kolonisten aus dem Südwesten Deutschlands. Diese waren unter dem Namen „Pfälzer“ und in Dänemark als „Kartoffeldeutsche“ bekannt. *Brigitte Profé*

Schönwalde am Bungsberg – Sonnabend, 2. Dezember, 15 Uhr, „Klön Stuv“, altes Feuerwehrhaus, Rosenstraße: Ostdeutsche Adventsfeier. Es wirken mit der „Singkreis Ostholstein“, der Posaunenchor der evangelisch-lutherischen Kirche Schönwalde, der Pastor spricht besinnliche Worte zum Advent. Der Kostenbeitrag für Kaffee, Tee und Kuchen beträgt 10 Euro. Um Anmeldung wird bis zum 25. November gebeten, Telefon (04528) 496 oder 9901.

Uetersen – Freitag, 8. Dezember, 15 bis 17 Uhr, Haus „Ueters End“, Kirchenstraße 7: Adventsfeier. Es wird vorgelesen und gemeinsam gesungen.

Dittchenbühne

Elmshorn – Am Freitag, 24. November hat das Weihnachtsmärchen **„Rübezahl und die armen Weber“** Premiere. Die letzte Aufführung findet am 21. Dezember statt.

Termine für **„Herr Puntila und sein Knecht Matti“** sind Sonnabend, 9. und Dienstag, 26. Dezember.

Nähere Informationen, Anmeldung und Tickets beim „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn. Telefon (04121) 89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de. Tickets kosten sechs Euro pro Kind und zwölf Euro pro Erwachsenen.

Stasi-Opfer schauen in die Röhre

Zu: Die Kanzlerin gehört auf die Anklagebank (Nr. 44)

Dieser Beitrag ist der beste, kurzgefasste zur Ausländer- und Asylpolitik der Regierung, der je in einer deutschen Zeitung geschrieben wurde.

Man erfährt und staunt, was einerseits durch Gesetze und Grundgesetz nicht erlaubt ist und andererseits durch „Sonderregelungen“ der eigenen Regierung wie der EU wieder unterlaufen und außer Kraft gesetzt werden kann. Und man lese und staune: Während ansonsten die Regierungsbehörden sich durch die Gerichte alles vorschreiben lassen, können, wie der Autor schreibt, solche Pro-Ausländer-Entscheidungen „rechtlich nicht angegriffen werden“.

Also: Auf einmal geht's? Ganz ohne Gerichte! Zugunsten von Ausländern! Siehe nur die Entscheidung der Innenministerkonferenz von 2014, mal so ganz nebenbei 10000 Syrer ins Land zu holen. Die kosten bestimmt jedes Jahr eine Milliarde Euro. Soviel hat die Bundesregierung seit 1990 bis heute noch nicht einmal für alle rehabilitierten Opfer von Freiheitsberaubung, Berufsverbot und Vermögensentzug der SBZ/DDR ausgegeben.

Da fragt man sich, warum sich die Innenminister der Länder seit 1990 nicht einmal zusammengesetzt haben, um für die extremst betroffenen Opfer beruflicher SED/Stasi-Verfolgung, für diejenigen, die jahrelang ohne Arbeit, ohne Arbeitslosengeld, ohne Sozialhilfe dahinvegetieren mussten, um für diese als Wiedergutmachung eine monatliche Entschädigung von wenigstens 1000 Euro festzusetzen? **Davis S. Vischer, Berlin**

Schwarzer Tag für den MDR

Zu: „Die AfD muss weg, egal, wie“ (Nr. 41)

Einen Tag nach der Bundestagswahl sagt der Sprecher im öffentlich-rechtlichen Radio „MDR“-Sachsen, die Wahl sei für Sachsen ein „schwarzer Tag“. Man fragt sich, für wen? Für die AfD und ihre Wähler sicher nicht, denn sie haben die Wahl im Bundesland Sachsen gewonnen trotz Störfeuer der Medien.

Ich frage mich: Ist das die Meinung des Sprechers, oder muss er so etwas sagen, damit der Sender politisch korrekt bleibt? Hätte er es auch gesagt, wenn zum Beispiel die Linke oder die Grünen die Wahl gewonnen hätten? Sicher nicht.

Anstatt der Partei Alternative für Deutschland zum Wahlsieg zu gratulieren, wird übel nachgetreten. Für mich hätte der Sender unparteiisch bleiben müssen. Leider kein Einzelfall, wie vor der Wahl zu beobachten war

Ein Ärgernis ist, dass die vielen AfD-Wähler in Sachsen diesen Sender mit ihren Zwangsgebühren mittragen müssen, der sie dann verunglimpft. **Axel Pohl, Weißwasser**

Verkannter König

Zu: „Er ist der Bürger auf dem Throne“ (Nr. 45)

Es ist sehr erfreulich, dass dieser Artikel geschrieben und veröffentlicht wurde. König Friedrich Wilhelm III. ist lange verkannt worden. Unter ihm wurden die großen Reformen zwischen 1806 und 1812 durchgeführt. Er war es doch, der Persönlichkeiten wie Stein, Hardenberg, Humboldt, Scharnhorst, Gneisenau erkannt und an die Spitze gestellt hat. Er und seine Söhne Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. konnten solch schwierige Charaktere wie Stein, Yorck und Bismarck ertragen. Sie stellten deren staatsmännischen Nutzen für den Staat über eigene Sympathien und Antipathien. **Friedrich Carl Albrecht, Burgdorf-Ehlershausen**

Verdrängungskunst

Zu: Macron macht Tempo (Nr. 41)

Dass der Mensch richtig gut ist im Verdrängen, beweist die Geschichte der Menschheit zuhauf. Dass bis dato jede Menge Könner dieser Disziplin unter uns weilen, wissen wir auch. So schwadroniert Bundeskanzlerin Angela Merkel weltweit herum, um sich loben zu lassen, und verdrängt, dass zu Hause in Deutschland dringende Dinge geregelt und Fragen geklärt werden müssten.

Nach eigenen Bekundungen steht sie voll und ganz an Emmanuel Macrons Seite. Weiß sie es nicht, oder hat sie tatsächlich verdrängt, dass der französische Staatspräsident seine Leibgarde verdoppelt hat und sich einen Vorkoster leistet?

Nun ja, Merkel könnte auch etwas verschnupft darüber sein, dass sie nur matschigen Tomatensalat und Rühreier serviert bekommen hat, während Macron auf seiner Reise nach Französisch-Guayana mit einem wundervollen Pfeifkonzert geehrt wurde und ihm dazu Cocktails referiert wurden. Und zwar diese leckeren, hochprozentigen von Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch. Eine Ehre, die nur den ganz großen Verdrängungsmeistern zuteilwird.

Und auch Russlands Staatspräsident Wladimir Putin leidet unter der Verdrängungssymptomatik: Er hat nur zwei von den insgesamt zwölf Attentaten auf ihn zugegeben, ganz cool mit Pokerface, wie es sich für einen Könner gehört. Das müssen die Anhänger der CDU, CSU, FDP und Grünen hierzulande noch gut üben, bevor sie diese Disziplin beherrschen. **Elke Barby, Gehrden**


Bild: Imago

Schwarzer Tag für Sachsen? AfDler feiern das Ergebnis der Bundestagswahl, das sie zur stärksten Kraft in Sachsen machte

Das Grundgesetz kapituliert

Zu: „Der Feind in den eigenen Reihen“ (Nr. 45)

Die Autorin Eva Herman hat völlig recht, dass der Koran vom Grundgesetz, das auf dem Neuen Testament basiert, abweicht. Insofern sind die Kodifizierungen des Korans und in dessen Gefolge die Scharia erheblich strenger und kompromissloser als das Grundgesetz, haben aber durchaus ihre Existenzberechtigung. Besonders erschwerend für das Grundgesetz ist aber, dass es von der deutschen Justiz weitgehend missachtet wird.

Der Menschenwürde wird von den Gerichten kaum noch Beachtung geschenkt. Willkürurteile, oft von der Staatsanwaltschaft veranlasst, sind mittlerweile an der Tagesordnung, insbesondere wenn hinter den Urteilen politische Interessen verborgen sind. Und natürlich stehen hinter den grundgesetzlichen Rechtsbrüchen unsere ehrenwerten etablierten Politprofis vereint mit den Medienfürsten.

Was aber mehr und mehr auffällig ist, ist auch die Tatsache, dass die wachsende Zahl islamischer Migranten im Lande keinen Respekt vor diesem Grundgesetz hat, insofern also mit ihrer Scharia bestraft werden sollten.

Daher kann man sich mittlerweile fragen, ob das Grundgesetz schon längst abgedankt hat, da wir ja tagtäglich das Gemetzel auf Deutschlands Straßen verfolgen können und zu diesem Thema die Schönrednerei und Schweigepolitik der etablierten Parteien und der Leitmedien beobachten müssen. **Victor Zander, Würzburg**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Uneinsichtig

Zu: „Die AfD muss weg, egal, wie“ (Nr. 41)

Die Kolumne von Eva Herman ist mir wieder aus dem Herzen gesprochen. Voller Schrecken habe ich eine ähnliche Situation mit einer Nachbarin erlebt. Sie war in Mimik, Gestik und Worten völlig außer sich, und meine politischen Argumente fruchteten nicht. Unter anderem meinte sie, sie wolle sich durch die AfD keine KZ nach Deutschland holen.

Was soll man dazu sagen? Es wird noch viel geschehen in unserem Land, wenn nicht Einsicht und Vernunft in diese Menschen zieht. Hoffen wir weiter und bleiben stark. **Barbara Eulitz, Sassnitz**

Unchristliche Hilfe

Zu: Importierter Ärztepfusch (Nr. 27)

Das hier Beschriebene gilt nicht nur für Ärzte. Es betrifft das gesamte medizinische Personal, aber auch die sehr hohe Anzahl von Pflegekräften in Alten- oder Altenpflegeheimen. Es sind die muslimischen Pflegekräfte, die kein oder nur sehr wenig Deutsch sprechen. Das ist für sich schon äußerst problematisch. Aber das bedeutet auch, dass hier in der Regel hilfsbedürftige Menschen von Menschen betreut werden, die sie verachten (weil sie Christen sind). **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

Rettung vertagt

Das nächste Erdbeben kommt bestimmt – Gefährdete Kulturstätten in Italien nur ungenügend geschützt

In den italienischen Regionen Latium, Umbrien, Abruzzen, Molise und Marken kommt es immer wieder zu Erdbeben, welche auch für Schäden an den dortigen Kulturgütern sorgen. Das liegt unter anderem an der Unfähigkeit der Regierung in Rom, wirksame Präventivmaßnahmen zu ergreifen.

Mittelitalien bricht auseinander. Die Ursache hierfür sind geologische Verwerfungen in der Bergkette des Apennin, welche entstehen, weil das Kontinentalplattenfragment unter dem Tyrrhenischen Meer von Westen her am italienischen Stiefel zieht. Dadurch wird das Gebirge pro Jahr um einige Millimeter breiter, was für enorme Spannungen in der Erdkruste sorgt, die sich dann in Form von Erdbeben entladen, bei denen Energien frei werden vergleichbar der Explosion von einigen Millionen Tonnen TNT-Sprengstoff. Anschließend entstehen an den Enden der seismischen Bruchlinien neue Gefahrenherde, weshalb man hier von einem tektonischen Dominoeffekt sprechen kann.

So wanderten die Erdbeben im Apennin seit der Jahrtausendwende nach klar erkennbaren Mustern: Zu Beginn wurden am 31. Oktober 2002 sowie am 6. April 2009 die historischen Ortschaften San Giuliano di Puglia und L'Aquila erschüttert, dann traf es am 24. August 2016 das Gebiet um Accumoli, Arquata del Tronto und Amatrice und hernach war am 26. und 30. Oktober des gleichen Jahres der Raum zwischen Norcia, Castellucio, Castelsantangelo sul Nera und Ussita an der Reihe – das heißt, die Epizentren verlagerten sich Stück für Stück nach Nordnordwesten.

Durch die Bebenserie kamen mehr als 600 Menschen ums Leben. Außerdem erlitten viele wertvolle historische Gebäude Schäden. Große Zerstörungen gab es unter anderem am berühmten Palazzo Ardinghelli und dem Kirchenkomplex San Gregorio Magno in L'Aquila. Darüber hinaus stürzten dann 2016 die mittelalterlichen Stadtkerne von Amatrice, Norcia und Castellucio ein – einschließlich mehrerer alter Kirchen wie der 1389 fertiggestellten Basilika, welche an den Begründer des abendländischen Mönchtums Benedikt von Nursia erinnerte. Ebenso wurden das Archäologische Museum in Ascoli Piceno und der Dom von Urbino in Mitleidenschaft gezogen. Ja, die Erschütterungen erreichten sogar noch das über 100 Kilometer entfernte Rom, wo sich im Gemäuer der beiden Barock-Kirchen von Sant'Eustachio und Sant'Ivo alla Sapienza Risse bildeten.

Insgesamt verursachten alleine schon die Beben von 2016 Schäden an 5000 kulturgeschichtlich wertvollen Objekten. Nichtsdestotrotz versprach der damalige italienische Ministerpräsident Matteo Renzi, dass der Staat für die Wiederherstellung aller historischen Bauten sorgen werde – und zwar nach dem Prinzip „Come era e dove era", also „Wie es war, und wo es war". Dabei kann sich Italien die sieben Milliarden Euro, die das Ganze vermutlich kosten würde, überhaupt nicht leisten, was unter anderem an den erneut explodierenden Kosten für die Unterbringung der zahlreichen Asylsucher liegt, die seit Schließung der Balkan-Route übers Mittelmeer kommen.

Zugleich stellt sich aber auch die Frage nach dem Sinn eines Wiederaufbaus in üblicher Form. Denn noch ist kein Ende der Erdbebenserie in Sicht – so der Präsident des Nationalen Instituts für Geophysik und Vulkanologie in Rom, Carlo Doglioni. Deshalb plädieren er und andere Fachleute dafür, die finanziellen Mittel – sofern überhaupt vorhanden – lieber für die Prävention einzusetzen. Beispielsweise empfahl Thekla Schulz-Brize, Professorin für Historische Bauforschung und Denkmalpflege an der Technischen Universität Berlin, bereits vorhandene Setzrisse und andere kleinere Schäden mit statischen Auswirkungen auf die Kulturdenkmäler unbedingt noch vor dem nächsten Erdbeben zu beseitigen. Dies wiederum ist oftmals Sache des Staates, weil dem nicht nur Museen und ähnliche Gebäude, sondern auch um die 1000 Sakralbauten in Mittel- und Süditalien gehören, die im 19. Jahrhundert beschlagnahmt wurden, als der ausgedehnte päpstliche Kirchenstaat an das neue Königreich Italien fiel. Allerdings liegt der Etat des Ministeriums für Kulturgüter, kulturelle Aktivitäten und Tourismus lediglich bei einem einzigen Prozent der Staatsausgaben.

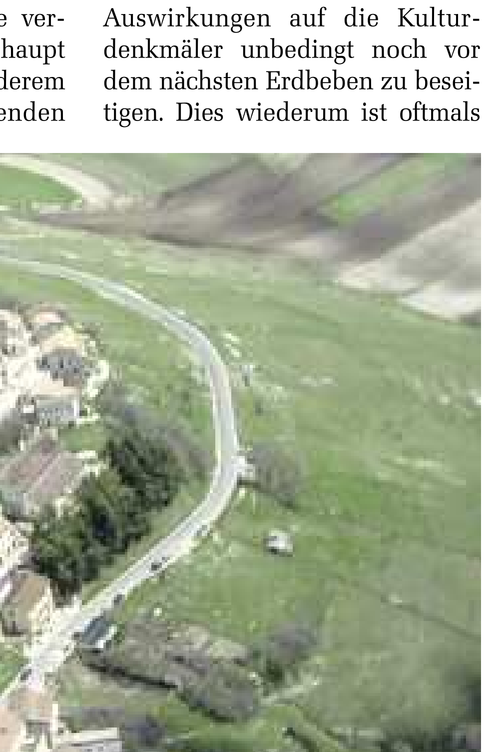


Bild: H. Tews

Vom Erdbeben heimgesucht: Das umbrische Bergdorf Castellucio war zuletzt hart betroffen

Insgesamt wurden bisher weniger als ein Drittel der unbedingt erhaltenswerten Zeugnisse der Geschichte erdbebensicher gemacht. So verfügt keines der historisch wertvollen Gebäude in der „ewigen Stadt" Rom über irgendwelche technischen Strukturen zur Abfederung der Schwingungen während eines Erdbebens. Das Gleiche gilt für Florenz: Dort könnte sogar Michelangelos einzigartige David-Statue in der Galleria dell'Accademia von ihrem Sockel stürzen.

Zugleich ist freilich aber auch kein Verlass auf das Gütesiegel „Erdbebengeschützt". Das zeigt das Beispiel der Schule von Amatrice, welche seit der Sanierung im Jahre 2012 als sicher galt und dann doch beim Beben vom Oktober 2016 einstürzte. Verantwortlich hierfür sind der verbreitete Pfusch am Bau aus mafiöser Gewinnsucht sowie die unsachgemäße Ausweisung von Risikogebieten, bei der zu wenig auf die konkreten geologischen Gegebenheiten vor Ort geachtet wird. Immerhin zeitigen Erdstöße in weicherem Boden deutlich verheerendere Auswirkungen, als wenn der Untergrund aus Fels besteht. Das beweist nicht zuletzt das charakteristische Schadensbild in der Ortschaft Accumoli.

Präventionsmaßnahmen, die ihren Namen wirklich verdienen, müssten besonders in der Mitte Umbriens auf der Agenda stehen, weil dort das nächste Beben stattfinden könnte, wenn sich die Nordwestverlagerung der Epizentren im Apennin tatsächlich nach dem bisherigen Muster fortsetzen sollte. Dann laufen historische Stätten wie der Palazzo dei Priori in Perugia mit der umbrischen Nationalgalerie und die seit 2000 zum UNESCO-Welterbe zählende franziskanische Pilgerstätten in Assisi große Gefahr, zerstört zu werden. *Wolfgang Kaufmann*

Hörst du nicht die Glocken?

Eine bundesweite, ökumenische Kampagne unter dem Motto „Hörst du nicht die Glocken?" wird am 1. Dezember mit dem Guss einer „Ökumeneglocke" vor dem Karlsruher Schloss eröffnet. Es wird die letzte Glocke sein, welche die traditionsreiche Gießerei Bachert in Karlsruhe gießen wird. Mehrere tausend Menschen werden zu der Großveranstaltung erwartet.

Mit der Kampagne soll an die religiöse und kulturelle Bedeutung der Kirchenglocken erinnert werden. Die Kirchen wollen damit einladen, das individuelle und gemeinsame Beten im Tageslauf neu zu entdecken und Menschen dazu anregen, sich durch den Klang der Glocken in ihrer eigenen Spiritualität berühren zu lassen. Die Kampagne wurde in Baden entwickelt und ist jetzt eine gemeinsame Initiative der Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Die geplante „Ökumeneglocke" ist bestimmt für eine von zwei Gemeinden ökumenisch genutzte Kirche in Mannheim. Die Glockengießerei Bachert zieht 2018 von Karlsruhe in die Region Sinsheim um. Von ihr stammen die größte Glocke Baden-Württembergs in der Karlsruher Christuskirche sowie Glocken für den Hamburger Michel und die Dresdner Frauenkirche.

Der öffentliche Glockenguss wird in traditioneller Weise von einer liturgischen Feier umrahmt, an der unter anderem die beiden Mannheimer Stadtdekane, Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh und Erzbischof i.R. Robert Zollitsch, mitwirken. Die Feier beginnt um 16.30 Uhr mit einem Rahmenprogramm. Vor dem öffentlichen Glockenguss findet um 15 Uhr zur Eröffnung der Kampagne in der katholischen Stadtkirche St. Stephan ein ökumenisches Stundengebet mit den beiden Bischöfen statt. *tws*

Nebra und die Folgen

Das Museum mit der Himmelsscheibe – In Kürze folgt das Klima

Seit seiner Wiedereröffnung 2008 zählt das Landesmuseum für Vorgeschichte in Halle zu den wichtigsten archäologischen Museen Mitteleuropas. Unter den zahlreichen Exponaten von Weltrang kommt der berühmten Himmelsscheibe von Nebra eine herausragende Bedeutung zu. Nicht zuletzt beschert dieser Jahrhundertfund dem Museum einen riesigen Besucherandrang.

Wer das denkmalgeschützte Museumsgebäude zum ersten Mal erblickt, assoziiert mit der ungewöhnlichen Fassade zwangsläufig die Porta Nigra in Trier. Tatsächlich erfolgte der Bau des ersten deutschen Museumsgebäudes für Vorgeschichte 1911 bis 1913 nach einem architektonischen Entwurf, der von der Porta Nigra in Trier inspiriert war.

Das Museum verwahrt eine der ältesten und bedeutendsten archäologischen Sammlungen des Landes, Zeugnisse des reichen kulturellen Erbes Mitteldeutschlands. Nach dem Umbau und einer Generalsanierung des Gebäudes waren ab 2008 zunächst die Teilbereiche Steinzeit und Ältere Bronzezeit der neuen Dauerausstellung für die Besucher zugänglich. Mit modernen, aufwendigen Inszenierungen auserlesener Objekte sind Ausschnitte früherer Lebenswelten nachgestellt worden.

2012 wurde auch der vierte Bereich mit Ausstellungen zur Mittleren und Jüngeren Bronzezeit sowie zur Älteren Eisenzeit eröffnet. Hier werden Einblicke in die prähistorische Salzgewinnung und die Anwendung der tierischen Zugkraft geboten, deren ökonomischer Nutzen sich in der großen Anzahl wertvoller Metallobjekte widerspiegelt.

Prunkstück der Dauerausstellung ist die Himmelsscheibe von Nebra, welche die UNESCO 2013 in das Weltdokumentenerbe aufgenommen hat. Im Februar 2002 erhielt die Öffentlichkeit Kenntnis von dem rätselhaften Objekt, nachdem es in einem Basler Hotel polizeilich beschlagnahmt worden war. Es gehörte zu einem bronzezeitlichen Depotfund, den Raubgräber 1999 mit Metallsonden auf dem Mittelberg bei Ziegelroda (Sachsen-Anhalt) entdeckt und ausgegraben hatten.

Die Funde wechselten mehrfach den Besitzer, bevor sie sichergestellt werden konnten. Die Bronzescheibe mit einem Durchmesser von 32 Zentimetern hat goldene Applikationen von Vollmond, Halbmond und Sternen, darunter die Plejaden. Es handelt sich um die erste konkrete Darstellung des Sternenhimmels überhaupt und um einen Schlüsselfund der Vorgeschichte und der Astronomiegeschichte. Darin enthalten ist eine Schaltregel, die es erlaubt, das Sonnen- und das Mondjahr in Einklang zu bringen. Vermutlich wurde das Wissen aus Babylon importiert.



Bild: LDA Sachsen-Anhalt

Heimat der Himmelsscheibe: Landesmuseum in Halle

Die Himmelsscheibe von Nebra wurde um 1600 v. Chr. deponiert. Als Besitzer und Auftraggeber wird ein Fürst vermutet, der mit seinem Umfeld in ein Netz weitreichender Handelsbeziehungen eingebunden war. Als weitere Attraktion des Museums wird am 30. November die neue Sonderausstellung „Klima-Gewalten – treibende Kraft der Evolution" eröffnet. Sie beschäftigt sich mit Fragen zur Evolution vor dem Hintergrund extremer Klimaschwankungen. *D. Jestrzemski*

Geruchsneutrales Training

Nichts ist mehr unmöglich, sogar Sport, ohne dabei zu schwitzen

Die kalte Jahreszeit sorgt dafür, dass die sportlichen Aktivitäten nach drinnen verlagert werden. Die Fitnessstudios sind voll. Denn durch Stress und zu viel Arbeit driften viele von der gesunden Balance ab. Man ernährt sich falsch, und der Hüftumfang nimmt zu. Dabei wird dem Bürger seit Jahren empfohlen, Verantwortung für die eigene Gesundheit zu übernehmen und Sport zu treiben. Auch in die Sauna zu gehen, wird immer wieder als gesundheitsförderlich genannt. Das Immunsystem soll dabei gesteigert werden.

Schweiß ist bei vielen gesunden Aktivitäten ein zentraler Punkt. Wer sich anstrengt, der schwitzt. Mit dem fließenden Schweiß sollen Stoffe ausgeschwemmt werden, die dem gut funktionierenden Körper sonst im Weg stehen. Dazu sollen zum Beispiel Giftstoffe und Schlackenstoffe gehören.

Ein Fitness-Studio wirbt jetzt mit schweißfreiem Sport. Der soll eine Menge Vorteile haben. Das wichtigste Argument: Die Zeitersparnis. Das Umziehen wird ebenso überflüssig wie das Packen der Sporttasche, das Duschen nach dem Sport, Haarfönen und natürlich – da keine Sportkleidung mehr notwendig ist – das Bestücken der Waschmaschine. Wer früh am Morgen hektisch das Haus verlässt und die Sporttasche zu Hause vergisst, hat keine Ausrede mehr. Der Sport kann trotzdem wie gewohnt stattfinden.

Das neue Trainings-System setzt auf Bewegung im 17 Grad warmen Raum. Bei dieser Temperatur werden in der normalen Geschäfts- oder Büro-Klamotte langsam ausgeführte Kraftsporteinheiten absolviert, stets unter den wachsamen Augen eines persönlichen Trainers. Für arbeitswütige Bürosüchtige, die schnell zwischen Meeting und Kundenbesuch die Fitnesseinheit absolvieren möchten, muss dieses Angebot eine Offerte aus dem Garten Eden sein. Maximale Zeitausbeute, Geruchsneutralität und kaum Vor- und Nachbereitung. Ein wahres Geschenk an die konzentriert arbeitende Bevölkerung.

Trainiert wird in Arbeitskleidung bei angenehmen 17 Grad

Wird bei angenehmen 17 Grad Celsius langsam trainiert, entfällt jedoch ein Mehrwert des herkömmlichen Körpereinsatzes. Ein wichtiger Aspekt beim Schwitzen ist das Training der Thermoregulation, das den Körper fit macht für die Anpassung an die Bedingungen. Zugegebenermaßen geht es dabei um die klimatischen Bedingungen der Natur, die mit Veränderungen und Unwägbarkeiten verbunden sind. Der Wechsel der Jahreszeiten, tägliche Schwankungen der Sonneneinstrahlung oder auch kühle und warme Winde – all das fordert den Körper. Es geht also um Bedingungen, die im Zeitalter von Klimaanlage im Büro und im Auto so oft und so gut es geht vermieden werden.

Doch beim Schwitzen geht es längst nicht nur um die kleinen, feuchten Perlen auf der Haut. Eine große Rolle spielt der Schweißgeruch. Die gute Nachricht: Frischer Schweiß riecht nicht. Vor allem der aus den sogenannten ekkrinen Drüsen stammende Schweiß, der bei intensivem Sporttraining entsteht, verströmt in der Regel keinen starken Geruch. Tatsächlich besteht Schweiß, vor allem der Ekkrine, zu 99 Prozent aus Wasser, darüber hinaus aus Elektrolyten und Salzen.

Anders sieht es aus bei Schweiß aus den apokrinen Drüsen, wie er durch emotionalen Stress hervorgerufen wird. Schweiß aus diesen Drüsen enthält neben Wasser auch Proteine, die, sobald Bakterien sich an die Arbeit machen, den typischen unangenehmen Schweißgeruch produzieren. Nicht nur eine höhere Temperatur, auch Angst, Wut und Nervosität regen die Schweißbildung dieser Drüsen an.

Für dieses Problem gibt es noch keine Lösung. Aber vermutlich arbeitet bereits ein findiger Entwickler an einem entsprechenden Trainings-Konzept. *Stephanie Sieckmann/tws*

Wichtige Standortbestimmung eines Konservativen

Seit der Rede des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zum „Tag der Deutschen Einheit“ am 3. Oktober und den Stellungnahmen der Parteien zu ihren Ergebnissen in den Bundestagswahlen vom 24. September sind Begriffe wie Heimat, Tradition, bürgerlich-konservative Erneuerung wieder deutlich ins Gespräch gekommen. Sogar die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ betitelte am 9. Oktober einen Beitrag mit der Frage: „Ist konservativ wieder sexy?“

Die Meinungsumfragen einzelner Institute stützen eine Grundstimmung für diese Werte in der Bevölkerung, Pegida oder AfD haben allerdings nicht die Meinungsführerschaft. Bisher platzierten diese Werte der allgemeine Zeitgeist und/oder die Political Correctness in die rechte Ecke.

Mit Sicherheit werden diese sich andeutenden Entwicklungen vom Autor des Buches „Heimatlos“ mit Interesse verfolgt, weil er sich als einen heimatlosen Konservativen sieht. Die aktuellen Zeitströmungen kennzeichnet er als Anpassungsmoralismus und Augenblicksopportunismus. Das zeigt Ulrich Greiner an konkreten Beispielen, mit denen er sich auseinandersetzt. Zu nennen sind Political Correctness, Antifaschismus, die Gleichsetzung von rechts mit rechtsradikal oder gar Faschismus.

An der Person Wolf Biermann beschreibt Greiner, wie ein überzeugter Kommunist sich von den linken Ideen allmählich abwendet. Es war für Biermann ein langer und sicher auch schmerzhafter Prozess. Anhand dieses Schicksals formuliert der Autor sein Unverständnis, dass gerade in Kreisen der Eliten es nach wie vor schick oder zumindest akzeptabel ist, links zu sein.

Wie man als überzeugtes Mitglied der SED nach der politischen Wende Karriere machen kann, ohne seine Überzeugung über Bord zu werfen, zeigt Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender der Linkspartei im Bundestag. Greiner knüpft daran die Überlegung, wie die öffentliche Reaktion wäre, wenn ein ehemaliger Funktionsträger der NSDAP in einer der heutigen demokratischen Parteien Politik machte.

Politik und Sprache unter die Lupe genommen

Weitere Felder seiner kritischen Betrachtungen sind die Sterbehilfe, das lange umstrittene Thema der künstlichen Befruchtung, die Flüchtlingskrise, der Islam und damit verbunden die Auseinandersetzungen um eine multikulturelle Gesellschaft. Probleme hat er als gläubiger Katholik mit der Homo-Ehe.

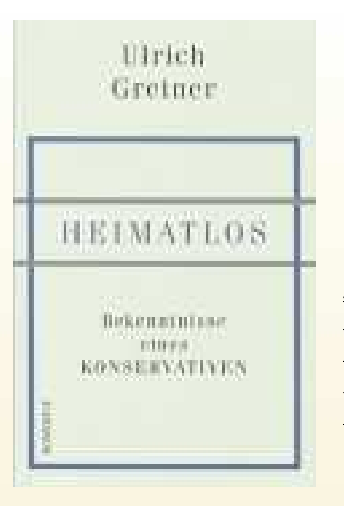
Eine ganz zentrale Bedeutung besitzt für Greiner die deutsche Sprache als das „stärkste Bindeglied der Menschen einer Region“. Er bedauert die Zurückdrängung der Sprache durch das Englische – im Alltag und auf der Ebene der Wissenschaften, der Wirtschaft und der Politik.

Die deutsche Sprache schaffe Identität und ist wesentlicher Teil der eigenen Leitkultur; diese ist für den Autor kein „rechtes“ Unwort. Zu dieser Identität gehörten Tradition und Bewusstsein der eigenen Geschichte, wobei die deutsche Nachkriegsgeschichte im Bann von Auschwitz stehe, das Teil der deutschen Identität sein müsse.

Greiner knüpft daran die Frage, wie zugewanderte Deutsche damit umgehen oder umgehen werden. Er spricht es deutlich aus: „Wenn sie eines Tages wirklich integriert sein sollen, darf ihnen das Thema nicht gleichgültig sein.“ Die Kenntnis der deutschen Geschichte könne und dürfe sich aber nicht nur auf die Zeit seit 1933 bis zur Gegenwart beziehen, was flächendeckend verbreitet sei.

Das Buch ist keineswegs die Klage eines enttäuschten Konservativen älteren Jahrgangs, sondern es ist der selbstkritische Versuch eines Zeitgenossen, seinen Standort in der gegenwärtig realen Welt der Bundesrepublik Deutschland zu suchen und auch zu finden. Das geschieht durch eine genaue Analyse der genannten Phänomene. Hierzu sammelt er Stimmen von Persönlichkeiten, die Aussagen zur Thematik machen, beziehungsweise er bemüht Klassiker wie Schiller, Goethe oder Kant, die aus ihrer Sicht schon damals Grundsätzliches sagten, was heute noch gilt.

Der Band ist eine wichtige Standortbestimmung, zumal Vergleichbares gegenwärtig kaum vorhanden ist. Vielleicht ist Dieter Borchmeyers „Was ist deutsch“ (2017) zu nennen. Übersichtlich die Gliederung sowie klar und deutlich in Sprache und Inhalt hat Greiner ein lesenswertes und aktuelles Buch geschrieben. Der Leser sieht ihn nicht als heimatlosen Konservativen. *Karlheinz Lau*



***Ulrich Greiner: „Heimatlos – Bekenntnisse eines Konservativen“**, Rowohlt Verlag, Reinbek 2017, gebunden, 157 Seiten, 19,95 Euro*

Feuerwerk von Plattitüden

Im Zusammenhang mit der Asylkrise entstand eine neue Literaturgattung, welche man als „Migrationslyrik“ bezeichnen könnte. Deren Ziel besteht darin, den missmutigen oder verängstigten Deutschen die vielfältigen wirtschaftlichen und kulturellen Segnungen der Masseneinwanderung nahezubringen. Das ist auch die Intention des Buches „Hoffnungsland“ aus der Feder von Olaf Scholz, dem Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg sowie stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD. Diese beiden verantwortungsvollen Ämter ließen dem Politiker erstaunlicherweise noch hinreichend Zeit, auf 220 Seiten darzulegen, wie „pauschal und undifferenziert“ die Asyl- beziehungsweise Einwanderungsdebatte gegenwärtig geführt werde und welche großen Zukunftschancen die Migration unserer Gesellschaft bietet.

Asyldebatte: Scholz verharmlost

Scholz möchte den Deutschen also helfen, „optimistisch und zuversichtlich“ in die Zukunft zu blicken – auch und gerade angesichts des massiven Zustroms von Muslimen aus dem Nahen und Mittleren Osten. Zu diesem Zweck liefert er ein Feuerwerk von Plattitüden folgender Art: „Unser Land hat viele Jahrhunderte lang von der Einwanderung profitiert“ oder „Die Solidarität auf Grundlage des gemeinsamen Menschseins ist die stärkste Ressource gegen Fundamentalismus und Terrorismus.“ Anschließend arbeitet sich Scholz an den „rechtspopulistischen“ Parteien ab: Diese hätten „keinerlei Konzepte und keinerlei Lösungen zu bieten, sondern … nur schlechte Laune.“ Letztere verursacht aber leider auch das Lesen des Elaborates des SPD-Mannes, dessen Naivität – insonderheit in ökonomischer Hinsicht – genauso grenzenlos scheint, wie Deutschland es auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise war. *Wolfgang Kaufmann*

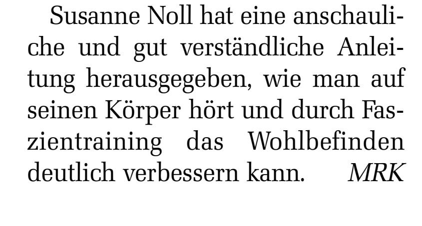


***Olaf Scholz: „Hoffnungsland. Eine neue deutsche Wirklichkeit“**, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2017, gebunden, 223 Seiten, 22 Euro*

Wunderfaser Faszie

Schmerzen und Bewegungseinschränkungen haben oft mit Faszien, den bislang wenig beachteten Gewebefasern in unserem Körper zu tun. Faszien sind feine Gewebefasern, welche die Muskeln wie eine Hülle umspannen. Bei schlechter Ernährung, Stress oder Bewegungsmangel können sie verkleben. Neu ist die Erkenntnis, dass Faszien mit sensiblen Nervenenden besiedelt sind und deshalb Schmerzen verursachen können.

Susanne Noll hat eine anschauliche und gut verständliche Anleitung herausgegeben, wie man auf seinen Körper hört und durch Faszientraining das Wohlbefinden deutlich verbessern kann. *MRK*





***Susanne Noll: „Aufrecht und geschmeidig. Mit gesunden Faszien beweglich und schmerzfrei bleiben“**, Scorpio Verlag, München 2017, broschiert, 184 Seiten, 16,99 Euro*

Wie Christen im syrischen Krieg überleben

Der Franziskanerpater Ibrahim Alsabagh brach 2014 nach Aleppo auf. Seit Ende 2014 ist er als Priester der lateinischen Pfarrei Sankt Franziskus im Westteil von Aleppo im Einsatz.

Von der aufopferungsvollen Tätigkeit der Ordensbrüder in der von Krieg und Terror heimgesuchten Stadt berichtet Pater Ibrahim in seinem erschütternden Buch „Hoffnung in der Hölle. Als Franziskanerpater in Aleppo“. In den Berichten zeigt sich das Elend der Menschen in seinem ganzen katastrophalen Ausmaß. Kaum vorstellbar, dass christliches Leben unter diesen Umständen überhaupt noch möglich war. Nur noch 40 000 Christen aller Denominationen waren in Aleppo geblieben. Pater Ibrahim berichtet von den Kriegsereignissen und den haarsträubenden Verhältnissen vor Ort. „Die Franziskaner setzen ihre Arbeit unbeirrt fort. Sie nehmen Haussegnungen vor und richten für Schüler und Studenten einen Studiersaal ein.“ Sie helfen unterschiedslos allen, die an ihre Türen klopfen, Christen wie Moslems.

2016 spitzte sich die Situation weiter zu. Immer häufiger wurde das Viertel bombardiert, in dem sich die Pfarrei befindet. Auch die Gebäude des Konvents wurden getroffen, aber wie durch ein Wunder wurde niemand tödlich verletzt. Nicht nur die Häuser seien kaputt, sondern auch die Menschen, klagt Pater Ibrahim. Bis zur Vertreibung der Rebellen aus Ost-Aleppo Ende 2016 lebten sie in einem ständigen Schockzustand. Das Leid sei nicht in Worte zu fassen. Armut, Wasserknappheit, Stromausfälle, Teuerung, Arbeitslosigkeit, Mangel an Heizöl und Nahrung bilden ein Bündel schwerster Belastung.

Neben materiellen Zuwendungen benötigen die Menschen vor allem Hilfe bei der Reparatur ihrer Häuser. Aber sie suchen auch Trost und geistlichen Beistand bei den Ordensbrüdern. Mitten im Chaos ist Pater Ibrahims Buch ein eindringliches Plädoyer gegen Hass und für Versöhnung. Inzwischen kontrolliert die Regierung wieder alle großen Städte in Syrien und die dicht besiedelten urbanen und ländlichen Gebiete, wo produziert wird. *Dagmar Jestrzemski*



***Ibrahim Alsabagh: „Hoffnung in der Hölle. Als Franziskanerpater in Aleppo“**, Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 2017, broschiert, 192 Seiten, 18 Euro*

Wenig Klarheit über ein umstrittenes Pflanzenschutzmittel

Die Welt ist voller tödlicher Gefahren, doch ist sie es wirklich? Die Umweltbewegung startete in den USA 1962 mit Rachel Carsons Buch „Der stumme Frühling“. Es ging um DDT, ein Insektizid, dessen Wirkung 1939 entdeckt wurde und Millionen von Menschen vor Cholera, Fleckfieber, Malaria und Typhus rettete. DDT ist sowohl Gift und in der Landwirtschaft verboten als auch Lebensretter und in der Malaria-Bekämpfung erlaubt.

Heute geht es nicht um die Zulassung, sondern die Verlängerung der Zulassung des Herbizids Glyphosat durch die EU. Es ist ein Pflanzenvernichtungsmittel mit direkter Auswirkung auf die Ackerflora und indirekter auf die Vielfalt der Ackerfauna. Löst es beim Menschen eine Krebsgefahr aus? Oder ist es nur ein Krebsrisiko, bei dem es auf die Dosis ankommt? Um diesen Punkt streiten sich die Gelehrten, die je nach Wertung als „gut“ oder „korrupt“ eingestuft werden.

Die Vielfalt der Nachrichten ist verwirrend, die Aussagen sind widersprüchlich, den angebotenen „einfachen Wahrheiten“ kann man nicht unbedingt trauen und die wissenschaftlichen Texte sind für den Laien schwer verständlich. Dies gilt für Kläger und für Beklagte. Patentinhaber und ursprünglicher Alleinproduzent von Glyphosat ist der US-Konzern Monsanto.

Das Buch ist sehr faktenreich, aber zu detailversessen, und das macht es für einen neutralen Leser schwer verdaulich wie verständlich. Jeder will recht haben, insbesondere die in Wien ansässige NGO „Global 2000“ unter Führung des Autors. Die Streitfrage ist: Gibt es ausreichende, nur begrenzte oder keine exakten Beweise für die Behauptung, Glyphosat sei „wahrscheinlich krebserregend für den Menschen“.

Die Aussage der Umweltschützer, 70 Prozent der Deutschen seien für ein Verbot, ist keine Risikobewertung. 70 Prozent der Deutschen sind auch für Klimaschutz, obgleich 100 Prozent von der Unmöglichkeit des Wetterschutzes überzeugt sind. Das Buch ist in zwei Teile, „USA 1973 bis 1991“ und „Europa 2012 bis 2017“, gegliedert.

Vor der Zulassung in den USA wurde 1978 eine „26-Monate-Fütterungsstudie“ mit Mäusen und Ratten durchgeführt. Die Frage ist, reagiert der Mensch wie eine Labormaus oder -ratte, zumal zwischen dem Einwirken und der Manifestation einer Erkrankung Jahrzehnte liegen können und ein Kausalzusammenhang zwar zu behaupten, aber unmöglich zu beweisen ist?

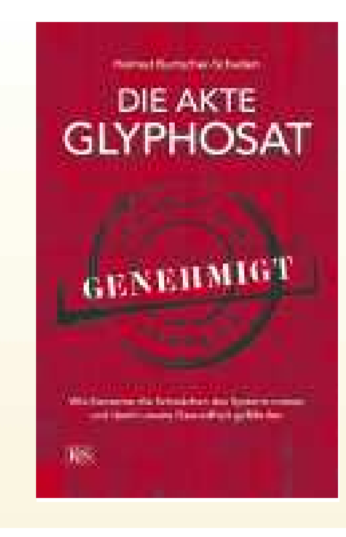
Bei dem hartnäckig geführten Streit geht es um die „Maus 1028“, obgleich nur 50 Mäuse an der Studie 1978 beteiligt waren. Natürlich kann immer wieder die „Fälschung von Studien“, das „Erfinden von Daten“ behauptet werden, wobei man zu Recht fragen kann, ob nicht die gesamte Datenbasis bei der „Klimaforschung“ wie der „Klimaprognose“ fraglich ist.

Streit um Studien und erfundene Daten

Das Buch soll Stimmung machen vor der Entscheidung der EU-Kommission, ob die Genehmigung von Glyphosat um 15 Jahre verlängert werden soll oder nicht. Fakten über ursächliche Krebserkrankungen durch die bisherige Anwendung werden nicht vorgelegt. Aber es wird Stimmung gemacht. Über eine AVAAZ-Petition wurden eine Million Unterschriften gesammelt bei 500 Millionen Europäern.

Zur Relation: „Weil die ‚Dosierungen’ beim Menschen um Zehnerpotenzen niedriger sind, werden anders als bei Mäusen nicht drei von 50 Individuen wegen Glyphosat Nierenkrebs bekommen, sondern vielleicht drei von 500 000 oder gar ‚nur’ drei von fünf Millionen. Die Frage bleibt unbeantwortet: Wer zündet hier „Nebelkerzen“, das Bundesinstitut für Risikoforschung oder Global 2000?

Auch bei sorgfältigem Lesen des Buches – darauf finden Sie keine Antwort. Fragt sich, wer „Esoterik“ betreibt, die Staaten oder die NGO. *Wolfgang Thüne*



***Helmut Burtscher-Schaden: „Die Akte Glyphosat – Wie Konzerne die Schwächen des Systems nutzen und damit unsere Gesundheit gefährden“**, Verlag Kremayr & Scherlau, Wien 2017, gebunden, 255 Seiten, 22 Euro*



Oswald Spengler
Der Untergang des Abendlandes
Wie Moskau den Westen destabilisiert
Spenglers Idee vom Untergang des Abendlandes markiert eine Wende in der Geschichtsphilosophie. Gegen die Vorstellung eines linearen Voranschreitens der Geschichte (Antike, Mittelalter, Neuzeit) setzt er den Gedanken eines zyklischen Werdens und Vergehens. Vor diesem Hintergrund analysiert er alle großen Kulturen und skizziert den Plan einer Weltgeschichte, der auch Voraussagen über die Zukunft gestattet. Spenglers Opus Magnum wurde von Anfang an begeistert und kritisch gelesen und sorgt seit fast 100 Jahren für Kontroversen. Zuletzt bezog sich Samuel P. Huntington in „Kampf der Kulturen" auf Spenglers Werk. 1472 Seiten
Nr. P A1141 **Gebunden** **9,95 €**



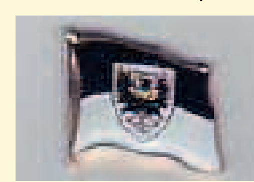
Flaggenpin mit Wappen Pommern (ca. 20 mm)
Nr. P 9953 **2,50 €**



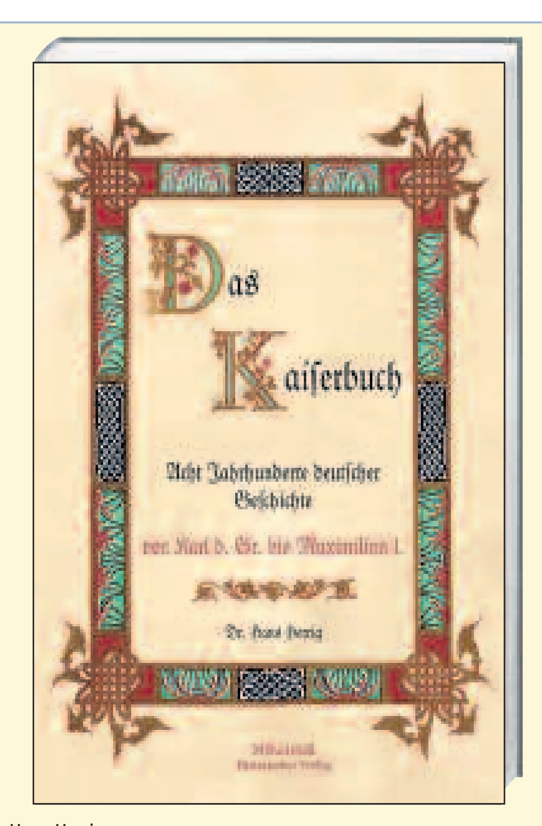
Flaggenpin mit Elchschaufel (ca. 20 mm)
Nr. P 9950 **2,50 €**



Flaggenpin Königsberg (ca. 20 mm)
Nr. P 9949 **2,50 €**



Flaggenpin mit Wappen von Ostpreußen (ca. 20 mm)
Nr. P 9951 **2,50 €**



Dr. Hans Herrig
Das Kaiserbuch
Acht Jahrhunderte deutscher Geschichte von Karl dem Großen bis Maximilian I
Achtung! Ein Schmuckstück für Ihre Bibliothek. Das Kaiserbuch. Acht Jahrhunderte deutscher Geschichte, inszeniert nach der Geschichte der Kaiser des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, spiegeln sich in diesem aufs Prächtigste ausgestatteten Buch wieder. Kunstvolle farbige Initialen, kostbare Randleisten, prachtvolle Schmuckblätter versetzen den Leser in das prunkvolle Mittelalter. Entstanden ist eine wahre Kostbarkeit der Buchkunst und Buchmalerei. Es ist eine Freude, dieses grandiose Werk zur Hand zu nehmen. 520 Seiten
Nr. P A0834 **Gebunden** **49,80 €**



Fahne Königreich Preußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9981 **Fahne** **12,50 €**



Nibelungenlied / Edda
Die „Edda" ist die bedeutendste Sammlung altnordischer Götter- und Heldenlieder. Sie überliefert den Glaubens- und Sagenschatz der Wikinger und Germanen und wurde vermutlich Mitte des 13. Jahrhunderts zusammengetragen. Sie birgt bereits Erzählungen der Nibelungensage, aus denen später das berühmte „Nibelungenlied" hervorging. Es wurde zur bedeutendsten Heldensage der höfischen Zeit und galt lange als deutsches Nationalepos. Ungeachtet des ideologischen Missbrauchs, dem es immer wieder ausgesetzt war, sind seine faszinierende Motivfülle und schillernde Strahlkraft bis heute unbestritten. 704 Seiten
Nr. P A1140 **Gebunden** **9,95 €**



Landsmannschaftsfahne Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9905 **Fahne** **12,50 €**



Harald Rabeder, Stefan Ommert, Alois Schlee
Der Adler mit dem Fernrohr
Mit der 2. Staffel der Fernaufklärungsgruppe (F)/123 über Frankreich, Großbritannien, Nordafrika und dem Mittelmeer
Die 2. Staffel der Aufklärungsgruppe 123 führt als Staffelemblem den „Adler mit dem Fernrohr". Der Westfeldzug beginnt für die 2.(F)/123 mit Aufklärungseinsätzen über der Festung Eben Emael, im Großraum Paris sowie Dünkirchen und endet mit der Besetzung der britischen Kanalinsel Jersey. Nach der Luftschlacht um England verlegt die 2.(F)/123 im Frühjahr 1941 nach Sizilien, um die britische Inselfestung Malta aufzuklären. Britische See- und Luftstreitkräfte gefährden den Nachschub der deutsch-italienischen Streitkräfte nach Tripolis. Flugzeuge der 2.(F)/123 unterstützen General Rommels Truppen in Nordafrika. Packende Einsatzberichte erlauben dem Leser hautnah die dramatischen Momente im Luftkampf über der libyschen Wüste und Ägypten mitzuerleben. Sondereinsätze führen die erfahrensten Besatzungen über mehrere tausend Kilometer bis nach Alexandria, dem Stützpunkt der britischen Mittelmeerflotte. Die 2.(F)/123 fliegt beim Balkanfeldzug Einsätze über Griechenland und erstellt für das Luftlandeunternehmen auf Kreta den strategisch wichtigen Luftbildplan der Insel. Von Griechenland starten die Flugzeuge der 2.(F)/123 zu Aufklärungszielen in Palästina, Syrien und Zypern. Das Werk enthält 365 S/W-Aufnahmen, 11 Landkarten, 9 Farbprofile der geflogenen Flugzeugtypen. (288 Seiten im Großformat 28 x 23,5 cm)
Nr. P 540080 **Gebunden** **49,80 €**



Reinhard Schmoeckel
Deutschlands unbekannte Jahrhunderte
Geheimnisse aus dem Frühmittelalter
Was war in unserem Land – Deutschland – vor etwa 1500 Jahren los? Das war die Zeit zwischen dem Ende des Römischen Kaiserreichs und den Kaisern eines „Heiligen Römischen Reichs", die nun plötzlich aus Mitteleuropa stammten? Gab es da bei uns überhaupt „Geschichte"? Gab es Ereignisse, die vielleicht bestimmend für die weitere Entwicklung der Menschen und des Landes waren? Allerdings glauben die Historiker, davon kaum etwas zu wissen, denn niemand hat ja damals in unserem Land schreiben können. Dr. Reinhard Schmoeckel ist es gelungen, aus einer großen Fülle von Detailuntersuchungen vieler Privatforscher, darunter auch seiner eigenen, ein überraschend lebendiges Bild jener Zeit vor anderthalb Jahrtausenden zusammenzustellen, ein Bild, das bisher noch keinen Eingang in die bisher übliche Vorstellungswelt der Geschichtswissenschaft gefunden hat. 510 Seiten
Nr. P A0881 **Gebunden mit farbigem Überzug** **29,80 €**



Lachauer/Rutsch/ Borodziej
Als der Osten noch Heimat war
Was vor der Vertreibung geschah
320 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0338 **9,99 €**

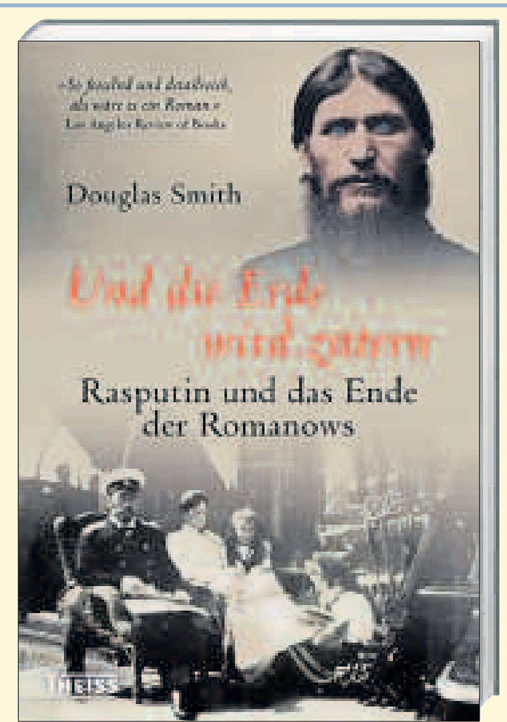
Pommern, Schlesien, Westpreußen – die Namen stehen für eine Welt, die 1945 untergegangen ist. Millionen deutscher Flüchtlinge verloren ihre Heimat. Wie aber genau sah diese Heimat aus? Wie sah diese Welt damals aus, die viele Vertriebene in Erinnerung behielten? Eine Frage, die bis heute in Deutschland kaum gestellt wird und deren Beantwortung einen ungewöhnlichen Blick auf die Vorgeschichte von Flucht und Vertreibung ermöglicht. Die Autoren Ulla Lachauer, Wlodzimierz Borodziej, Gerald Endres, Hans-Dieter Rutsch und Beate Schlanstein breiten ein fesselndes historisches Panorama aus.



Volkmar Kühn (Großformat 24 x 30 cm)
Deutsche Fallschirmjäger im Zweiten Weltkrieg
Grüne Teufel im Sprungeinsatz und Erdkampf 1935–1945
Das Absetzen einer Armee aus der Luft war ein Novum in der Kriegsgeschichte. Namen wie Eben Emael, Rotterdam, Norwegen, Kreta, El Alamein, Tunis, Sizilien, Normandie, Bretagne, und nicht zu vergessen, Monte Cassino, der Einsatz der „Brandenburger"-Fallschirmjäger in Jugoslawien oder die Ardennenoffensive sind mit der Geschichte der deutschen Fallschirmjäger eng verbunden. In der Gluthitze Afrikas standen deutsche Fallschirmjäger ebenso im Einsatz wie in den Eiswüsten Russlands. In Wort und Bild erzählt Volkmar Kühn die Geschichte der deutschen Fallschirmtruppe von ihren Anfängen im Jahr 1935 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945. Dieses Werk bezeugt den Opfergang dieser Elitetruppe anhand von Kriegstagebüchern der Verbände, Tagebüchern von deren Führern und Hunderte von Berichten von Fallschirmjägern aller Dienstgrade – vom Fallschirmschützen bis zum Oberbefehlshaber der deutschen Fallschirmtruppe. In den Kapiteln spiegeln sich die oft kampfentscheidenden Taten tapferer Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften wider. Packende Kampfberichte und über 370 Fotos und Lagekarten machen dieses Werk zu einem Standardwerk über die deutsche Fallschirmtruppe. 320 Seiten
Nr. P 540077 **Gebunden mit farbigem Überzug** **24,95 €**



Franz Kurowski und Gottfried Tornau (Großformat 24 x 30 cm)
Sturmgeschütze - „Die Panzer der Infanterie"
Die dramatische Geschichte einer Waffengattung 1939–1945
Zu den erfolgreichsten Waffen des deutschen Heeres von 1939 bis 1945 zählten die deutschen Sturmgeschütze. An den Schwerpunkten des Kampfes zur unmittelbaren Unterstützung der Infanterie eingesetzt, wurden sie zum gefährlichen Gegner feindlicher Panzerverbände. Feuerkraft und Beweglichkeit in Verbindung mit geringer Fahrzeughöhe und starker Frontpanzerung waren die wesentlichen Merkmale dieser Waffe, die beim Gegner besonders gefürchtet waren. In Wort und Bild haben die beiden Autoren Franz Kurowski und Gottfried Tornau in mühevoller Kleinarbeit diese einmalige Dokumentation geschaffen, die ein umfassendes Bild von der Wirkung und dem Einsatz der Sturmartillerie vermittelt und von den Männern berichtet, die diese Waffe zum Erfolg geführt haben. Packende Kampfschilderungen basierend auf den Kriegstagebüchern der Verbände sowie Kampfberichte von Angehörigen der Sturmgeschützwaffe sowie über 420 Fotos und Lagekarten machen dieses Werk zu einem Standardwerk über die Sturmartillerie. Die Bild- und Textdokumentation der Träger des Ritterkreuzes des Eisernen Kreuzes und höherer Stufen dieser Waffengattung rundet dieses Werk ab. 400 Seiten
Nr. P 540078 **Gebunden mit farbigem Überzug** **24,95 €**



Douglas Smith
Und die Erde wird zittern
Rasputin und das Ende der Romanows
Auch hundert Jahre nach Rasputins Tod bleibt uns die wahre, historische Figur des Predigers verborgen, der wegen seinen Ausschweifungen und seiner Nähe zu den Romanovs verteufelt wurde. Bis jetzt.
In seiner großen, beeindruckenden Biographie zeigt uns Douglas Smith, dass Grigori Jefimowitsch Rasputin viel mehr war eine schillernde Persönlichkeit in einer dramatischen Wendezeit. Der renommierte Historiker hat dazu in sieben Ländern eine Fülle von neuen Dokumenten entdeckt. Darin stößt er auf einen Rasputin, der jene tiefen Widersprüche zwischen dem alten und dem neuen Russland zu deuten wusste und der umso mehr darunter litt. Damit zeichnet Smith zugleich ein eindruckvolles Panorama einer haltlos gewordenen russischen Gesellschaft am Vorabend ihres Untergangs. 928 Seiten
Nr. P A1218 **Gebunden mit farbigem Überzug** **38,00 €**



Als die Deutschen weg waren
Was nach der Vertreibung geschah: Ostpreußen, Schlesien, Sudetenland Taschenbuch
Nr. P 9736 **9,90 €**

Ein bewegendes Kapitel der Nachkriegsgeschichte. Die Geschichte der Vertreibung der Deutschen nach 1945 wurde schon oft erzählt – doch ein bestimmtes Kapitel bleibt tabu: Was geschah eigentlich, als die Deutschen weg waren? Was genau passierte, als sie in Ostpreußen, in Schlesien, im Sudetenland ihre Häuser und ihre Heimat verlassen hatten? Anhand zahlreicher Fotos, persönlicher Zeugnisse und unveröffentlichter Quellen widmet sich dieses Buch dem hochemotionalen Thema. Das Autorenteam um Adrian von Arburg hat viel Material aus den unterschiedlichsten Quellen zusammengetragen, um dieses wichtige Kapitel der Zeitgeschichte zu beleuchten. 320 Seiten.

Regina Röhner
Zu Gast bei der Lutherin
Die Kochkunst der Katharina von Bora
Format 12 x 16,5 cm
Gebunden
Nr. P A1208 **9,95 €**

‚Mein lieber Herr Käthe' pflegte Luther seine Frau Katharina von Bora zu nennen – und in der Tat: Katharina hatte ‚die Hosen an', stand dem großen Haushalt in Wittenberg vor, sorgte für den Wohlstand der Familie und war quasi der Kopf eines funktionierenden Kleinunternehmens. Eigentlich hatte man für sie etwas ganz anderes vorgesehen: ein Leben als Nonne. Dass sie floh und den Reformator Martin Luther heiratete, war vielleicht der erste große Skandal der Neuzeit. Spannend und geistreich erzählt Regina Röhner aus dem bewegten Leben Katharinas, sodass man sich in das geschäftige Treiben im Lutherhaus zurückversetzt fühlt. Dazu hat sie nicht nur Luthers Briefe und Tischreden sowie archäologische Funde studiert, sondern auch viele Rezepte nachgekocht. 112 Seiten.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Polen helfen in Berlin

Berlin – Ab kommendem Jahr will die Republik Polen eigene Sozialarbeiter nach Berlin schicken, die sich dort um obdachlose polnische Staatsbürger kümmern sollen. Laut der polnischen Botschaft in Berlin leben derzeit rund 2000 Obdachlose aus dem Nachbarland in der deutschen Hauptstadt. Besonders im Tiergarten haben sich unhaltbare Zustände entwickelt, mit denen die rot-rot-grün regierte Metropole überfordert zu sein scheint. *H.H.*

»Symmetrische Maßnahmen«

Moskau – Weil der russische TV-Sender Russia Today (RT) sich in den USA als ausländischer Agent registrieren lassen musste, um dort weiter senden zu dürfen, hat der Kreml im Gegenzug mit „symmetrischen Gegenmaßnahmen“ gedroht. Die Duma hat ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, nach dem Medien als Auslandsagenten eingestuft werden. Davon könnte in Bälde auch die „Deutsche Welle“ betroffen sein. *MRK*

ZUR PERSON

Das »Krokodil« hat zugebissen

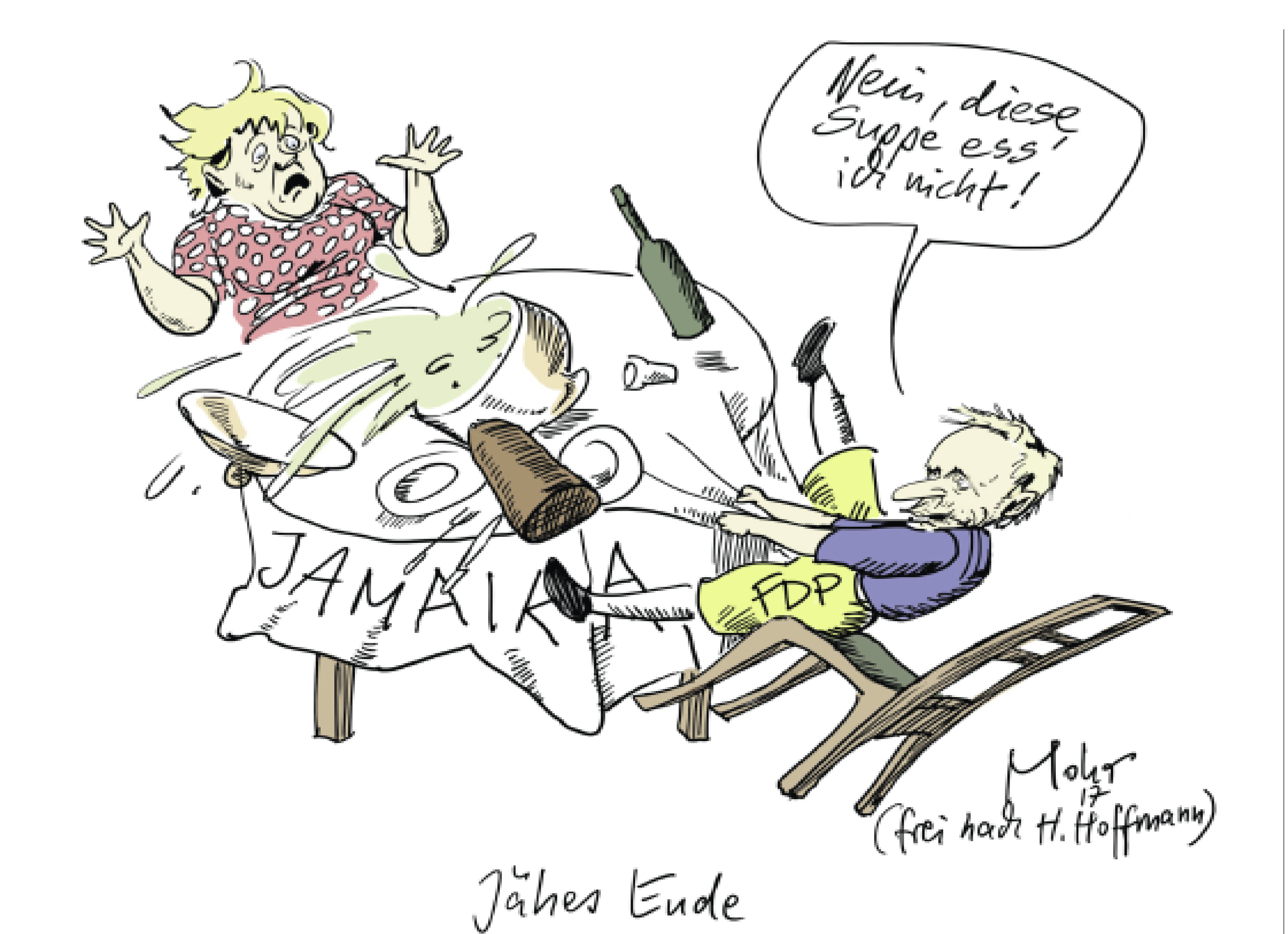
Alles, was nach Robert Mugabe kommt, sei besser, frohlocken die Menschen in Simbabwe. Seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1980 hat der Diktator das Land in den Abgrund gewirtschaftet und ein Terrorregime errichtet. Ob nach seiner Entmachtung durch einen Militärputsch (siehe Seite 2) tatsächlich alles besser wird, ist mehr als fraglich.

Nach dem Willen des Militärs soll das „Krokodil“ herrschen. **Emmerson Mnangagwa** trägt den Spitznamen nicht umsonst. Der bisherige Vizepräsident, dessen Entlassung durch Mugabe wegen Landesverrats hat den Putsch erst ausgelöst hat. Als Unabhängigkeitskämpfer und als Mugabes Mann fürs Grobe in Ministerdiensten schnappte er nach allem, was Mugabes Macht gefährlich werden konnte.

An der Hand des 75-jährigen Mnangagwa klebt viel Blut. Im Guerillakrieg gegen die britischen Kolonialherren sprengte er einen Zug in die Luft, und in den frühen 80ern war er mitverantwortlich für die sogenannte Gukurahundi-Operation, bei der bis zu 20 000 Oppositionelle getötet wurden. Im Zweiten Kongokrieg ab 1998 beutete er als Leiter eines Unternehmens außerdem Diamantenminen aus.



Über viele Jahrzehnte schützte das „Krokodil“ seinen früheren Zellengenossen Mugabe vor Angriffen von außen. Dazu schloss er eine feste Bande mit dem Militär. Dieses hat sich für Mnangagwa jetzt ausgezahlt, nachdem der 93-jährige Mugabe seine Ehefrau Grace zur Nachfolgerin aufbauen wollte und Mnangagwa dabei übergangen wurde, weshalb er sich vorsorglich nach China absetzte. Sollte diese Kämpfernatur, die in den 70ern per Fernstudium einen Juraabschluss errang, mit Hilfe des Militärs an die Macht kommen, dann folgt in Simbabwe auf Pest die Cholera. *H. Tews*



Jähes Ende

Fallt gefälligst um!

Was die FDP jetzt schon wieder falsch gemacht hat, warum das alles so schrecklich ist, und wie man sich verheddern kann / Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Damit hatte ja nun wieder keiner gerechnet, oder höchstens sehr wenige. Das Aus für „Jamaika“ hat einen Schock ausgelöst. Dabei waren sich doch alle weltoffenen, toleranten Kreise einig, dass dieses Bündnis die besten aller Welten eröffnet hätte. Es war jene grünlinksbürgerliche Gesellschaft, welche in den Freitagabend-Talkshows so gut gelaunt den Ton angibt, für die Schwarz-Gelb-Grün die Erfüllung ihrer politischen Träume werden sollte.

Die Grünen hätten die Richtung vorgegeben, die Freidemokraten nebenher ein bisschen fürs Geldverdienen gesorgt und großbürgerliches Flair mitgebracht, derweil die Unionisten den Ball so flach wie möglich halten und ansonsten dafür sorgen sollten, dass die konservativen Wähler still hinnehmen, dass sie rein gar nichts zu melden haben.

Christian Lindner wollte aber nicht. Der FDP-Chef sah die Geister seiner Vorgänger aufsteigen, die Merkel bis 2013 skalpiert hatte. Er ahnte, dass nach der nächsten Rasur durch die Kanzlerin bei der FDP nichts mehr nachwachsen würde. Also brachte er sich in Sicherheit. Die Suche nach dem Schuldigen dauerte nach dem Platzen der Verhandlungen nur Minuten: Lindner natürlich.

Die „Süddeutsche Zeitung“ ist entsetzt. Die Münchener sehen den halben Planeten ins Verderben taumeln: „Die Krise in Berlin gerät zur Krise des Westens“, alarmiert uns das linke Blatt voller Besorgnis.

„Kompromissfähigkeit, Selbstkritik und vor allem (!) historische Selbstreflexion“ hätten „Deutschland stark gemacht“. Das ist jetzt alles in Gefahr, lesen wir daraus: Die „historische Selbstreflexion“, also unser allzeit bereites, täglich abrufbares Schuldeingeständnis, beflügelt unsere Zahlungsbereitschaft und hat uns animiert, wie kein Land der Welt so unkontrolliert Menschen über unsere Grenzen zu lassen und sogar vielhunderttausendfach hierzubehalten, selbst wenn sie nach Recht und Gesetz das Land längst verlassen müssten.

Ja, Deutschland leuchtet strahlend hell, hell wie ein Komet, der seine ganze Substanz für einen kurzen, strahlenden Moment ins Weltall entlässt, worauf alle verzückt „Aaah!“ und Oooh!“ rufen, bevor der Himmelskörper kurz danach verglimmt.

Durch weitere Massenzuwanderung und noch mehr Zahlungen an unsere Partner in der EU sollte das Verglimmen eigentlich in unverminderter Schönheit weitergehen, so war's geplant. Nach diesem Desaster jedoch könnten Hindernisse auftreten.

Der französische Präsident Macron könne seine Reformversprechen nicht einlösen, wenn er in Deutschland dafür keinen Halt finde, warnt die „Süddeutsche“. Soll heißen: Wenn Macron nicht sehr schnell weitere Milliarden Euro von den deutschen Steuerzahlern erhält, müssten die Franzosen für die Kosten ihrer Politik (und Versäumnisse) selbst aufkommen – entsetzlich.

> Macron kann aber nicht mehr warten. Er benötigt die deutschen Steuergelder jetzt

Dabei rennt die Zeit: Macron laufen bereits die Leute weg, seine Retorten-Partei zeigt Auflösungserscheinungen. Das Geld aus Deutschland müsste dringend fließen, und Merkel hatte sich solcher „Solidarität“ gegenüber ja schon sehr offen gezeigt. Nach dem „Jamaika“-Fiasko liegt jedoch erst einmal alles auf Eis.

Die Freidemokraten ahnen vermutlich noch nicht einmal, was sie alles angerichtet haben. Auch die „Taz“ ist verwirrt: „Die FDP ist dabei, jene Kompromissbereitschaft einzubüßen, über die sie früher im Übermaß verfügte“, trauert das linksalternative Medium. Ach, war das doch schön mit der alten „Umfaller-Partei“, die man verspotten, verachten und mit Dreck bewerfen konnte. Und jetzt machen die nicht mehr mit? Damit verlassen sie den Konsens, was die „Taz“ mit finsterem Fluch ahndet, wenn sie über das Verhalten von FDP-Chef Lindner raunt: „Wer da vage an Trump denkt, liegt nicht falsch.“

Was die FDP da vorantreibe, das sei die „Reideologisierung der Politik“, faucht die „taz“. Was sie damit meint? Als „Ideologie“ brandmarkt man in Deutschland seit jeher das Abseitige, die Positionen, die dem gutem Geschmack der Tonangeber zuwiderlaufen. Heute ist alles „Ideologie“, was nicht der „Politischen Korrektheit“ gehorcht. Politisch korrekt sein ist allerdings gar nicht so einfach, selbst die Bestmeinenden können sich da ganz schön verheddern.

Der Wutanfall des Modezaren Karl Lagerfeld hat einige Gutmenschen in ein ziemliches Chaos gestürzt: „Man kann nicht, selbst wenn Jahrzehnte dazwischen liegen, Millionen Juden töten, um danach Millionen ihrer schlimmsten Feinde kommen zu lassen“, schimpfte der Maître auf Merkels Willkommenskultur.

RTL war entsetzt, Lagerfeld habe es „gewagt, Merkel anzugreifen“! Und dann noch im Felde von Multikulti. Daraufhin sinniert der RTL-Journalist im Magazin „Exclusiv“: „Warum sagt er das? Tatsächlich ist das Unternehmen Chanel, für das er arbeitet, fest in jüdischer Hand. Eigentümer ist die Familie Wertheimer.“

Lagerfeld als willfährige Marionette des „jüdischen Kapitals“? In solch klassischer Version sind uns antisemtische Klischees schon lange nicht mehr geboten worden. Das löste begreiflicherweise heftigen Widerstand aus.

RTL saß nun tief in der Tinte: Man wollte sich doch vor die muslimischen Zuwanderer stellen, und landet nun in diesem Dreck. Sehr schmerzhaft, wenn die „Politische Korrektheit“ unter ihren eigenen Widersprüchen zusammenkracht.

Aber es geht noch tragischer: Wie wir vergangene Woche berichteten, hat Sabine Rau vom ARD-Studio Paris zur Eröffnung der Gedenkstätte am Hartmannsweilerkopf die längst widerlegte Legende wiederbelebt, Deutschland habe den Ersten Weltkrieg „angezettelt“ und Frankreich „überfallen“.

Der Publizist Michael Klonovsky hatte sie dafür kritisiert, was einen seiner Leser dazu anregte, der Frau zu schreiben. Klonovsky macht die Antwort aus Paris öffentlich. Darin erläutert Rau, zwar habe der Krieg ohne Deutschland mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien bereits am 28. Juli 1914 begonnen. Doch erst mit dem Eintritt des Reichs am 1. August sei der „Regionalkonflikt“ zum Weltkrieg eskaliert. Damit sei, so wörtlich in Raus Antwort, der „Erste Weltkrieg als solcher begonnen und ‚angezettelt‘ (worden). Kein ernstzunehmender Historiker bezweifelt oder bestreitet diese Folge.“

Ach du grüne Neune! Die arme Frau meint es ja gut: Hauptsache, Deutschland ist schuld. So hat es zu sein. Doch wenn sie mit ihrem Maßstab nur 25 Jahre weitergeht, sollte sich Kollegin Rau auf einen Kontakt mit dem Verfassungsschutz gefasst machen. Am 1. September 1939 griff Deutschland den Nachbarn Polen an. Sabine Rau würde das wohl einen „Regionalkonflikt“ nennen, während der „Weltkrieg als solcher“ erst Tage später von London und Paris mit der Kriegserklärung an Berlin „begonnen und ‚angezettelt‘“ worden sei: „Kein ernstzunehmender Historiker ...“ Richtig? Auweia!

Die ARD-Reporterin kann von Glück reden, dass die historischen Detailkenntnisse der allermeisten ihrer Zuschauer massiv zusammengeschrumpft sind. Die stellen keine gefährlichen Fragen. Die Übrigen schweigen aus Furcht, sie könnten selbst in Schwierigkeiten geraten, nachdem man ihnen die Worte dreimal im Mund umgedreht hat. Und die in solcher Weise kritisch befragten Staatsmedien würden keine Sekunde zögern, den kritischen Fragern diese Schwierigkeiten auch zu bereiten.

Es kommt eben nicht mehr darauf an zu wissen, was wirklich Sache ist. Man muss nur jederzeit aufsagen können, was man (zumal in der Öffentlichkeit) davon zu halten hat – moralisch gesehen, also von links. Alles andere ist „Ideologie“, wie die „Taz“ schimpfen würde.

Am Anfang des Siegeszuges der Linken in der alten Bundesrepublik waren es übrigens die herrschenden Rechten, die ihren linken Herausforderern unablässig den Vorwurf der „Ideologie“ um die Ohren hauten. Nun läuft das plötzlich umgekehrt.

MEINUNGEN

Christoph Seils *nennt das Scheitern der* ***„Jamaika“****-Gespräche im „Cicero“ (20. November) ein* ***„Erdbeben“ von historischen Ausmaßen****:*

„Deutschland steht vor einer Staatskrise ... Jamaika war das letzte Aufgebot jener Parteiendemokratie, wie sie Deutschland bisher kannte. Dieses Parteiensystem mit zwei großen Parteien und zwei kleinen Parteien als Mehrheitsbeschaffern hat sich an diesem Sonntag endgültig verabschiedet. Die Chance, das etablierte Parteiensystem zu stärken und das Vertrauen in die politischen Eliten wiederherzustellen, die Chance, Brükken in die Gesellschaft zu bauen, haben die Jamaika-Parteien, aber auch die SPD verpasst.“

Für ***Torsten Krauel*** *hat der Fehlschlag eine* ***jahrelange Vorgeschichte****, wie er in der „Welt“ (20. November) schreibt:*

„Angela Merkel, gescheitert am Volkstrauertag, dem 19. November 2017? Das Schicksal dieser Sondierungen war bereits am 5. September 2015 besiegelt. Merkels Entschluss, die deutsche Grenze aus einer Vielzahl von Gründen für Flüchtlinge offenzuhalten, hat am Sonntag dazu geführt, dass die Tür für die erste deutsche Vielparteienkoalition ins Schloss gefallen ist ... Spontane Entscheidungen haben manchmal lange, fatale Nachwirkungen.“

Ramin Peymani *gibt sich auf „liberale-warte.de“ (20. November)* ***begeistert****:*

„Der 19. November 2017 wird als Tag der Befreiung in die Geschichtsbücher eingehen. Mit einer von vielen nicht für möglich gehaltenen Standhaftigkeit haben die Liberalen sich selbst und das Land gerettet.“

Gabor Steingart *attestiert Kanzlerin Merkel im „Handelsblatt“ (21. November), an* ***„vordemokratischer Entrückung“*** *erkrankt zu sein:*

„Den am Sondierungstisch Versammelten fehlte so ziemlich alles, was man zum Bilden einer Koalitionsregierung braucht: Vertrauen, Wirklichkeitsbezug und der Wille zur gemeinsamen Tat ... Im Grunde schon seit der großen Flüchtlingswelle besteht zwischen Merkel und der Wirklichkeit nur noch ein Wackelkontakt.“

Die österreichische Schauspielerin ***Nina Proll*** *wirft im Sender „Ö3“ (4. November) ihren Kolleginnen* ***Heuchelei*** *in der* ***„Sexismus“****-Debatte vor:*

„Ich kenne diese ganzen Schauspielerinnen, die auf den Galas und irgendwelchen Preisen und Events herumlaufen und ihre Möpse irgendwelchen Produzenten unter die Nase halten, sich auf Schöße setzen und hinterher behaupten sie sind sexuell belästigt worden.“

Adrian F. Lauber *enthüllt im Netzportal „journalistenwatch“ (15. November) die Wurzel* ***linker Islam-Verherrlichung****:*

„Die linke Weltanschauung, die im islamischen Kulturkreis ein Opfer des Westens und in Europa und Amerika die ewigen Übeltäter sieht, führt schnurgerade zum westlichen Selbsthass, der unterschwellig weit über die Linke hinaus verbreitet ist. Der Selbsthass ebnet der Selbstzerstörung den Weg. Parallel wird alles Nicht-Westliche romantisch verklärt und verherrlicht.“